

**Deutsche und amerikanische
Entspannungspolitik im Vergleich
1969-1989**

Freie wissenschaftliche Arbeit
Zur Erlangung des Grades eines
Magister Artium am Fachbereich
Geschichts- und Kulturwissenschaften

am Institut für Nordamerikastudien

eingereicht von: Liv Kirsten Jacobsen im Mai 2000

Erstgutachter: Univ.-Prof. Dr. Knud Krakau

Zweitgutachter: Prof. Dr. Manfred Görtemaker

<i>I. Einleitung</i>	1
1. Fragestellung/Einführung in das Thema	2
2. Forschungsstand/Literatur	3
3. Abgrenzung des Themas	6
<i>II. Entwicklung des Ost-West-Konflikts bis 1969</i>	8
1. Ursache und Entstehung des Gegensatzes bis 1943-1949	8
2. 50er Jahre: Zwang zur Koexistenz	12
3. Krisen um Berlin und Kuba	14
4. Wende zur Entspannung	16
<i>III. Entspannungspolitik: Interessen und Strategien im Vergleich</i>	19
1. Die amerikanische Entspannungspolitik ab 1969	19
a. Grundüberlegungen	19
b. Ziele und Interessen	21
i) Entspannungspolitik im Rahmen von Kissingers „Grand Design“	21
ii) Friedenssicherung	23
iii) Eine „neue Weltordnung“	24
iv) Innenpolitische und wirtschaftliche Interessen	26
c. Strategie	27
i) 1969-1976: Détente-Politik	27
ii) 1977-1981: Sicherheit und Menschenrechte	31
iii) 1981-1989 Konfrontation und neue Entspannung	33
2. Die deutsche Entspannungspolitik ab 1969	37
a. Grundüberlegungen	37
b. Ziele und Interessen	40
i) „Wandel durch Annäherung“	40
ii) Wiedergutmachung, Selbständigkeit und Einsicht in Notwendigkeiten	42
iii) Ostpolitik als Deutschland- und Europapolitik	43
c. Strategien	46
i) 1969-1975: Die ursprüngliche Strategie – Vertragspolitik	46
ii) 1975-1982: Stabilität vor weiterer Entspannung	50

iii) 1983-1989: Fortführung des bisherigen Kurses	51
3. Zusammenfassung.....	55
a. Das Verhältnis von amerikanischer und deutscher Entspannungspolitik.....	55
b. Gemeinsamkeiten und Unterschiede.....	56
<i>IV. Ausgewählte Problemfelder.....</i>	59
1. Militärische Sicherheit.....	59
a. Vereinigte Staaten von Amerika	61
b. Bundesrepublik Deutschland.....	65
c. Zusammenfassung	69
2. Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen	70
a. Vereinigte Staaten von Amerika	71
b. Bundesrepublik Deutschland.....	75
c. Zusammenfassung	80
3. Humanitäre Beziehungen	80
a. Vereinigte Staaten von Amerika	82
b. Bundesrepublik Deutschland.....	85
c. Zusammenfassung	89
<i>V. Schwerpunkte der amerikanischen und deutschen Entspannungspolitik.....</i>	90
<i>VI. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen.....</i>	91
1. Übereinstimmungen und Konflikte in der Entspannungspolitik	91
2. Wirksamkeit und Erfolge der Entspannungspolitik.....	94
3. Aufweichung des Ost-West-Konflikts durch Entspannungspolitik.....	97
<i>VII. Literatur</i>	100
1. Verträge, Reden, Regierungserklärungen etc.	100
2. Memoiren	101
3. Monographien/Sammelbände/Beiträge in Sammelbänden	102
4. Artikel in Zeitschriften und Zeitungen	109
<i>VIII. Abkürzungsverzeichnis.....</i>	111

I. Einleitung

Die *Berlin-Krise* und die kubanische Raketen-Krise hatten es deutlich gemacht: Der Kalte Krieg war ein gefährliches Spiel. Die Welt war nur knapp einem Atomkrieg entgangen. Deeskalation war zwingend notwendig, um den Weltfrieden zu bewahren und das eigene Überleben zu sichern. Die Wende zu dieser sogenannten Entspannung, also der „*begrenzte[n] Zusammenarbeit zwischen Staaten und Bündnissystemen unterschiedlicher Sozialordnungen auf Feldern gemeinsamen Interesses*“¹, begann 1962 zunächst zaghaft; am Ende des Jahrzehnts wurde sie Programm, sowohl in den USA als auch in der Bundesrepublik.

In den USA bekam die Entspannungsinitiative anfangs die französische Bezeichnung *détente*, in der Bundesrepublik nannte man sie *Ostpolitik*. Auf den ersten Blick hatten die beiden Spielarten der Entspannungspolitik² einiges gemeinsam: Auf beiden Seiten begann eine Zeit des Pragmatismus. Die Nachkriegsordnung wurde als gegeben akzeptiert, und einem Dialog mit dem Ostblock stand man tendenziell aufgeschlossen gegenüber. Sowohl in den USA als auch in der Bundesrepublik war man zur Aufgabe zuvor hart verteidigter Ziele bereit, zu einem Arrangement mit dem Gegner. Beide Seiten hatten sich zum Ziel gesetzt, die Bedrohung im intersystemaren Konflikt zu reduzieren, zu regulieren und die Auseinandersetzungen, die sich zwangsläufig aus den Unterschieden der Systeme ergaben, friedenserhaltend zu organisieren.

Doch bei aller äußeren Ähnlichkeit gab es gravierende Unterschiede. Das ist nicht verwunderlich, denn beide Länder befanden sich nicht nur in einem sehr anderen geographischen Umfeld, auch ihre Traditionen in der Außen-, Sicherheits-, Wirt-

¹ Vgl. STAACK, Michael: Entspannungskritik und rüstungskontrollpolitischer Entscheidungsprozeß in den USA, Baden-Baden 1989, S. 21-23. Für eine Reihe unterschiedlicher Entspannungsbegriffe vgl.: JACOBSEN, Hans-Adolf: Bedingungsfaktoren realistischer Entspannungspolitik in: Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.): DGFK-Jahrbuch 1979/1980. Zur Entspannungspolitik in Europa, Baden-Baden 1980, S. 66-75; DIRNECKER, Rupert et. al. (Hrsg.): Entspannungsbegriff und Entspannungspolitik in Ost und West, München 1979.

² Es mag vielleicht unpassend erscheinen, die Politik der USA gegenüber dem Ostblock während des gesamten zu betrachtenden Zeitraum als „Entspannungs“-Politik zu bezeichnen, da sie ab Mitte/Ende der 70er Jahre eher als Gleichgewichtspolitik erscheinen muß. Da es in dieser Arbeit jedoch darum geht, einen Vergleich zur Bundesrepublik auf diesem Gebiet herzustellen, wird die Politik der USA von 1969-1989 in der folgenden Arbeit unter diesem Begriff subsumiert.

schafts- und Menschenrechtspolitik differierten deutlich. Gemeinsam war den atlantischen Partner, Deutschland und den Vereinigten Staaten, wenig mehr als das Bekenntnis zur Demokratie und rechtsstaatlichen Grundwerten wie auch die gemeinsamen Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg sowie die daraus entstandenen gemeinsamen Allianzen (z.B. die NATO). Die USA nahmen sich vor allem als moralische und wirtschaftliche Groß- und Ordnungsmacht wahr, die sich für den „Sieg des Guten“ vehement und weltweit einsetzte. Die Vereinigten Staaten besaßen außerdem vergleichsweise wenig Erfahrungen mit der Bedrohung ihrer Grenzen oder ihrer inneren Ordnung.

Die Europäer und insbesondere die Politiker der Bundesrepublik waren in vielen Angelegenheiten pragmatischer und nüchterner als die der USA, nicht zuletzt aufgrund der historischen Erfahrung, sich mit ihren Gegnern auf einem relativ begrenzten Territorium letztlich arrangieren zu müssen. Ihnen waren Verbindungen, die das Leben auf dem geteilten Kontinent erleichterten und einen Krieg auf dem gemeinsamen Kontinent unmöglich machten, viel wichtiger als eine etwaige moralische Überlegenheit. Deshalb ist es nicht überraschend, wenn es im wichtigsten außenpolitischen Problemfeld – den Beziehungen zum sowjetisch dominierten Ost-Block – nicht nur kongruentes Verhalten, sondern immer wieder auch Auseinandersetzungen und Konflikte gab.

1. Fragestellung/Einführung in das Thema

Ziel dieser Arbeit ist es, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der amerikanischen und der deutschen Entspannungspolitik herauszuarbeiten. Den Traditionen der beiden Länder entsprachen – bei aller Ähnlichkeit auf den ersten Blick – unterschiedliche Interessen, Ziele und Strategien in der Entspannungspolitik. Ihnen ist das dritte Kapitel dieser Arbeit gewidmet, das der Einleitung und der Vorgeschichte folgt. Hier soll nachvollzogen werden, welche grundsätzlichen Überlegungen, aber auch welche konkreten Anlässe zu der Entwicklung der Entspannungsbemühungen in den USA und in der Bundesrepublik führten. Weiterhin wird gefragt, inwieweit sich die jeweiligen Ansätze in den zwei Jahrzehnten bis zum Zusammenbruch des kommunistischen Systems verändert haben. Die prinzipiellen Gemeinsamkeiten und Unterschiede werden am Ende dieses Kapitels zusammengefaßt.

Wie sich die unterschiedlichen Herangehensweisen ganz konkret ausgewirkt haben, soll im vierten Kapitel anhand von drei Problemfeldern dargestellt werden: der militärischen Sicherheit, der Wirtschafts- und der humanitären Beziehungen.³ Deutsche und Amerikaner maßen diesen Bereichen jeweils eine unterschiedliche Bedeutung zu. Bis zum Ende der Ära Nixon/Kissinger waren die Vorgehensweisen zwar noch miteinander vereinbar. Als sich das amerikanisch-sowjetische Verhältnis aber Ende der 70er Jahre deutlich abkühlte, kam es zwischen der Bundesrepublik und den USA zu scharfen Auseinandersetzungen, die in diesem Zusammenhang dargestellt werden. Das folgende Kapitel faßt die Schwerpunkte der amerikanischen und der deutschen Entspannungspolitik zusammen.

Der letzte Teil der Arbeit enthält eine Zusammenfassung der Ergebnisse sowie einige Schlußfolgerungen. Dabei wird die Frage beantwortet, ob und inwieweit die Entspannungspolitik den Ost-West-Konflikt tatsächlich aufgeweicht hat. War die Strategie der einen Seite dabei erfolgreicher als die der anderen? Oder war es vielleicht gerade das Zusammenspiel von deutscher und amerikanischer Entspannungspolitik, d.h. das Spannungsverhältnis zwischen Druck und Kooperation, das sich ergänzte und gemeinsam zum Fall des Kommunismus in der Sowjetunion und Osteuropa beigetragen hat?

2. Forschungsstand/Literatur

Zum dem behandelten Thema im weiteren Sinne gibt es eine kaum zu überblickende Fülle an Literatur. Im Rahmen dieser Arbeit wird versucht, Überblickswerke und Darstellungen mit Blick auf die gewählte Fragestellung einzubeziehen. Dabei besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit.

Zur Entstehung und Entwicklung des Kalten Kriegs, die im zweiten Kapitel behandelt werden, sind insbesondere die Bände von YERGIN⁴ und GÖRTEMAKER⁵ benutzt worden. Als Darstellungen der deutschen *Ostpolitik* wurden vor allem die

³ Die Gliederung der Arbeit ist an die Schlußakte der KSZE angelehnt worden, da diese drei Körbe die wichtigsten Fragestellungen in den Ost-West-Beziehungen abdecken.

⁴ YERGIN, Daniel: *Shattered Peace. The Origins of the Cold War and the National Security State*, Boston 1978.

⁵ GÖRTEMAKER, Manfred: *Die unheilige Allianz. Die Geschichte der Entspannungspolitik 1943-1979*, München 1979.

Werke von BENDER⁶, GRIFFITH⁷ und GASTEYGER⁸, sowie der neue, aber nicht besonders analytische Band von POTTHOFF⁹ herangezogen. Die amerikanische *détente*-Politik und ihre Entwicklung fanden sich gut dargestellt in den Bänden von SPANIER¹⁰, SCHWEIGLER¹¹, GARTHOFF¹², STAACK¹³ und im Sammelband von CZEMPIEL¹⁴.

Für die meisten Arbeiten zu diesem Thema gilt jedoch, daß sie noch zu Zeiten des Ost-West-Konflikts geschrieben wurden. Neuere Analysen der Entspannungspolitik gibt es kaum, wenn man von dem wegweisenden Band GARTON ASHS¹⁵ oder den Arbeiten von GADDIS¹⁶, KALDOR¹⁷ oder DUNBABIN¹⁸ absieht. Das Thema scheint an Reiz verloren zu haben, obwohl ein Rückblick mit heutiger Quellenkenntnis sicherlich sehr aufschlußreich wäre.

Die verschiedenen Einzelaspekte der Entspannungspolitik sind zahlreich und teilweise hervorragend dokumentiert. Für die Sicherheitsproblematik aus deutscher Perspektive wurden vor allem das ausführliche Werk von HAFTENDORN¹⁹, der Artikel von GERSTER/MASYK²⁰ und der Sammelband von CZEMPIEL/KRELL²¹ herangezogen. Die amerikanische Sicht ist gut bei KUBBIG²² dargestellt.

-
- ⁶ BENDER, Peter: Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, 3. Auflage, München 1995.
- ⁷ GRIFFITH, William E.: Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1981.
- ⁸ GASTEYGER, Curt: Die beiden deutschen Staaten in der Weltpolitik, München 1976.
- ⁹ POTTHOFF, Heinrich: Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990, Berlin 1999.
- ¹⁰ SPANIER, John: American Foreign Policy since World War II, 10. Auflage, New York 1985.
- ¹¹ SCHWEIGLER, Gebhard: Von Kissinger zu Carter, München/Wien 1982.
- ¹² GARTHOFF, Raymond L.: Détente and Confrontation: American Soviet Relations from Nixon to Reagan, Washington D.C. 1985.
- ¹³ CZEMPIEL, Ernst-Otto (Hrsg.): Amerikanische Außenpolitik im Wandel, Stuttgart usw. 1982.
- ¹⁴ STAACK, Michael: Entspannungskritik und rüstungskontrollpolitischer Entscheidungsprozeß in den USA, Baden-Baden 1989.
- ¹⁵ GARTON ASH, Timothy: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, Frankfurt a. M. 1995.
- ¹⁶ GADDIS, John Lewis: We now know. Rethinking Cold War History, Oxford 1997.
- ¹⁷ KALDOR, Mary: Der imaginäre Krieg. Eine Geschichte des Ost-West-Konflikts, Hamburg/Berlin 1992.
- ¹⁸ DUNBABIN, J.P.D.: The Cold War: The Great Powers and their Allies, 2 Bde., London/New York 1994.
- ¹⁹ HAFTENDORN, Helga: Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955-1982, Baden-Baden 1983.
- ²⁰ GERSTER, Florian/Eva-Maria MASYK: Partnerschaft im Wandel. Die sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa, in: APuZ B45/89, S. 3-13.

Zu den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen gibt es eine Anzahl wichtiger Publikationen. Insbesondere JACOBSEN²³ hat sich mit deren Auswirkungen auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen beschäftigt. WÖRMANN²⁴ und STENT²⁵ analysieren den Osthandel der Bundesrepublik. Die Ostwirtschaftsbeziehungen der USA mit besonderer Beachtung des Technologietransfers werden in den Sammelbänden von SMITH²⁶ und PARROT²⁷ behandelt.

Zu den Menschenrechtsaspekten in der amerikanischen Außenpolitik waren die Artikel von SCHISLER²⁸ wie auch der Band von PFLÜGER²⁹ sehr hilfreich. Für die Behandlung dieses Themas aus europäischer Sicht wurden die Artikel von VON GROLL³⁰ und die Dokumentation von MASTNY³¹ herangezogen.

Für den Nachweis der verschiedenen Verträge und Vereinbarungen dienten vor allem die Veröffentlichungen des Bundespresseamtes und das *Europa-Archiv*. Gute Überblicksartikel boten verschiedene Bände der Bundeszentrale für Politische Bildung. Als Zeitschriften waren *Foreign Affairs* und Artikel *Aus Politik und Zeitgeschichte* besonders ergiebig.

-
- 21 CZEMPIEL, Ernst-Otto/Gert KRELL u.a. (Hrsg.): United States Interests and Western Europe: Arms Control, Energy, and Trade (= Studien der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung), Frankfurt a.M./New York 1981
- 22 KUBBIG, Bernd W.: Rüstungskontrolle und Aufrüstung: SALT, Nonproliferation und „Nachrüstung“, in: CZEMPIEL (Hrsg.): Amerikanische Außenpolitik..., a.a.O., S. 42-68.
- 23 JACOBSEN, Hanns-Dieter: Die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen als deutsch-amerikanisches Problem (= Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik SWP, Bd. 5), Baden-Baden 1986.
- 24 WÖRMANN, Claudia: Der Osthandel der Bundesrepublik Deutschland. Politische Rahmenbedingungen und ökonomische Bedeutung, Frankfurt a.M./New York 1982.
- 25 STENT, Angela: Wandel durch Handel. Die politisch-wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, Köln 1983.
- 26 SMITH, Gordon (Hrsg.): The Politics of East-West-Trade, Boulder 1984.
- 27 PARROT, Bruce (Hrsg.): Trade, Technology and Soviet-American Relations, Bloomington 1985.
- 28 SCHISLER, Jacob: Zwischen Weltordnungspolitik und Antikommunismus: Menschenrechte, in: CZEMPIEL: Amerikanische Außenpolitik..., a.a.O., S. 69-92.
- 29 PFLÜGER, Friedbert: Die Menschenrechtspolitik der USA. Amerikanische Außenpolitik zwischen Idealismus und Realismus 1972-1982 (= Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik 48), München/Wien 1983.
- 30 GROLL, Götz von: Die Bedeutung der humanitären Fragen für die Beziehungen zwischen Ost und West in: JACOBSEN, H.-D./Heinrich MACHOWSKI/Dirk SAGER (Hrsg.): Perspektiven für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (= Studien zur Geschichte und Politik der Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 268), Bonn 1988, S. 431-440.
- 31 MASTNY, Vojtech: Helsinki, Human Rights and European Security. Analysis and Documentation, Durham 1986.

Zur Beurteilung der verschiedenen Sichtweisen wurden eine Reihe von Biographien und Memoiren verwandt. Auf der deutschen Seite zählen hierzu die Erinnerungen von BRANDT³², BAHR³³ und SCHMIDT³⁴. Zu den Ansichten der amerikanischen Schlüsselfiguren wurden die Memoiren von KISSINGER³⁵, NIXON³⁶, CARTER³⁷ und SHULTZ³⁸ herangezogen. Einige Lebenserinnerungen, wie z. B. die von REAGAN³⁹, wurden wegen mangelnder Aussagekraft nur am Rande benutzt.

3. Abgrenzung des Themas

Die Bezeichnung „Entspannungspolitik“ ist ein sehr globaler Begriff und in sich interpretationsfähig. Damit die Arbeit nicht ausufert, konnten verschiedene Aspekte nur sehr kurz gestreift werden. So wird die Entwicklung des Kalten Krieges und eine Reihe von wichtigen Details der gebotenen Begrenzung wegen nur in Stichworten umrissen. Dabei dient die Darstellung dieser Vorgeschichte dem besseren Verständnis der sich anschließenden Entwicklung.

Auch die Traditionen der deutschen und amerikanischen Außenpolitik werden nur unter dem Gesichtspunkt themenrelevanter Fragen behandelt. Wenn es um die Interessen der amerikanischen *détente*-Politik geht, wird etwas ausführlicher auf den Vietnam-Krieg eingegangen, weil dieser Aspekt zu den wichtigsten Beweggründen für eine neue Politik gehört.

Das Hauptinteresse dieser Arbeit gilt der Zeit der Entwicklung der Entspannungspolitik auf beiden Seiten, also der Periode zwischen 1969-1975, weil dabei die Unterschiedlichkeit der Interessen und Strategien am besten herausgearbeitet werden kann. Den Veränderungen dieser Interessen und Strategien ab Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre kann deshalb im Verhältnis weniger Raum gewidmet werden. Die Auseinandersetzungen innerhalb des U.S.-Kongresses können nur

³² BRANDT, Willy: Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975, München/Zürich 1978.

³³ BAHR, Egon: Zu meiner Zeit, München 1996.

³⁴ SCHMIDT, Helmut: Menschen und Mächte, Berlin 1987.

³⁵ KISSINGER, Henry: Memoiren 1968-1973, München 1979; DERS.: Memoiren 1973-1974, München 1982.

³⁶ NIXON, Richard M.: RN. The Memoirs of Richard Nixon, New York 1978.

³⁷ CARTER, Jimmy: Keeping Faith. Memoirs of a President, Toronto usw. 1982.

³⁸ SCHULTZ, George P.: Turmoil and Triumph. My Years as Secretary of State, New York usw. 1993.

³⁹ REAGAN, Ronald: Erinnerungen. Ein amerikanisches Leben, Berlin 1990.

angedeutet werden. Das gleiche gilt für die Politik der jeweiligen Oppositionen im Bundestag, vor allem der Grünen in den 80er Jahren.

Wenn es um Beispiele der deutschen Entspannungspolitik geht, werden vor allem die Beziehungen zu Polen dargestellt, weil an diesem Beispiel das Dilemma der *Neuen Ostpolitik* besonders deutlich wird. Da das Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR oft ein besonderes war, wird auf diese speziellen Beziehungen – wenn sie vom Trend abweichen – in Anmerkungen eingegangen.

Verträge und Vertragsverhandlungen werden nur insoweit betrachtet, wie ihre Ergebnisse Auswirkungen auf die Fragestellung hatten. Auf Spezifika, z. B. bei den SALT-, ABM- oder INF-Abkommen oder den KSZE- oder MBFR-Verhandlungen kann nicht eingegangen werden. Es wurde auch auf eine detaillierte Diskussion der speziellen Sicherheits-, Wirtschafts- und Menschenrechtsaspekte verzichtet, weil es im Rahmen dieser Arbeit vornehmlich um die Analyse der Grundmuster der beiden Spielarten der Entspannungspolitik, der amerikanischen und der westdeutschen, geht.

Es werden die drei wichtigsten Problemfelder im Rahmen eines Vergleichs betrachtet: Die militärische Sicherheit, die Wirtschaftsbeziehungen und die humanitären Beziehungen. Sie exemplifizieren die verschiedenen Gewichtungen der deutschen und amerikanischen Entspannungspolitik. Im allgemeinen werden unter „humanitären Beziehungen“ gesellschaftliche Beziehungen aller Art verstanden. In der amerikanischen Literatur und Politik ist dieser Bereich allerdings oft auf die Einhaltung der Menschenrechte reduziert worden. Deshalb wird im amerikanischen Zusammenhang zumeist von Menschenrechtspolitik die Rede sein.

Schließlich wird darauf verzichtet, die Ost-West-Beziehungen am Beispiel der Dritten Welt darzustellen⁴⁰. Die Sonderbeziehungen z. B. zwischen der USA und der DDR oder der Bundesrepublik mit der Sowjetunion werden ebenfalls nicht behandelt.⁴¹ Auf die Entwicklungen nach 1989 wird nur insofern eingegangen, wie sie die Fragestellung direkt betreffen.

⁴⁰ Vgl. hierzu z. B.: SHULMAN, Marshall D. (Hrsg.): *East-West Tensions in the Third World*, New York/London 1986.

⁴¹ Vgl. hierzu z. B. JACOBSEN, Hanns-Dieter: *Annäherung zwischen den USA und der DDR?*, in: *DDR-Report* 18 (1985), S. 286-289.

Unterschiede zwischen der deutschen *Ostpolitik* und der der anderen europäischen Partner waren zwar in Ansätzen vorhanden, sie werden in dieser Arbeit jedoch nicht explizit benannt, weil die Politik der anderen Länder in Westeuropa den Intentionen der Bundesrepublik nicht entgegen stand.⁴²

II. Entwicklung des Ost-West-Konflikts bis 1969⁴³

1. Ursache und Entstehung des Gegensatzes bis 1943-1949

Der Ost-West-Konflikt basierte auf dem ideologischen Antagonismus zwischen dem kommunistischen Osten und dem parlamentarisch-demokratischen Westen. Diese zwei nicht miteinander zu vereinbarenden universellen Vorstellungen über die Ordnung menschlichen Zusammenlebens waren spätestens seit dem Sieg der Oktoberrevolution in Rußland 1917 staatlich abgestützt und konkurrierten international. Jede Seite rechnete letztlich mit der Vorherrschaft ihres Systems in der ganzen Welt: Der Kommunismus hatte sich zum Ziel gesetzt, die Menschheit von kapitalistischer Unterdrückung zu befreien. Die Amerikaner hingegen glaubten an Liberalismus und Demokratie, an die Befreiung der Menschheit von Autokratie. Doch da die USA sich bald nach Ende des Ersten Weltkrieges aus Europa zurückzogen und die Sowjetunion in den zwanziger und dreißiger Jahren noch zu schwach und mit sich selbst beschäftigt war, kam es zu keiner direkten Auseinandersetzung.

Der Zweiten Weltkrieg zerstörte die alte internationale Ordnung und die politischen Strukturen innerhalb Europas so umfassend, daß ein Machtvakuum entstand. Anders als nach dem ersten Weltkrieg wurde eine völlige Neuordnung der Verhältnisse notwendig. Der Krieg hatte sowohl der Sowjetunion als auch den

⁴² Zu der französischen Haltung gegenüber der deutschen Ostpolitik vgl. z. B. WILKENS, Andreas: *Der unstete Nachbar. Frankreich und die deutsche Ostpolitik*, München/Wien 1990; AHLBORN, Oliver: *Ostpolitik und Westintegration. Wandlungen in den deutsch-französischen Beziehungen in der Ära Mitterand*, Stuttgart 1998.

⁴³ Den Ausführungen dieses Kapitels liegen, falls nicht genauer spezifiziert, folgende Werke zugrunde: GÖRTEMAKER, Manfred: *Die unheilige Allianz...*, a.a.O.; LINK, Werner: *Der Ost-West-Konflikt: Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, Stuttgart/Berlin usw. 1980; LOTH, Wilfried: *Ost-West-Konflikt*, in: WOYKE, Wichard: *Handwörterbuch der Internationalen Politik*, Opladen⁶ 1995, S. 370-378; GRENVILLE, J.A.S.: *A History of the World in the Twentieth Century*, Cambridge, MA. 1994, S. 325-396; 491-526; 797-890; SPANIER: *American Foreign Policy...*, a.a.O.; GARTON ASH: *Im Namen ...*, a.a.O.; DE-

USA einen beträchtlichen Machtzuwachs beschert: Sie waren als Sieger- und Bündnisführungsmächte aus dem Krieg hervorgegangen und deshalb in der Lage, in entscheidender Weise auf die Sicherheitspolitik der Nachkriegsbündnisse in Europa Einfluß zu nehmen. Doch obwohl beide das Fehlschlagen des Völkerbundes und die Gemeinsamkeit des Kampfes gegen Deutschland vor Augen hatten, gelang es ihnen nicht, sich auf eine einvernehmliche Regelung der politischen Weltordnung zu verständigen.

Insbesondere die Furcht beider Seiten vor dem Übergreifen des jeweils anderen Antagonisten auf die eigene Sicherheitssphäre wurde zum Problem. Das ist auch nicht verwunderlich, denn die Sicherheitsziele der beiden Siegermächte waren tendenziell unvereinbar. Die sowjetische Diktatur war darauf angewiesen, sich gegen die Verbreitung liberaler Ordnungsvorstellungen abzusichern und ihren Hegemonialbereich vor einseitiger wirtschaftlicher Durchdringung des machtorientierten Kapitalismus zu schützen. Das liberal-kapitalistische System der USA hingegen war wirtschaftlich abhängig von der Erschließung auswärtiger Märkte und geriet darüber hinaus strategisch unter Druck, wenn sich die Sowjetunion in Europa und anderswo weiter ausdehnen wollte.⁴⁴

Dieser bipolare Charakter der entstandenen Sicherheits-, „Ordnung“ war der Hauptgrund, weshalb sich der bislang latente Ost-West-Konflikt ausweitete und vertiefte, insbesondere, da zwischen den Supermächten ein folgenreiches Ungleichgewicht herrschte: Denn ganz abgesehen von der wirtschaftlichen Überlegenheit der USA besaß diese in den ersten Nachkriegsjahren das Monopol über Nuklearwaffen. Diese Tatsache ließ das Gesamtkonzept einer kooperativen Friedensordnung und integrativer Konfliktregulierung im Rahmen z. B. der Vereinten Nationen fast unmöglich werden.⁴⁵

PORTE, A.W.: Europe between the Superpowers. The Enduring Balance, New Haven/London 1986; LUKACS, John: Konflikte der Weltpolitik nach 1945. Der Kalte Krieg, München 1970.

⁴⁴ Zu den Ähnlichkeiten und Unterschieden der wechselseitigen Vorstellungen voneinander vgl. WASSMUND, Hans: Die Supermächte und die Weltpolitik. USA und UdSSR seit 1945, München 1989, S. 30-35.

⁴⁵ Die Sowjetunion war im Laufe des Krieges zu einem militärischen Machtfaktor geworden und drängte auf eine Einflusszone in Osteuropa. Doch noch schien ein Kalter Krieg keine zwangsläufige Folge dessen zu sein. Doch schon in Yalta kündigte sich ein Bruch an. Der Aufbau einer Einflusszone war aus Sicht der Sowjetunion vor allem auch deshalb notwendig, um ihre eigene politische und militärische Sicherheit zu gewährleisten. Das ideologisch begründete Streben nach Machtausdehnung war in diesem Zusammenhang eher zweitrangig.

Die USA gingen spätestens Anfang 1946 zu einer eigenen Interessenssphären-Politik in Europa über. Innerhalb der amerikanischen Regierung, nun von Präsident Truman, Roosevelts Nachfolger, geführt, hatten schon 1945 Diplomaten wie George Kennan eine solche Politik gefordert, sich aber zuerst nicht durchsetzen können. Erst Ende Februar/Anfang März 1946 kam es zu einem Wendepunkt in der amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion. Innenpolitisch sah sich die Regierung heftiger Kritik gegenüber ihrer *appeasement*-Politik ausgesetzt. Gleichzeitig hatte das sowjetische Verhalten und dessen Analyse durch Kennan Washington offenbar davon überzeugt, daß die nationale Sicherheit der USA gefährdet war. „*American leaders did not want a Cold War, but they wanted insecurity even less.*“⁴⁶

*Containment*⁴⁷, ein von George F. Kennan in seinem *Long Telegram*⁴⁸ bzw. dem berühmten X-Artikel⁴⁹ geprägter Begriff, wurde zum Schlagwort dieser Entwicklung.⁵⁰ Die Versuche sowjetischer Machtausweitung sollten durch eine *Politik der Stärke* eingedämmt werden. Ausdruck dieser Entwicklung war die Verkündung

Doch das Vorgehen der Sowjetunion erweckte im Westen den Verdacht und die Befürchtung, daß sich der Einfluß Moskaus über Zentraleuropa hinaus schließlich auf den ganzen alten Kontinent erstrecken könnte, was den amerikanischen Sicherheitsinteressen entgegenstand. Vgl. dazu insbesondere: CHURCHILL, Winston: Der zweite Weltkrieg, Bd. VI. 2: Triumph und Tragödie – Der eiserne Vorhang, Stuttgart 1954, S. 258; HARBUTT, Fraser J.: The Iron Curtain. Churchill, America, and the Origins of the Cold War, New York/Oxford 1986; MCCAULEY, Martin: The Origins of the Cold War 1941-1949, London/New York² 1995, 57-70; GADDIS, John Lewis: The United States and the Origins of the Cold War, 1941-1947, New York 1972, S. 355, HALLE, Louis J.: Der Kalte Krieg. Ursachen, Verlauf, Abschluß, Frankfurt a.M. 1969, S. 25-33; FLEMING, D. F.: The Cold War and its Origin, 1917-1960, Garden City N.Y. 1961, Bd. I, S. 252-62; SCHLESINGER, Arthur M. Jr.: Origins of the Cold War, in: Foreign Affairs 46 (1967), S. 22-52, YERGIN: Shattered ..., a.a.O., S. 85-86, S. 193-220.

⁴⁶ GADDIS: The United States..., a.a.O., S. 353.

⁴⁷ Zu den unterschiedlichen Facetten der Containment-Politik vgl. den Sammelband von DEIBEL, Terry L./John Lewis GADDIS: Containment. Concept and Policy, 2 Bde., Washington D.C. 1986.

⁴⁸ KENNAN, George F.: Moscow Embassy Telegram #511: „The Long Telegram“, 22. Februar 1946, in: ETZOLD, Thomas H./John Lewis GADDIS (Hrsg.): Containment. Documents on American Policy and Strategy, 1945-50, New York 1978, S. 50-63.

⁴⁹ KENNAN, George F. (als „X“): The Sources of Soviet Conduct, in: Foreign Affairs 25,4 (1947), S. 566-582. Zu seiner Veröffentlichung und dessen Rezeption vgl. KENNAN George F., Memoirs 1925-1950, Boston 1967, S. 354-367.

⁵⁰ Kennans Analysen der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen sind dargestellt in: KENNAN, George F.: Amerikas Außenpolitik von 1900-1950 und ihre Stellung zur Sowjet-Macht, Zürich/Stuttgart usw. 1952; DERS.: Russia and the West under Lenin and Stalin, Boston/Toronto 1960.

der *Truman-Doktrin*⁵¹. Sie war die Reaktion auf die Gefahr, daß die Sowjetunion ihre Macht in Griechenland und der Türkei weiter ausdehnen könnte. Nachdem Großbritannien angekündigt hatte, daß es die finanzielle Unterstützung Griechenlands einstellen müßte, forderte Truman den Kongreß auf, Griechenland und der Türkei zu helfen und damit ein Zeichen zu setzen, daß alle freien Völker in ihrem Kampf gegen den Kommunismus unterstützt werden würden. Truman sprach am 12. März 1947 vor dem Kongress: *“I believe that we must assist free peoples to work out their own destinies in their own way.”*⁵² Die Doktrin war die ideologische Mobilisierung des Westens gegen die *“kommunistische Subversion“*.⁵³

Die Auswirkungen dieser Blockbildung (*Marshall-Plan, Zwei-Lager-Theorie* etc.) spitzten sich erstmals dramatisch zu, als in der Tschechoslowakei im Februar 1948 die Demokratische Partei durch einen Staatsstreich ausgeschaltet wurde und die Kommunisten sich endgültig an die Spitze der Regierung setzten. Ende März desselben Jahres begann die erste *Berlin-Krise*.⁵⁴ Der Zugang zur Stadt wurde durch die Sowjets eingeschränkt. Die Zufahrtswege der Alliierten wurden vollständig blockiert, als die Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen auch auf die drei Westsektoren von Berlin ausgedehnt wurde, wobei die Versorgung Berlins nur durch eine Luftbrücke der Alliierten sichergestellt werden konnte.

⁵¹ Abgedruckt in: PUBLIC PAPERS OF THE PRESIDENTS OF THE UNITED STATES: HARRY S. TRUMAN, 1947, Washington, D.C. 1963, S. 177-80.

⁵² TRUMAN, Harry S.: Years of Trial and Hope. Memoirs, Bd. 2, Garden City 1956, S. 106.

⁵³ Für Truman bedeutete die Stabilisierung Europas aber nicht nur den Aufbau und die Stützung liberaldemokratischer Systeme. Daneben galt es zu verhindern, daß Europa nach Ende des 2. Weltkriegs im Chaos versank. Die Wirtschaft mußte wieder in Gang kommen. Deshalb entschloß sich die Regierung Truman zu einer aktiven Stabilisierungspolitik, dem *Marshall-Plan*. Die Sowjetführung lehnte nach anfänglichem Interesse eine Beteiligung daran ab und sprach für den gesamten Ostblock das Mitwirkungsverbot aus. Sie befürchtete, daß sich ihre Einflußmöglichkeiten in Osteuropa verringern könnten, wenn die Länder dort Hilfe aus dem Marshall-Plan erhielten. Die Sowjetunion ging gleichzeitig ebenfalls zu einer Politik der ideologischer Mobilisierung über (*Kominform, Zwei-Lager-Theorie*). Der Ost-West-Konflikt war nun auf beiden Seiten ideologisch vertieft. Der U.S.-Verteidigungsminister Forrestal stellte fest, daß *„we have to accept the fact that the original concept of one world on which the United Nations was based, is no longer valid and that we are in fact facing a division in two worlds“*, Forrestals Tagebucheintragung am 31.8.1947, in: MILLIS, Walter (Hrsg.): The Forrestal Diaries, New York 1951, S. 307. Vgl. zum *Marshall-Plan* außerdem: HOGAN, Michael J.: The Marshall Plan: America, Britain and the Reconstruction of Western Europe, Cambridge 1987; BISCHOF, Günter: Der Marshall-Plan in Europa 1947-1952, in: APuZ B 22-23/97, S. 3-16 und andere Beiträge im gleichen Heft.

⁵⁴ Zur Geschichte der Berlin-Krisen vgl. MAHNKE, Hans Heinrich: Vom Londoner Protokoll zum Viermächte-Abkommen, in: LANGGUTH, Gerd (Hrsg.): Berlin: Vom Brennpunkt der Teilung zur Brücke der Einheit (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 288), Bonn 1990, S. 88-106.

te. Stalin wollte damit die Gründung eines westdeutschen Staates und einer westlichen Militärallianz verhindern, was ihm jedoch nicht gelang. Er erreichte stattdessen, daß verbliebene Widerstände dagegen sogar schneller überwunden wurden.

Unter dem Eindruck dieser Radikalisierung des sowjetischen Kurses schloß sich der Westen politisch und auch militärisch enger zusammen. Im März 1948 sagten sich Großbritannien, Frankreich und die Benelux-Länder gegenseitige Hilfe zu, sollte eines dieser Länder angegriffen werden. Kurz darauf, Anfang April 1949, folgte die Gründung eines nordamerikanisch-westeuropäischen Verteidigungsbündnisses (NATO).⁵⁵ Die neugegründete Bundesrepublik war in diesem Bündnis nicht vertreten, aber ihre Integration in das westliche Allianzsystem war bereits abzusehen (sie erfolgte dann 1955).

Der Kalte Krieg hatte sich langsam angebahnt, und erst das Zusammenspiel einer Vielzahl von Ereignissen hatte letztlich zur Folge, daß der Bruch zwischen den Kriegsalliierten immer offenkundiger wurde. Im Laufe des Jahres 1946 hatten sich die Standpunkte immer mehr verhärtet. Dennoch dauerte es fast zwei Jahre, bis sich die Fronten endgültig klärten. Am Ende des Jahres 1949 war die Welt endgültig aufgeteilt in zwei Blöcke, angeführt von den USA und der Sowjetunion. Der politische und ideologische Ost-West-Konflikt hatte sich somit nicht nur institutionell, sondern auch geographisch und psychologisch verfestigt.

Zunehmend wurde daraus ein Wettlauf um machtpolitischen Einfluß und militärische Überlegenheit, bei dem Feindbilder und Konfrontation auf nahezu allen Gebieten das Verhältnis bestimmten. Die wechselseitige, auf der Einsatzdrohung von Atomwaffen beruhende Abschreckungspolitik bewirkte paradoxerweise jedoch eine relative Sicherheit und Stabilität im Verhältnis der beiden Lager, die verhinderte, daß aus dem kalten ein heißer Krieg wurde.

2. 50er Jahre: Zwang zur Koexistenz

Im September 1949 zündete die Sowjetunion ihre erste eigene Atombombe. Das löste in den USA nicht nur Erstaunen, sondern auch Bestürzung aus: Das ameri-

⁵⁵ Zum Wortlaut des Nordatlantik-Vertrags vgl. BEVANS, Charles I. (Hrsg.): *Treaties and Other International Agreements of the United States of America 1776-1949*, Bd. IV, S. 828-831.

kanische Atomwaffenmonopol war gebrochen. Diese Veränderung der Konstellation wurde in einem richtungsweisenden Dokument des National Security Council der USA, dem NSC-68 vom April 1950, wie folgt analysiert: „*The cold war is in fact a real war in which the survival of the free world is at stake*“⁵⁶ Die Sowjetunion sei nun nicht nur willens, sondern auch in der Lage, ihr Ziel, „*world domination*“⁵⁷ durchzusetzen. Die militärischen Fähigkeiten der USA seien denen der Sowjetunion unterlegen. Die USA seien nunmehr gezwungen, sich dieser Herausforderung stellen.

Vor diesem Hintergrund entstand mit dem Ausbruch des Korea-Krieges am 25. Juni 1950 die zweite gefährliche Krise im Ost-West-Konflikt. Der Angriff des kommunistischen Nordkoreas auf das von amerikanischen Truppen kurz zuvor geräumte Südkorea wurde vom Westen erneut als deutliches Zeichen der Expansion des internationalen Kommunismus aufgefaßt und erhielt daher exemplarische Bedeutung. Ganz im Sinne der *Truman-Doktrin* kam es zu der Stationierung von US-Streitkräfte in Südkorea, allerdings formell im Auftrag des UN-Sicherheitsrates. Innerhalb nur eines Jahres kam es außerdem zu einer Aufstockung des amerikanischen Verteidigungsetats um über 350 % (von 13,5 auf 48,2 Milliarden Dollar). Letztlich beförderte die *Korea-Krise* den Aufbau der NATO und die europäische Integration: Das atlantische Bündnis wurde erst jetzt zu einer wirksamen Militärallianz ausgebaut, die Idee einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) entstand, und die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und Japans wurde vorangetrieben.⁵⁸

⁵⁶ NSC-68: United States Objectives and Programs for National Security, April 14th, 1950, abgedruckt in: ETZOLD, Thomas H./John Lewis GADDIS (Hrsg.): *Containment. Documents on American Policy and Strategy*, New York usw. 1978, S. 385-442 (442).

⁵⁷ NSC-68, S. 393.

⁵⁸ Die Fronten verhärteten sich noch weiter nach der Wahl Dwight D. Eisenhowers zum Präsidenten, der die Ausbreitung des internationalen Kommunismus durch eine Politik der *liberation* (Befreiung) und des *roll-back* (Zurückdrängung) zu bekämpfen versprochen hatte. Auf sowjetischer Seite allerdings gab es Einlenkungsangebote (Stalin-Note, Malenkov-Rede, Waffenstillstand in Korea, Laos, Kambodscha etc.). Diese Zugeständnisse hatten allerdings auch den Zweck, auf Frankreich einzuwirken, das Projekt der EVG abzulehnen. Doch diese sowjetischen Initiativen liefen weitgehend ins Leere. Der Westen reagierte zurückhaltend, die Verfechter eines harten Kurses, insbesondere Adenauer, Eisenhower und Dulles, behielten die Oberhand. Für sie waren diese Zugeständnisse und Erklärungen noch kein Beweis dafür, daß sich die sowjetische Politik grundlegend geändert hatte. Man wollte die Entwicklung einer kontinuierlichen sowjetischen Außenpolitik abwarten.

Die Bundesrepublik trat am 5. Mai 1955 der NATO bei; kurz darauf, am 14. Mai, schlossen sich Albanien, Bulgarien, Ungarn, der DDR, Polen, Rumänien, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei im Warschauer Vertrag zu einem „Bündnis der Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ zusammen. Durch diese beiden Ereignisse war die Blockbildung letztlich auch vertraglich festgeschrieben. Offenbar hatten sich beide Seiten mit der Situation abgefunden. Sie erkannten den territorialen *status quo* in Europa stillschweigend an.⁵⁹

Bis 1958 wird eine allgemeine Tendenz zur Stabilisierung des *status quo* deutlich, sowohl bei der Sowjetunion unter Chruschtschow als auch auf Seiten des Westens. Der noch unter Stalin erbittert geführte Kampf um Positionsgewinne der beiden Lager ebnete ab und verwandelte sich in einen diplomatisch-politischen Stellungskrieg, in dem die Entspannungsbemühungen ein taktisches Manöver darstellten.

3. Krisen um Berlin und Kuba

Als die Westmächte Vorbereitungen trafen, Atomwaffen auf westdeutschem Boden zu stationieren, kamen im November 1958 die ersten Entspannungsversuche zu einem abrupten Ende.⁶⁰ Die *deutsche Frage* war nach dem Krieg ein Grundproblem der internationalen Politik geworden: Es ging insbesondere um einen endgültigen Friedensvertrag, die Frage nach Wiedervereinigung oder Teilung und um den politischen Status der alliierten Zonen und Berlin (West). Nach dem Sputnik-Erfolg 1957 fühlte sich Chruschtschow außenpolitisch stark genug, dieses Problem erneut in Angriff zu nehmen. In einer diplomatischen Note kündigte er

⁵⁹ Erstaunlicherweise wurden die Fronten dadurch nicht weiter verhärtet, sondern im Gegenteil hatte dies sogar eher eine weitere Tendenz zur Entspannung zur Folge (Stalins Aussöhnung mit Tito, Gipfel von Genf, XX. Parteitag und *Friedliche Koexistenz*). Die Niederschlagung der Volksaufstände in der DDR 1953, in Polen und Ungarn 1956 bekräftigte den sowjetischen Einfluß in Osteuropa. Mit dem Sputnik-Start 1957 kam es zu einem weiteren Schritt auf dem Weg zum Patt zwischen Ost und West. Die USA waren spätestens jetzt gezwungen, auf der Grundlage der bestehenden Grenzen und politischen Ordnungen die Beziehungen zu gestalten. Die jeweiligen Einflußsphären sollten von beiden Seiten respektiert werden, eine direkte Auseinandersetzung mit der Sowjetunion wollten die westlichen Länder auf jeden Fall vermeiden. Vgl. dazu LAFEBER, Walter: *America, Russia, and the Cold War 1945-1966*, New York usw. 1967, S. 202-207.

⁶⁰ Es gab potentiell eine ganze Reihe von Konflikten, aus denen sich Krisen zwischen Ost und West entwickeln konnten, nicht zuletzt wegen der Auflösung der Kolonialreiche. Doch nur 48 von insgesamt 247 Konflikten standen direkt im Bezug zum Kalten Krieg, bei den anderen bestanden jedoch meist indirekte Beziehungen zum Ost-West-Konflikt, vgl. BUTTERWORTH, Robert Lyle: *Managing Interstate Conflict, 1945-1974*, Pittsburgh, PA. 1976.

gegenüber den Westmächten das Vier-Mächte-Statut und fordert eine entmilitarierte *Freistadt Westberlin*. Die Klärung des Berlin-Status war dabei jedoch eher Mittel als eigentliches Ziel. „*Unser Vorschlag hätte die provisorische de-facto-Situation [in ganz Deutschland] legitimiert und sie endgültig gemacht.*“⁶¹

Chruschtschow mußte allerdings feststellen, daß der Erfolg seiner Drohung minimal war. Die Westmächte erklärten sich zwar zu Verhandlungen bereit (Außenministertreffen 1959 in Genf, Pariser Gipfelkonferenz 1960), hielten aber im Prinzip an ihrer Berlin-Politik und auch an der Raketenstationierung im westlichen Mitteleuropa fest. Im Juni 1961 wiederholt er seine Forderungen gegenüber dem neuen amerikanischen Präsidenten Kennedy. Dieser war jedoch entschlossen, drei *essentials* in Westberlin mit aller Macht zu sichern: Den Verbleib der alliierten Truppen, den freien Zugang und die Lebensfähigkeit der Stadt. Diese wurden auch durch die Mauer im Grunde nicht beeinträchtigt, weshalb die USA bei ihrem Bau im August 1961 auch nicht eingriffen. Im Gegenteil trug ihr Bau sogar eher zur Stabilisierung der Situation bei: Kennedy sagte sich, daß, hätte Chruschtschow tatsächlich die Absicht gehabt, ganz Berlin zu besetzen, er die Mauer nicht gebaut hätte: „*Eine Mauer ist verdammt noch mal besser als ein Krieg.*“⁶²

Es bedurfte allerdings noch einer weiteren Krise, um die Notwendigkeit einer Entspannung endgültig deutlich zu machen. Im Oktober 1962 fotografierte die amerikanische Aufklärung auf Kuba eine sowjetische Mittelstreckenraketen-Basis. Die USA verlangten von der Sowjetunion den sofortigen Abzug der Raketen und drohten mit einem Angriff auf Kuba. „*Die beiden mächtigsten Nationen der Welt waren zum Kampf gegeneinander angetreten, jede mit dem Finger auf dem Knopf.*“⁶³ Nur besonnenes Krisenmanagement und ein Nachgeben Chruschtschows verhinderten den drohenden Krieg: Es wurde der Abzug der sowjetischen

⁶¹ TALBOTT, Strobe (Hrsg.): Chruschtschow erinnert sich, Hamburg 1971, S. 455. Eine neuere Untersuchung zur Berlin-Krise: MAHNKE, Dieter: „Das Berlin-Problem – Die Berlin-Krise 1958-1961/62“, in: DEUTSCHER BUNDESTAG: Enquete-Kommission zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Baden-Baden/Frankfurt a.M. 1995, Bd. V/2, S. 1766-1821.

⁶² J.F. Kennedy zitiert nach: BESCHLOSS, Michael R.: Powergame. Kennedy und Chruschtschow. Die Krisenjahre 1960-1963, Düsseldorf/Wien usw. 1991, S. 281. Vgl. zu diesem Thema auf der Seite der DDR/Sowjetunion: HARRISON, Hope M.: Ulbricht and the Concrete „Rose“: New Archival Evidence on the Dynamics of Soviet-East German Relations and the Berlin Crisis 1958-1962, Washington 1993; LEMKE, Michael: Die Berlin-Krise 1959-1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995.

Raketen gegen den amerikanischen Verzicht auf eine Kuba-Invasion vereinbart. Der Abbau veralteter amerikanischer Raketen in der Türkei erfolgte ein Jahr später und war inoffizieller Bestandteil der Vereinbarung im Zusammenhang mit der *Kuba-Krise*.

4. Wende zur Entspannung

Nach Berlin und Kuba war der *status quo* zwar nicht formalisiert, aber er war zementiert und von den Großmächten unbestritten. Die Sowjetunion hatte in beiden Fällen versucht, ihren Einfluß über die bei Kriegsende geschaffenen Verhältnisse hinaus zu erweitern. Die USA leisteten Widerstand, erhielten den *status quo* oder stellten ihn wieder her. Im nachhinein kann man feststellen, daß die Sowjetunion ihre Forderungen jeweils zurückzog, wenn die Situation ihr zu bedrohlich wurde. Im Rückblick waren umgekehrt auch die USA immer bestrebt, der UdSSR die Kurskorrektur, bzw. eine Gesichtswahrung, zu ermöglichen.⁶⁴ Doch davon konnte man damals nicht unbedingt ausgehen.

Die Tatsache, daß man in der *Kuba-Krise* nur ganz knapp einem Krieg entgangen war, machte deutlich, daß eine Politik der Kriegsverhütung und der verstärkten Kooperation in Zukunft unabdingbar sein würde. Kuba wurde zum „*Wendepunkt*“⁶⁵ des Kalten Krieges und zum Beginn einer Entwicklung, die allmählich die eigentliche Entspannungspolitik einleitete.

In den USA hatte schon mit der Präsidentschaft von Kennedy der Abschied von den Vorstellungen und Sichtweisen der 50er Jahre begonnen, was sich 1963 in seiner *Strategie des Friedens* manifestierte und im strategischen Ansatz der *flexible response* fortsetzte.

Auch in der Sowjetunion begann mit dem Sturz Chruschtschow im Oktober 1964 die Zeit der Pragmatiker.⁶⁶ Die Politik seines Nachfolgers Breschnew bestand darin, den Dialog mit den USA zur Eindämmung des Wettrüstens und zur Intensivie-

⁶³ TALBOTT: Chruschtschow..., a.a.O., S. 500.

⁶⁴ FIELDER, P.C.: The Pattern of Super-Power Crises, in: International Relations, 3 (1969), S. 498-510.

⁶⁵ GÖRTEMAKER: Unheilige Allianz..., a.a.O., S. 44.

⁶⁶ Schon Chruschtschow hatte im Vergleich zu seinen Vorgängern Lenin und Stalin ein großes Maß an Pragmatismus bewiesen. „*He set out to accomplish the world-wide triumph of com-*

rung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aufzunehmen und gleichzeitig stark aufzurüsten, um eine nukleare Parität und die Verbesserung der eigenen Weltmachtposition zu erreichen.

In den wesentlichen Fragen herrschte auf beiden Seiten Einmütigkeit: Die militärische Lage sollte rationalisiert, das heißt, die Gefahr eines Kriegsausbruchs durch menschliches oder technisches Versagen sollte verhindert, sowie Nukleartests und die Weiterverbreitung von Kernwaffen eingedämmt werden.⁶⁷ Die Oder-Neiße-Grenze war endgültig festgeschrieben und mußte auch von der Bundesrepublik Deutschland früher oder später anerkannt werden. Die Wiedervereinigung stellte keinen Gegenstand der operativen Politik mehr dar, sondern war allenfalls eine Frage ferner Zukunft. Letztlich erkannten alle Seiten, daß man ausgehen müsse „von dem, was ist“⁶⁸. Alle Staaten mußten sich früher oder später diesem politischen Prozeß anpassen, wollten sie nicht in eine internationale Isolation geraten.⁶⁹ Dies galt insbesondere auch für die Bundesrepublik, deren Kernproblem lange darin bestand, daß sie an der Hoffnung auf Wiedervereinigung festhielt. Das aber ließ einen klaren Mangel an Realismus erkennen, den Brandt später „*Lebenslüge*“⁷⁰ nannte.⁷¹

munism [...] as a pragmatic competitor of the United States.“, so MORGENTHAU, Hans J.: *Politics in the Twentieth Century*, Chicago/London 1962, S. 123.

⁶⁷ Die beiden Supermächte stellten ihre Politik unter das Ziel des Friedens, schon allein deshalb, damit der jeweils andere diesen Begriff nicht allein in Anspruch nehmen konnte, so BENDER: *Die „Neue Ostpolitik“...*, a.a.O., S. 84.

⁶⁸ Adenauer äußerte sich 1959 in dieser Weise, Kennedy 1963, de Gaulle 1965, Johnson 1966, Kiesinger 1967, Brandt 1970 und Nixon 1971, vgl. BENDER: *Die „Neue Ostpolitik“...*, a.a.O., S. 82.

⁶⁹ Kennedy vermittelte Adenauer schon bei dessen Besuch in Washington 1961, daß die Vereinigten Staaten zwar an ihren bisherigen Zusagen festhalten würden, aber weitergehende Wünsche nicht erfüllen könnten, vgl. KROLL, Hans: *Lebenserinnerungen eines Botschafters*, Berlin 1968, S. 535.

⁷⁰ Willy Brandt in einem Vortrag am 18. November 1984, in: AUGSTEIN, Rudolf u.a. (Hrsg.): *Reden über das eigene Land. Deutschland*, München 1984, S. 63. Ähnlich sieht das Morgenthau: *Die tatsächliche Herausforderung für den Westen sei gewesen, gleichzeitig „to prevent the West Germans from becoming desperate about unification and making a bargain with the Soviet Union“*, so MORGENTHAU, Hans J.: *Politics among Nations*, New York 1948, S. 153.

⁷¹ Konkret bedeutete „Entspannung“ zunächst folgendes: Im Juni 1963 kam es zur Errichtung des *Heißen Drahts*, einer Fernschreiberschaltung zwischen Washington und Moskau. Außerdem wurden unmittelbar nach der Krise die Gespräche über Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung wieder aufgenommen; sie mündeten noch im selben Jahr in einen gemeinsamen Vertrag, der ein Verbot der Durchführung von Kernwaffentests in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser enthielt. Kennedys Nachfolger Johnson verfolgte das Ziel der Nichtverbreitung von Kernwaffen (*non-proliferation*) weiter, ein dementsprechendes Abkommen wurde im Juli 1968 unterzeichnet.

Die Niederschlagung des Prager Frühlings im Sommer 1968 machte jedoch deutlich, daß die Sowjetunion ihre Hegemonie in Osteuropa in jedem Fall behaupten wollte, was sie dann auch in der *Breschnew-Doktrin* 1968 zum Ausdruck brachte, die die kommunistischen Staaten zur militärischen Hilfe verpflichtete, wenn der Sozialismus in einem Land ihrer Einflußzone bedroht war. Denn nach sowjetischer Ansicht durfte der westliche Einfluß auf Osteuropa auch im Falle einer Kooperation oder Entspannung nicht zunehmen, sondern sollte, wenn möglich, eher neutralisiert werden. Dies erklärte auch das große Interesse der Sowjetunion an einer „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“, die die jeweiligen Einflußsphären festschreiben sollte.⁷²

Auf westlicher Seite verabschiedete die NATO im Dezember 1967 den *Harmel-Bericht*⁷³, in dem sie sich gleichermaßen zur militärischen Verteidigung wie zur politischen Entspannung bekannte, um eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa zu erreichen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß alle daran interessiert waren, den Spannungsgrad zu reduzieren und auf Grundlage des *status quo* zu einer Zusammenarbeit zu gelangen, in der dem militärischen Faktor eine immer geringere Bedeutung zukommen sollte. Die militärische Konkurrenz sollte schrittweise durch andere, friedlichere Formen des Wettbewerbs ersetzt werden. Zu einer solchen Entwicklung gehörte nicht nur eine Verbesserung der politischen Atmosphäre, Rüstungskontrolle und Abrüstung, sondern auch eine verstärkte Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur sowie Erleichterungen im humanitären Bereich und mehr Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen. Langfristig

⁷² Überhaupt war das Interesse der UdSSR an einer Entspannung ausschlaggebend für den Prozeß. Die Sowjetunion wollte ein Maß an Stabilität in Osteuropa und der DDR erreichen, das es ihr erlaubte, sich den Ländern an ihren östlichen Grenzen (vornehmlich China) und vor allem der eigenen innenpolitischen Lage zuzuwenden. Sie erhoffte sich darüber hinaus mehr wirtschaftliche und technologische Hilfe und Kredite aus dem Westen. Die Sowjetunion war außerdem auf dem Weg, einen Gleichstand bei Interkontinentalraketen und anderen Bereichen der Nuklearrüstung mit den USA herzustellen, so daß es sinnvoll erschien, diese Parität vertraglich festzuschreiben, vgl. LEHMANN, Hans Georg: *Öffnung nach Osten. Die Ostreise Helmut Schmidts und die Entstehung der Ost- und Entspannungspolitik*, Bonn 1984, S. 160; BARING, Arnulf: *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*, München 1984, S. 236.

⁷³ Der *Harmel-Bericht* besagt, daß eine Öffnung gegenüber dem Osten lediglich auf der Grundlage einer festen Verankerung im westlichen Sicherheitsbündnis erfolgen solle (Zwei-Pfeiler-Konzept mit „Spielbein Ostpolitik“ und „Standbein Allianzpolitik“); vgl.: NORTH ATLANTIC TREATY ORGANIZATION: *Die künftigen Aufgaben der Allianz. Anhang zum Kommuniqué*

wollte man ein so engmaschiges Netz von Beziehungen entstehen lassen, das von keiner Seite mehr ohne Beeinträchtigung seiner eigenen Belange zerstört werden konnte.

Es dauerte allerdings dennoch einige Jahre, bis dieses Interesse sich endgültig Bahn brach. Dafür mußten zuerst die Fronten begradigt und jede Seite ihrer Einflußsphäre sicher sein. Deshalb kann man z. B. den Bau der Mauer sogar als eine Voraussetzung für die Entspannung begreifen, und selbst die auf den ersten Blick brüskierende *Breschnew-Doktrin* kann letztlich als Bekenntnis zur Stabilität des sozialistischen Lagers interpretiert werden. Stabilität war die zentrale Vorbedingung für einen Dialog zwischen den Blöcken und damit eine wesentliche Voraussetzung für die Entspannungspolitik.

Eine Politik in diese Richtung gab es sowohl auf globaler Ebene, also zwischen der Sowjetunion und den USA, als auch auf europäischer Ebene, insbesondere zwischen der Bundesrepublik und Osteuropa. Die allerdings unterschiedlichen Interessenstrukturen in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik und die daraus resultierenden Strategien sollen in den folgenden zwei Kapiteln herausgearbeitet werden.

III. Entspannungspolitik: Interessen und Strategien im Vergleich

1. Die amerikanische Entspannungspolitik ab 1969

a. Grundüberlegungen

In ihrer zweihundertjährigen Geschichte hat die amerikanische Außenpolitik immer zwischen Isolationismus und Interventionismus geschwankt, also zwischen dem Wunsch, sich aus der internationalen Politik herauszuhalten und dem Bedürfnis, amerikanische Interessen und Vorstellungen, etwa das Modell von *Gods own country*, nach außen zu tragen. Beiden Ansätzen gemeinsam ist immer die grundsätzliche Überzeugung gewesen, daß das Werte-, Gesellschafts- und Wirtschaftssystem der Vereinigten Staaten allen anderen überlegen sei.

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts, insbesondere im Falle beider Weltkriege, bewegte sich die Außenpolitik der USA besonders ausgeprägt zwischen diesen beiden Gegensätzen. Sowohl Wilson im Ersten wie auch Roosevelt im Zweiten Weltkrieg waren einem Eingriff in den Krieg auf dem europäischen Kontinent gegenüber zunächst äußerst abgeneigt, griffen dann aber doch ein, vor allem aus moralpolitischen Gründen, weil – in Wilsons Worten – „*the world must be made safe for democracy*“⁷⁴.

Gegenüber der Sowjetunion verfolgten die USA im Kalten Krieg einen Mittelweg zwischen einer beschwichtigenden (*appeasement*) und aggressiven (*roll-back*) Politik mit dem Ziel der Eindämmung (*containment*) der weiteren Machtausdehnung der rivalisierenden Großmacht. Doch diese war nicht immer erfolgreich, was insbesondere in der *Kuba-Krise* deutlich wurde. Das Dilemma dieser Eindämmungspolitik – und letztlich das große Glück für den Weltfrieden – war, daß sowohl die Amerikaner als auch die Sowjets vor dem Einsatz des letzten Mittels, der Atomwaffe, zurückschreckten. Eindämmung ja, „*aber es durfte nicht zu viel kosten*“⁷⁵.

Der Vietnam-Konflikt, in den die USA seit Ende der 50er Jahre schrittweise hineingeraten waren, legte diese Schwachstelle der amerikanischen Außenpolitik in ungeahnter Weise bloß. Er war militärisch – und das zeigte sich bald – nicht zu gewinnen. Außerdem war seit etwa 1966 die gesellschaftliche Unterstützung für den seit 1964/65 zur militärischen Auseinandersetzung eskalierten Konflikt immer geringer geworden.⁷⁶

⁷⁴ WILSON, Woodrow: For Declaration of War Against Germany, in: WILSON, Woodrow: Selected Literary and Political Papers and Addresses of Woodrow Wilson, New York 1926, S. 234-247 (244).

⁷⁵ SCHWEIGLER, Gebhard: Die Außenpolitik der USA, in: KAISER, Karl/Hans-Peter SCHWARZ (Hrsg.): Weltpolitik. Strukturen – Akteure – Perspektiven, Bonn 1987, S. 319-333 (324). Zu den vorherigen Absätzen vgl. EBENDA; WOODBY, Sylvia/Martha L. COTTAM: The Changing Agenda. World Politics Since 1945, Boulder/London 1988, S. 89-90.

⁷⁶ Die Verstrickung der USA in den Vietnam-Krieg bis Ende der 60er Jahre war somit ein wesentliches Hindernis auf dem Weg zur Entspannung. Das amerikanische Engagement zielte darauf, die kommunistische Machterweiterung in der Dritten Welt einzudämmen und zu verhindern, daß entsprechend der *Domino-Theorie* ein Staat nach dem anderen in Südostasien kommunistisch wurde. Doch damit bekämpften die USA indirekt die Sowjetunion und China. Das schränkte den potentiellen politischen Bewegungsspielraum sowohl der USA als auch der Sowjetunion sowie Chinas ein, denn für beide kommunistischen Großmächte war es ideologisch und politisch schwierig, mit den USA über Frieden und Verständigung zu sprechen, solange dieser Konflikt andauerte. Erst als die USA 1968 ihre Bereitschaft erklärte hatten, sich schrittweise aus Vietnam zurückzuziehen (nach der Maxime: *Declare victory and leave*), war eine wirkliche Entspannung möglich. Zur Einschätzung des Vietnam-Kriegs vgl.

b. Ziele und Interessen

i) Entspannungspolitik im Rahmen von Kissingers „Grand Design“

Nixon hatte die Wahl im Herbst 1968 mit dem Versprechen gewonnen: „[to] *end the war and win the peace*“⁷⁷. Doch nach dem Wahlsieg kam es nicht zu dem allseits erhofften Frieden. Zwar schloß er, im Unterschied zur Johnson-Administration, einen militärischen Sieg aus, aber er wollte auch nicht „*the first President of the United States to lose a war*“⁷⁸ werden.

Der Ansatz Nixons und seines Sicherheitsberaters Kissingers zur Lösung des inzwischen außen- wie innenpolitisch fatalen Vietnam-Problems war kompliziert, nicht zuletzt, weil eben dieser Konflikt nur der konkrete Anlaß war, der das größere Problem deutlich werden ließ. Es war aus ihrer Sicht unabdingbar, ein ganz neues weltpolitisches Konzept, ein *grand design*, zu entwickeln, das in der Lage wäre, vor dem Hintergrund der nuklearen Bedrohung die nationale Sicherheit und den weltweiten Frieden zu bewahren und zugleich die Rolle der USA in der Weltgemeinschaft neu zu definieren.⁷⁹

Um dies zu erreichen, brauchte es einen neuen Ansatz auf der vollen Breite, sowohl in den Beziehungen zur Sowjetunion als auch – und das war neu – zu China. Denn obwohl Nixon sich einst einen Namen als Kalter Krieger⁸⁰ gemacht hatte, waren er und Kissinger grundsätzlich davon überzeugt, daß eine Verständigung

u.a. KARNOW, Stanley: Vietnam. A History, New York 1983 und die umstrittene Untersuchung von GELB, Leslie H./Richard K. BETTS: The Irony of Vietnam: The System Worked, Washington, D.C. 1979.

⁷⁷ Zitiert nach: KARNOW: Vietnam..., a.a.O., S. 582.

⁷⁸ Zitiert nach: BALL: Diplomacy for a Crowded World, Boston 1976, S. 65. Vgl. dazu auch HACKE, Christian: Die Ära Nixon-Kissinger 1969-1974, Stuttgart 1983, S. 241. Zu dieser Einsicht war Nixon schon sehr früh gelangt, vgl. NIXON, Richard M.: Asia after Viet Nam, in: Foreign Affairs 46 (1967), S. 111-125 (123-25); Nixons Konzept hieß „*ehrenvoller Friede*“ (so Nixon in seinem *Convention Acceptance Speech* in: NYT, 9. 8. 1968) und wurde ganz entscheidend von Prestigeüberlegungen getragen: Man dürfe bei einem potentiellen Frieden nicht das Gesicht verlieren, vgl. auch NIXON, Richard M.: RN. The Memoirs of Richard Nixon, New York 1978, S. 350, 411.

⁷⁹ Vgl CALDWELL, Dan: American-Soviet Relations: From 1947 to the Nixon-Kissinger Grand Design, London 1981, S. 76; CRAIG, Gordon A./A.L. GEORGE: Zwischen Krieg und Frieden. Konfliktlösung in Geschichte und Gegenwart, München 1988, S. 179-81; HYLAND, William G.: Mortal Rivals. Understanding the Hidden Patterns of Soviet-American Relations, New York usw. 1987, S. 3-12.

⁸⁰ Nixons Hetze gegen die Kommunisten im Wahlkampf, so wird ihm heute vorgeworfen, „*was motivated less by ideology than by opportunism*“, KARNOW: Vietnam..., a.a.O., S. 578. Aber hätte Nixon seine Kooperationsbereitschaft schon im Wahlkampf signalisiert, hätten die Demokraten vermutlich die – sehr knapp ausgegangene – Wahl 1968 gewonnen.

mit den Ostblock-Staaten unabdingbar und der Kampf um die weltweiten Einflußsphären letztlich „*a three-way race among Moscow, Peking and the West*“⁸¹ sei.

In diesem Kräftedreieck könne der Frieden nur erhalten werden, „*when every nation has a greater stake in preserving than in breaking it*“⁸². Oder, wie Kissinger es formulierte: Man müsse versuchen „*to eliminate ... [the] hostilities that were the vestiges of a particular perception at the end of the war and to deal with the root fact of the contemporary situation – that we and the Soviet Union, and we and the Chinese, are ideological adversaries, but we are bound together by one basic fact: that none of us can survive a nuclear war and therefore it is in our mutual interest to try to reduce these hostilities.*“⁸³ Daraus folgt, daß man „*for the sake of peace and stability*“⁸⁴ für eine Einbindung aller Beteiligten sorgen und ein Gleichgewicht der Kräfte, eine „zivilisierte Form“ der Austragung des Ost-West-Konflikts schaffen müsse. Auch wirtschaftspolitische Abkommen und die Verbesserung der humanitären Beziehungen wären dazu dienlich, da diese einen *spill over*-Effekt haben könnten und somit die politischen Beziehungen zum Positiven beeinflussen würden.

Ein solcher Plan stand allerdings gänzlich im Gegensatz zu den traditionellen Regeln amerikanischer Außenpolitik, die sich eher an moralischen Prinzipien orientierte. Die Sicht Kissingers, des außenpolitischen Vordenkers der Nixon-Administration, gründete sich auf seine zutiefst europäische Sicht von Außenpolitik. Er hielt beispielsweise Menschenrechte nicht für ein staatswürdiges Thema, und das Modell Amerika in die Welt zu tragen, erschien ihm eher hinderlich, wenn es um den Weltfrieden ging. Er glaubte an *Realpolitik*, war geprägt von den

⁸¹ NIXON: *Asia ...*, a.a.O., S. 124-25; zur Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und China vgl. FLOYD, David: *Die feindlichen Genossen*, München/Zürich 1962; CLUBB, O. Edmund: *China and Russia – „The Great Game“*, New York 1971.

⁸² NIXON, Richard M.: *A New Strategy for Peace. A Report by the President of the US to the Congress*, Feb. 18, 1970, *US Foreign Policy in the 1970's*, Washington, D.C. 1970 S. 115.

⁸³ CBS NEWS INTERVIEW mit Henry A. Kissinger, February 1, 1973, in: *Department of State Bulletin* 68 (1973), S. 395. Zu Kissingers Aussagen über den Détente-Plan und einer ausführlichen Zeittafel vgl. SOBEL, Lester A. (Hrsg.): *Kissinger & Détente*, New York 1975.

⁸⁴ KISSINGER, Henry A.: *A World Restored. Castlereagh, Metternich and the Restoration of Peace 1812-22*, Boston 1957, S. 1.

historischen Strategieüberlegungen, wie sie Metternich, Talleyrand und Castle-reagh sowie die *Realistische Schule* vertreten hatten.⁸⁵

ii) Friedenssicherung

Um eine derartige Gleichgewichtsordnung zu erreichen, war nach Meinung Kissingers und Nixons zuallererst die unmittelbare Sicherung des Friedens und dadurch die Bewahrung der bedrohten amerikanischen nationalen Sicherheit notwendig.⁸⁶ Deshalb suchten die USA eine begrenzte gegenseitige Kooperation mit der Sowjetunion, die auch möglich schien, weil die Stärke der Verhandlungspositionen zu dieser Zeit vergleichbar und außerdem auch die Interessen ähnlich gelagert erschienen.⁸⁷ *Détente* war also kein Ziel in sich selbst, sondern eher die Strategie zur Erreichung einer größeren Idee.⁸⁸

Zum einen sollte die nukleare Bedrohung auf beiden Seiten kalkulierbarer gemacht werden. Die USA waren daran interessiert, das strategische Wettrüsten auf beiden Seiten zu begrenzen, da ihrer Meinung nach keine der beiden Supermächte

⁸⁵ Vgl. KISSINGER: *A World Restored...*, a.a.O.; DERS.: *Diplomacy*, New York usw. 1994, S. 703-32. Zu den Klassikern der *Realistischen Schule* gehören CARR, Edward H.: *The Twenty Years' Crisis: 1919-1939*, New York² 1946; MORGENTHAU: *Politics ...*, a.a.O. Zur Person Kissingers vgl. KALB, Marvin/Bernhard KALB: *Kissinger*, Frankfurt a.M. 1970; GRAUBARD, Stephen: *Kissinger. Zwischenbilanz einer Karriere*, Hamburg 1974; ISAACSON, Walter: *Kissinger. Eine Biographie*, Berlin 1993.

⁸⁶ Görtemaker unterscheidet bei der 1969 eingeleiteten Entspannungspolitik vier Zielebenen: die politische (Stabilität und Kontinuität der politischen Verhältnisse), die militärische (Senkung des Risikos eines Kernwaffenkriegs), die wirtschaftliche (Kooperation und Güteraus-tausch zur Schaffung von Abhängigkeiten und Verflechtung materieller Interessen, um einen Krieg für beide Seiten unerwünscht zu machen) und die kommunikativ-humanitäre Ebene (Abbau des bestehenden Mißtrauens auf beiden Seiten), vgl. GÖRTEMAKER: *Die unheilige Allianz...*, a.a.O., S. 62-64. Diese Zielebenen seien untereinander verknüpft und könnten nicht ohne einander betrachtet werden. Alle Ebenen dienen dem größeren Ziel, einen Nuklearkrieg, den keine Seite überleben würde, zu verhindern.

⁸⁷ Die Sowjetunion hatte neben dem wirtschaftlichen auch ein genuines Interesse an der Entspannung als friedenssichernde Maßnahme, das Breschnew so beschrieb: „*We are realists and are well aware that influential circles in the imperialist world have not yet abandoned the attempts to conduct policy „from the position of strength“. The Soviet Union will continue to work for détente and for consolidation of peace, persevering in its efforts to untie the knots of international tension... we will strive to shift this historical inevitable [class] struggle onto a path free from the perils of war, of dangerous conflicts, and an uncontrolled arms race*“, in: BREZHNEV, Leonid: *On the Policy of the Soviet Union and the International Situation*, New York 1973, S. 230-31. Vgl. zu den Interessen der UdSSR auch GADDIS: *Russia...*, a.a.O., S. 268; SCHWEIGLER: *Von Kissinger...*, a.a.O., S. 47-120; GARTHOFF: *Détente...*, a.a.O., S. 289-359.

⁸⁸ GARTHOFF: *Détente...*, a.a.O., S. 29. Hier wird auch darauf hingewiesen, daß bei der Entwicklung der *détente* 1969 und selbst noch 1972 ein klarer, durchdachter Ansatz fehlte. Die grundlegenden Ideen waren zwar vorhanden, aber der tatsächliche Ablauf war ein entwicklungs-fähiger und gradueller Prozeß, vgl. GARTHOFF: *Détente...*, a.a.O., S. 25-36, bes. S. 29.

daran ein wirkliches Interesse haben konnte: Aufrüstung brachte keinen unmittelbaren Nutzen mit sich und war außerdem sehr teuer. Auch ein Truppenabbau in Europa und Asien entsprach den Vorstellungen Nixons und Kissingers aus den gleichen Gründen, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß dabei keine Destabilisierung der Bundesrepublik oder der NATO oder gar eine Ausdehnung des sowjetischen Einflusses in Richtung Westeuropa in Kauf genommen werden mußte.

Das ungeklärte Verhältnis der Bundesrepublik zu ihren östlichen Nachbarn und zur DDR sowie die ungesicherte Lage Berlins waren potentielle Krisenherde. Sie aus der Welt zu schaffen und somit – wenn schon nicht dem Frieden näher zu kommen – doch jedenfalls die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zu verringern, war ein weiteres Ziel der neuen Administration in Washington. Ein Abkommen über Berlin und eine europäische Sicherheitskonferenz, die gemeinsam mit der Sowjetunion den *status quo* festschrieb, waren also durchaus in ihrem Interesse. Das galt ebenfalls für eine Verständigung der Bundesrepublik mit Polen, für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sowie für eine wie auch immer geartete Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik, da dadurch die *deutsche Frage* entschärft wurde.

Die USA wollten sich außerdem dafür einsetzen, dem Entstehen weiterer Nuklearmächte Einhalt zu gebieten, um dadurch den Ausbruch eines Atomkrieges unwahrscheinlicher zu machen. Dieses wurde z. B. durch das Teststopabkommen von 1963⁸⁹ und den Nichtverbreitungsvertrag von 1968⁹⁰ erreicht, an denen sich nicht nur die Sowjetunion, sondern auch andere potentielle Atomkräfte beteiligten. Diese Bemühungen sollten verstärkt und möglicherweise durch neue Abkommen ergänzt werden.

iii) Eine „neue Weltordnung“

Doch eine derartige Verständigung mit der Sowjetunion auf dem Gebiet der atomaren Sicherheit bedeutete nicht, daß die USA den Anspruch, die Machtausdeh-

⁸⁹ Vgl. VERTRAG ÜBER EIN VERBOT DER KERNWAFFENVERSUCHE IN DER ATMOSPHERE IM WELTRAUM UND UNTER WASSER VOM 5. AUGUST 1963, in: Europa Archiv 18 (1963), S. D407-D411.

⁹⁰ Vgl. VERTRAG ÜBER DIE NICHTVERBREITUNG VON KERNWAFFEN VOM 1. JULI 1968, in: Europa Archiv 23 (1968), S. D321-D329.

nung des kommunistischen Regimes einzudämmen, prinzipiell aufgaben. Es war, so Kissinger, ein schwieriger Balanceakt: „*Dem Frieden verpflichtet, durften wir jedoch das Streben danach nicht zu einer Form der moralischen Abrüstung werden lassen und auf alle anderen Wertvorstellungen verzichten. Wir mußten bereit sein, die Freiheit zu verteidigen und deutlich zu sagen, daß mit einer rückhaltlosen Rivalität alles in einem nuklearen Holocaust verlorengelangen kann – einschließlich der Freiheit.*“⁹¹

Um diese schwierige Balance zu halten, wurde schließlich China zu einem Schlüsselfaktor des globalen Gleichgewichts. China fürchtete, ebenso wie die USA, die zunehmende nuklearstrategische und konventionelle Macht der Sowjetunion, nicht nur wegen der ideologischen Rivalitäten, sondern auch, weil es 1969 zu einer sowjetischen Truppenmassierung an Chinas Nordgrenze und sogar zu bewaffneten Grenzzwischenfällen gekommen war. Zur gleichen Zeit entstand für China eine Abschwächung der militärischen Bedrohung durch die USA, da die Vereinigten Staaten ihr Engagement in Vietnam tendenziell zurückzogen. Diese Konstellation hatte aus Kissingers Sicht mehrere Vorteile: Der Grenzkonflikt mit China band die Sowjetunion auf unbegrenzte Zeit in Ostasien und das mußte den Abbau ihres Engagements in Europa als wünschenswert erscheinen lassen und den Entspannungsprozeß mit den USA fördern. Die Befürchtungen der Sowjetunion, daß eine Entspannung zwischen China und den USA die Macht der Sowjetunion in Asien eindämmen würde, weil China von den westlichen Ländern aufgerüstet werden könnte, steigerten ihr Interesse an einem Entspannungskurs und einer Aufrechterhaltung des weltweiten Gleichgewichts zusätzlich.⁹²

In diesem globalen Ansatz wurde auch Europa und insbesondere der Bundesrepublik – nach anfänglichen Bedenken – eine Rolle zugeordnet, um das Gleichgewicht der Kräfte zu wahren. Eine „Taktik der peripheren Umgebung“, also die Entspan-

⁹¹ KISSINGER: Memoiren 1968-1973, a.a.O., S. 1329-1330. Kritiker sehen in einem Eindämmungsanspruch, der auf Konfrontation verzichtet, ein Paradoxon. Genau daran sei die Entspannung gescheitert, vgl. KALDOR: Der imaginäre..., a.a.O., S. 193-194.

⁹² Nixon und Kissinger bestritten, daß eine Annäherung an China gegen die Sowjetunion gerichtet war, dennoch ist diese Absicht durchaus belegt. „*We are not doing this because we love the Chinese. We just have to see to it that the U.S. plays both sides*“, so Kissinger, zitiert nach GADDIS, John Lewis: Russia, the Soviet Union and the United States. An Interpretive History, New York 1978, S. 263. Zum *China-Faktor* und dem Konzept der *triangular diplomacy* vgl. WOODBY/COTTHAM: The Changing..., a.a.O., S. 91-92; GARTHOFF: Détente..., a.a.O., S. 199-260.

nung in den Randzonen des Ost-West-Konflikts, sollte zu einem Ausgleich zwischen den Weltmächten beitragen. So sollten nicht nur die nationalen Selbstständigkeitsbestrebungen im Ostblock gefördert, sondern auch Staaten so weit isoliert werden, daß sie schließlich aus der sowjetischen Einflußzone freigegeben würden. Nach der Niederschlagung des *Prager Frühlings* wurden derartige Abspaltungen in Osteuropa allerdings unwahrscheinlicher, die Idee eines *Kiss of Death*, einer „tödlichen Umarmung“, hielt sich aber. Wenn schon nicht die politische Abspaltung, so sollten doch wenigstens die Abhängigkeiten Osteuropas vom Westen, insbesondere auf dem wirtschaftlichen, aber auch im kulturellen und humanitären Bereich, so weit gefördert werden, daß eine allmähliche Aufweichung der Blöcke möglich war.

iv) Innenpolitische und wirtschaftliche Interessen

Nixons und Kissingers Ambitionen auf dem Gebiet der Außenpolitik waren ehrgeizig und nicht ohne innovative Kraft. Aber es waren auch andere Faktoren ausschlaggebend für den Übergang zu einer neuen Politik. Da war zum Beispiel die Verschlechterung des Images der USA im Ausland, speziell in Westeuropa. Der Vietnam-Krieg, die Rassen-, Drogen-, Umwelt- und andere Probleme hatten das Ansehen der USA lädiert; die Vereinigten Staaten verkörperten immer weniger ein zu bewunderndes Modell. Im übrigen hatten Wohlstand und Selbstvertrauen in Westeuropa zugenommen, und das Bild von der sowjetischen Feindseligkeit verwischte sich allmählich. Eine Verbesserung dieses negativen Ansehens war nur durch eine neue Politik erreichbar, die der allgemeinen kritischen gesellschaftlichen Stimmung Rechnung trug.⁹³

Auch in den USA selbst drohte der gesellschaftliche Konsens zu bersten, die Rufe nach einer Beendigung des Kriegs in Vietnam wurden immer lauter. Es formierte sich eine lautstarke Friedensbewegung. Allerdings gab es auch genügend Stimmen, insbesondere im Kongreß, die sich gegen eine zu versöhnliche Haltung gegenüber dem Weltkommunismus wandten.⁹⁴ Das machtpolitisch-strategische

⁹³ Vgl. GRIFFITH: Die Ostpolitik..., a.a.O., S. 221-222, WOYKE, Wichard: Entspannungspolitik, in: DERS.: Handwörterbuch..., a.a.O., S. 71-82 (73).

⁹⁴ Dieses war unter anderem verstärkt worden durch geheime sowjetische Getreidekäufe in den USA, die durch das Agrarministerium subventioniert wurden, vgl. z. B. TRAGER, James: *The Great Grain Robbery*, New York 1973.

Denken war den meisten Menschen in den USA suspekt, ein Ausgleich mit der Sowjetunion oder China erschien ihnen als Verrat gegenüber der amerikanischen Idee. Nixon war gezwungen, sowohl der linken als auch der rechten Seite gegenüber Zugeständnisse machen – ein weiterer Balance-Akt.

Hinzu kam die steigende ökonomische Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten auf der einen und Westeuropa und Japan auf der anderen Seite. Die hohen Kosten des Vietnam-Krieges und der Wettrüstung führten zu einem hohen Haushaltsdefizit und zu mehreren Abwertungen des Dollars und schließlich, 1973, zur Aufgabe des Systems von *Bretton-Woods* durch die USA (*Nixon-Schock* vom 15. August 1971).⁹⁵ Aus diesen Währungsturbulenzen folgten nicht zuletzt auch Handelsauseinandersetzungen zwischen den USA und der EWG.

c. Strategie

j) 1969-1976: Détente-Politik

Der Vietnam-Krieg war bei Amtsantritt Nixons sowohl innen- als auch außenpolitisch das drängendste Problem, und zunächst schien die Lage sich sogar noch zuzuspitzen. Hinzu kamen die Auseinandersetzungen im Nahen Osten zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn, die sich zu einem weiteren Stellvertreterkonflikt der Ost-West-Konfrontation zu entwickeln drohten. Auch schien es den Anschein zu haben, daß die Sowjetunion trotz der Vereinbarungen nach der Krise von 1963 ihre strategische Macht in Kuba ausdehnen wollte.

Zu dieser Zeit war allerdings der folgenreichste und wichtigste Schritt zur Lösung des Dilemmas der amerikanischen Außenpolitik schon getan: Im September 1969 hatte Nixon auf der berühmten Pressekonferenz in Guam angekündigt, daß die USA ihre Soldaten stufenweise aus Vietnam abziehen würden. Der Krieg sollte den Vietnamesen selbst überlassen werden. Zwar würden die USA die Südvietnamesen nach wie vor unterstützen, aber nicht mit eigenen Soldaten, sondern „nur“ mit Waffen, Lebensmitteln und logistischer Hilfe.

⁹⁵ Vgl. hierzu: VAN DER WEE, Herman: *Der gebremste Wohlstand. Wiederaufbau, Wachstum, Strukturwandel 1945-1980*, München 1984 (= *Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert*, Bd. 6), S. 512-564; WILLETT, Thomas D.: *Floating Exchange Rates and International Monetary Reform*, Washington, D.C. 1977.

Mit dieser *vietnamization* schränkten Nixon und Kissinger die globale Interventionsbereitschaft der Vereinigten Staaten ein. Dies war die erste Anwendung der sogenannten *Nixon-Doktrin*, die nicht nur das Verhältnis der USA zum Vietnam-Krieg, sondern das gesamte Selbstverständnis der amerikanischen Außenpolitik änderte. Die Vereinigten Staaten übertrugen damit die Lösung der Konflikte den lokalen oder regionalen Alliierten und zogen sich aus den Zusicherungen der *Truman-Doktrin*, d.h. der wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung zur Wahrung der Unabhängigkeit bei Bedrohung seitens der Kommunisten, zurück.⁹⁶ Doch trotz dieses vermeintlichen Rückzuges behielten es sich die Vereinigten Staaten vor – gegebenenfalls sogar zusammen mit der Sowjetunion –, die Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume der lokalen und regionalen Akteure festzulegen. Die *Nixon-Doktrin* kann man also als den Versuch betrachten, zwar weiterhin Weltführungs politik zu betreiben, dies jetzt aber *on the cheap* – zum Spartarif.⁹⁷

Die Öffnung nach China war seitens der USA schon seit 1970 betrieben worden, und nach einer geraumen Zeit der *Pingpong-Diplomatie* kam es zu einer formellen Anerkennung Chinas durch die USA, der Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen und im Februar 1972 zu einem Besuch Nixons in Peking. Doch die demoralisierende Wirkung, die dies auf Moskau und vor allem auch Hanoi hätte haben sollen, blieb aus, ja es folgten sogar eher weitere Herausforderungen von sowjetischer Seite.⁹⁸

Weil die Nixon-Administration nicht imstande war, die sowjetische Aufrüstung zu verhindern, fand sie sich bereit, die nukleare Parität hinzunehmen, verbunden mit dem Ziel, die sowjetische Rüstungsentwicklung durch Maßnahmen der Rüstungskontrolle zu begrenzen.⁹⁹ Zugleich sollte die UdSSR in ein Netz bilateraler und internationaler Verpflichtungen eingebunden werden, um die Ausweitung ihres

⁹⁶ Vgl. KISSINGER: Memoiren 1968-1973, a.a.O., S. 243-246. Die politische Rationalisierung dieses Sinneswandels lautete – ganz pragmatisch –, daß sich Versprechen wie die *Truman-Doktrin* von 1947 den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen hätten.

⁹⁷ Vgl. KRAKAU, Knud: Außenbeziehungen der USA 1945-91, in: Länderbericht USA, Bonn² 1992, Bd. 1, S. 216-255 (227). Eine ähnliche Einschätzung dessen in: FRIEDMAN, L./W.F. LEVANTROSSER (Hrsg.): Cold War Patriot and Statesman: Richard M. Nixon, Westport, Conn./London 1993.

⁹⁸ Vgl. SCHWEIGLER: Von Kissinger..., a.a.O., S. 82-94.

⁹⁹ Vgl. MAYERS, David: George Kennan and the Dilemmas of US Foreign Policy, Oxford usw. 1988, S. 293-303, 310.

außenpolitischen Einflusses einzudämmen. Zu diesem Zweck gab es bilaterale Gespräche mit der Sowjetunion über Rüstungsbegrenzung (SALT) und Truppenabbau in Europa (MBFR), über Handelsabkommen, sowie über die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Diese verliefen nicht ohne Schwierigkeiten, fanden aber schließlich ihren Höhepunkt mit dem Besuch Präsident Nixons im Mai 1972 in Moskau und der Unterzeichnung des SALT I-Abkommens¹⁰⁰ und ABM-Vertrags¹⁰¹. Die Sowjetunion war nun offiziell als ebenbürtige strategische Macht anerkannt. Von 1972 bis 1974 folgten dann zwischen den beiden Staaten insgesamt mehr Abkommen als in den vier Jahrzehnten zuvor. Besonders bemerkenswert sind hier neben dem SALT I-Abkommen die Unterzeichnung eines Abkommens über den Getreideexport aus den USA vom Juli 1972, das Handelsabkommen vom Oktober 1972 und das im Juni 1973 geschlossene Abkommen zur Verhinderung eines Atomkrieges.¹⁰² An der KSZE, die für Europa so wichtig war, hatten die USA ein eher geringes Interesse, weil die USA diese Veranstaltung als wenig relevant für ihre eigenen Sicherheitsinteressen und diejenigen des Westens ansahen.

¹⁰⁰ In dem Abkommen verpflichten sich die USA und die Sowjetunion, keine neuen festen landgeschützten Abschußvorrichtungen für ballistische Interkontinentalraketen zu bauen oder ältere für diesen Zweck umzubauen, die Zahl von derartigen Abschußvorrichtungen auf U-Booten zu begrenzen, eine Modernisierung und einen Ersatz strategischer ballistischer Offensivraketen und von Abschußvorrichtungen zu erlauben und weitere aktive Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen zu führen, vgl. INTERIMSABKOMMEN ZWISCHEN DEN VEREINIGTEN STAATEN UND DER SOWJETUNION VOM 26. MAI 1972 ÜBER BESTIMMTE MAßNAHMEN HINSICHTLICH DER BEGRENZUNG STRATEGISCHER ANGRIFFSWAFFEN, in: Europa Archiv 27 (1972), S. D396-97; PROTOKOLL ZU DEM INTERIMSABKOMMEN ZWISCHEN DEN VEREINIGTEN STAATEN UND DER SOWJETUNION VOM 26. MAI 1972 ÜBER BESTIMMTE MAßNAHMEN HINSICHTLICH DER BEGRENZUNG STRATEGISCHER ANGRIFFSWAFFEN, in: Europa Archiv 27 (1972), S. D397-98.

¹⁰¹ In diesem Abkommen kamen beide Seiten überein, daß die ballistischen Raketenabwehrsysteme (ABM) begrenzt werden, daß es nur eine gewisse Anzahl von Abschußrampen in einem gewissen Umkreis geben darf, z. B. um die jeweilige Hauptstadt, und daß man keine ABM-Systeme oder Basen außerhalb des eigenen Territoriums dislozieren würde, vgl. VERTRAG ZWISCHEN DEN VEREINIGTEN STAATEN UND DER SOWJETUNION VOM 26. MAI 1972 ÜBER DIE BEGRENZUNG DER SYSTEME ZUR ABWEHR BALLISTISCHER FLUGKÖRPER, in: Europa Archiv 27 (1972), S. D392-396. Die Aufrüstung wurde durch diese beiden Verträge allerdings nicht beendet. Für eine kritische Einschätzung zum SALT-Abkommen vgl. u.a. SENGHAAS, Dieter: Aufrüstung durch Rüstungskontrolle. Über den symbolischen Gebrauch von Politik, Stuttgart usw. 1972.

¹⁰² In diesem Zusammenhang sind auch noch Abkommen zur Verbesserung des *Heißen Drahts* (1971), zur Verminderung der Gefahr des Ausbruchs eines Nuklearkrieges infolge eines nuklearen Unfalls (1971), zur Vermeidung von Zwischenfällen auf und über dem offenen Meer (1972 und 1973 das dazugehörige Protokoll) geschlossen worden.

Der *linkage*-Gedanke, also die Verknüpfung von Kooperationsvorteilen mit sowjetischer Zurückhaltung im west-östlichen Konfliktaustrag, spielte auf dieser globalen strategischen Ebene eine große Rolle. Nixon und Kissinger gingen bei der Übernahme der Amtsgeschäfte im Januar 1969 davon aus, daß die Sowjets ein großes Interesse am Ende des Vietnam-Kriegs haben müßten. Vietnam lag eigentlich außerhalb ihres Interessengebiets, und es kostete sie viel Kraft und Geld, diesen Konflikt auszutragen. Verhandlungen dieser Art sollten als Druckmittel dienen: Mit einem möglichen Frieden in Vietnam wurden sowohl die SALT- und ABM-Verträge, die Nixon und Kissinger als das Grundelement der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen ansahen, als auch finanzielle und materielle Unterstützung, z. B. durch Getreidelieferungen, verknüpft. Die Amerikaner wollten in dem Maße den von den Sowjets durchaus angestrebten Verhandlungen über Vietnam zustimmen, wie diese sich ihrerseits dazu bereit erklärten, über strategische Waffen und Angriffssysteme zu verhandeln, und ebenso über Regionen, an denen den Amerikanern verstärkt lag, z. B. den Mittleren Osten.¹⁰³ Auch entsprach Kissinger dem lange gehegten sowjetischen Wunsch nach einer europäischen Sicherheitskonferenz erst, als sich die Sowjets im Gegenzug mit MBFR-Gesprächen und dem *Viermächte-Abkommen* über Berlin einverstanden erklärten. Durch *linkage* sollte sich die Sowjetunion letztlich selbst eindämmen.¹⁰⁴

Doch trotz des mittels *carrots and sticks* ausgeübten Drucks waren die Ergebnisse der Verhandlungen mit Moskau verhältnismäßig mager. Während die Entspannung in Europa und insbesondere in Deutschland relativ erfolgreich verlief, schien die amerikanische *détente* zu scheitern. Trotz mehrfacher Warnungen der USA behandelte die Sowjetunion den Entspannungsprozeß weiterhin so, als sei er teilbar. Während sie in Europa zu Zugeständnissen bereit war, weitete sie ihren Einfluß in der Dritten Welt, vor allem in Afrika und Mittelamerika, aktiv aus, z. B. ab 1975 in Angola, ab 1977 am Horn von Afrika.¹⁰⁵ Durch die hohen Ölpreise seit dem Yom-Kippur-Krieg 1973 fielen der Sowjetunion außerdem unerwartete

¹⁰³ Vgl. NIXON: RN..., a.a.O., S. 390-400.

¹⁰⁴ CZEMPIEL, Ernst-Otto: Der Stand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, in: APuZ B 5/1986, S. 3-15 (6).

¹⁰⁵ Vgl. GARTHOFF: *Détente...*, a.a.O., S. 502-537; 622-689. Zu einer genaueren Darstellung des Ost-West-Konfliktes, wie er sich in außerhalb Europas darstellte, vgl.: SHULMAN, Marshall D. (Hrsg.): *East-West-Tensions in the Third World*, New York/London 1986.

Gewinne zu, die ihre wirtschaftliche Lage verbesserten und damit auch ihre externe Abhängigkeit minderten, wodurch ihr Selbstbewußtsein deutlich stieg.

Zunehmend kamen in den USA Zweifel auf, ob die Entspannungspolitik die Sowjetunion wirklich zu der Zurückhaltung in Krisensituationen und in der Rüstungspolitik veranlaßte, auf die Nixon und Kissinger gesetzt hatten. Hinzu kam, daß die Nixon-Administration durch die *Watergate*-Affäre auch innenpolitisch zunehmend unter Druck geriet und Nixon 1974 schließlich zurücktreten mußte. Sein Nachfolger wurde Vizepräsident Gerald Ford. Die *détente*-Politik wurde immer mehr in die innenpolitische Auseinandersetzung hineingezogen (z. B. durch die Verabschiedung des *Jackson-Vanik-Amendments* 1974¹⁰⁶), der Kongreß schuf sich immer mehr Möglichkeiten, die Außenpolitik zu beeinflussen, so daß die Lage schließlich selbst für einen so geschickten Politiker wie Kissinger nicht mehr voll kontrollierbar war.¹⁰⁷

ii) 1977-1981: Sicherheit und Menschenrechte

Ohne daß dies in Europa in dieser Tragweite wahrgenommen wurde, hatte sich in den Vereinigten Staaten seit 1972 die Auffassung über die Möglichkeiten einer erfolgreichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion allmählich gewandelt. Mit dem Demokraten Carter kam dann 1977 ein Präsident an die Macht, der mit dem strategischen Gleichgewichtsdenken Kissingers nichts anzufangen wußte. Die Weltpolitik, so formulierte es Zbigniew Brzezinski, Carters einflußreicher Sicherheitsberater, sollte nicht mit akrobatischen Leistungen im Stile Kissingers, sondern mit einer Architektur vor dem drohenden Zusammenbruch geschützt werden.¹⁰⁸ Die wichtigsten außenpolitischen Ziele Carters waren die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte und der Abbau der nuklearen Bedrohung.¹⁰⁹ Moral wurde mit ihm wieder zu einem Faktor der Auslandsbeziehungen – was nicht nur ein Versuch war, nach dem Trauma von Vietnam und *Watergate* zum amerikanischen

¹⁰⁶ Vgl. Kapitel IV.2.

¹⁰⁷ Vgl. ISAACSON: Kissinger..., a.a.O., S. 671-696.

¹⁰⁸ „*This calls not for acrobatics but for architecture*“, so die berühmte Formulierung. BRZEZINSKI, Zbigniew: The Deceptive Structure of Peace, in: Foreign Policy, Frühjahr 1974, S. 55.

¹⁰⁹ Vgl. dazu CARTER, Jimmy: Why Not the Best?, Nashville 1975, S. 4.

Sendungsbewußtsein zurückzufinden, sondern auch, um traditionelle Elemente amerikanischer Außenpolitik wieder aufzunehmen.¹¹⁰

In den Beziehungen zur Sowjetunion galt es immer noch, die Balance zwischen *cooperation and competition* zu halten, doch die Meinungen über das Maß beider gingen sowohl in der Regierung als auch in der Öffentlichkeit weit auseinander. Es hatten sich vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um Kissingers Entspannungspolitik eine Reihe von einflußreichen Gruppierungen gebildet, die eine erneute *Politik der Stärke* gegenüber der Sowjetunion forderten.¹¹¹ Carter neigte im Prinzip zu einer weiteren Entspannung mit der Sowjetunion, was in den Verhandlungen und der Unterzeichnung des SALT II-Abkommens¹¹² deutlich

¹¹⁰ Carter unterstützte in diesem Sinne die schwarzen Mehrheiten in ihrem Wunsch nach Selbstbestimmung in Rhodesien und Namibia. Lateinamerika sollte nicht mehr als Hinterland der Vereinigten Staaten betrachtet werden, was eine Abkehr von der *Monroe-Doktrin* bedeutete. Er betrieb die Normalisierung der Beziehungen zu China, Vietnam und sogar Kuba und konnte einige außenpolitische Erfolge aufweisen, wie die Rückgabe des Panama-Kanals oder den Friedensvertrag von Camp David.

Auch innenpolitisch war es für den politischen Amateur Carter vor allem wichtig, eine ganz andere Politik zu machen, als sie Nixon und Ford verkörpert hatten. Er war vor allem deshalb gewählt worden, weil er mit den Washingtoner Kreisen so wenig zu tun hatte, weil er einen Politikstil verkörperte, der „*honest, decent, open, fair, compassionate*“ war, vgl. SCHWEIGLER: Von Kissinger..., a.a.O., S. 292. Doch nicht nur, um Wahlen zu gewinnen, war Carter zu einem Vertreter der Menschenrechte und der Moral geworden, er war einerseits von einem missionarischen Sendungsbewußtsein geprägt, ihm war aber auch bewußt, daß auf dem Gebiet der Menschenrechte auch in den Vereinigten Staaten selbst Nachholbedarf bestand. Zur unterschiedlichen Behandlung des Menschenrechtsproblems innerhalb der Administrationen von Nixon bis Reagan vgl. STAACK, Michael: Menschenrechte und Sicherheit: produktives Spannungsverhältnis oder Sollbruchstelle für den Ost-West-Dialog?, Berlin 1989.

¹¹¹ Zu den Auseinandersetzungen innerhalb der Administration vgl. z. B. VANCE, Cyrus: *Hard Choices: Critical Years in America's Foreign Policy*, New York 1983, S. 26-28; BRZEZINSKI, Zbigniew: *Power and Principle: Memoirs of the National Security Adviser, 1977-1981*, New York 1983, S. 146-150; GADDIS, John Lewis: *Russia, the Soviet Union and the United States. An Interpretive History*, New York 1978, S. 274. In der intellektuellen Öffentlichkeit war folgender konservativer Artikel besonders einflußreich: PIPES, Richard: *Why the Soviet Union Thinks It Could Fight and Win a Nuclear War*“, in: *Commentary*, Juli 1977, S. 21-34 und die darauffolgende Diskussion in Leserbriefen. Zu den Positionen und Organisationen der Entspannungskritiker in den USA vgl. auch: STAACK: *Entspannungskritik...*, a.a.O., S. 59-97; DERS.: *Kurswechsel in Washington. Entspannungsgegner und Rüstungskontrolle unter der Präsidentschaft Ronald Reagans*, Berlin 1987; STEINFELS, Peter: *The Neoconservatives. The Men Who Are Changing America's Politics*, New York 1979.

¹¹² In diesem Vertrag und dem dazugehörigen Protokoll einigten sich die USA und die Sowjetunion darüber, ihre Gesamtzahlen von Abschußvorrichtungen für Interkontinentalraketen, seegestützte und luftgestützte ballistische Raketen und strategische Bomber festzuschreiben bzw. zu senken, Raketen mit Mehrgefechtköpfen zu begrenzen, keine mobilen Abschußvorrichtungen mit und ohne Mehrfachgefechtköpfe und luftgestützte ballistische Raketen zu erproben, nach Inkrafttreten des Vertrages weitere Verhandlungen aufzunehmen und die Überprüfungen der Vereinbarungen nicht zu behindern. Der Vertrag ist abgedruckt in: US State Department: *Text of SALT Agreements*, zitiert nach GÖRTEMAKER: *Die unheilige Allianz*, a.a.O., S. 218. Er wurde allerdings nicht ratifiziert.

wurde, bestritt aber die politische Parität und Legitimität der Sowjetunion und übersah fernerhin, daß „*several of the other policies he decided to pursue were bound to raise tension with the Soviet Union*“¹¹³.

Mit dem *NATO-Doppelbeschluss* von 1979 hatte sich überdies eine multilaterale Allianz im Westen gegen die Aufrüstung in Mitteleuropa gewandt. Die sowjetische Invasion in Afghanistan war dann der unmittelbare Anlaß, der in den Vereinigten Staaten zu einer neuen *containment*- und Konfrontationspolitik gegenüber der Sowjetunion führte (z. B. durch das Getreideembargo vom Januar 1980, Verstärkung des *linkage*, den Boykott der Olympischen Spiele in Moskau, sowie weitere Beschränkung der Beziehungen aller Art). Die *détente* schien am Ende zu sein.¹¹⁴

iii) 1981-1989 Konfrontation und neue Entspannung

Reagan unterschied sich in seiner Außenpolitik insbesondere gegenüber der UdSSR erneut wesentlich von seinen Vorgängern.¹¹⁵ Er gewann die Wahlen 1980, indem er an die verletzten nationalen Gefühle der Amerikaner appellierte und ihre Selbstachtung nach Vietnam, *Watergate* und der Geisellaffäre in Teheran wieder stärken wollte. Um dies zu erreichen, richtete sich das außenpolitische Handeln erneut stark auf den Ost-West-Konflikt.¹¹⁶ Die moralischen Gesichtspunkte traten eher wieder in den Hintergrund. Reagan betrieb erneut *Realpolitik*, allerdings nicht im Sinne Kissingers, sondern im Sinne eines „*entschlossenen Konservatismus*“¹¹⁷. Reagan wollte das wiederherstellen, was seiner Erinnerung nach die

¹¹³ GARTHOFF: *Détente...*, a.a.O., S. 564.

¹¹⁴ Der Einmarsch in Afghanistan Ende 1979 war nur der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Er sei „*a watershed in American-Soviet relations*“ gewesen, so GARTHOFF: *Détente...*, a.a.O., S. 887. Davor hatten sich mehrere Dinge ereignet, die die Haltung der USA gegenüber der Sowjetunion belasteten, u.a. die Auseinandersetzung am Horn von Afrika, die Geiselnahme und Besetzung in der amerikanischen Botschaft in Teheran 1979 (die 444 Tage dauerte und erst am Tage, als Carter aus dem Amt schied, beendet wurde), Auseinandersetzungen um die Botschaften in Islamabad und Tripolis.

¹¹⁵ Vgl. zu dieser politischen Wende z. B.: GÖRTEMAKER, Manfred: Auferstehung des Containment. Die Politik der USA gegenüber der Sowjetunion nach den Präsidentschaftswahlen 1980, in: *Osteuropa*, Juni 1981, S. 445-457; HACKE, Christian: Die Außenpolitik der Regierung Reagan im Spannungsfeld von Kontinuität und Wandel, in: *APuZ B* 13/82, S. 3-27.

¹¹⁶ Vgl. hierzu: STEVENSON, R.W.: *The Rise and Fall of Détente: Relaxations of Tension in U.S.-Soviet Relations 1953-84*, Basingstroke 1985.

¹¹⁷ CZEMPIEL, Ernst-Otto: Von der Parität zur Superiorität. Die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, in: CZEMPIEL (Hrsg.): *Amerikanische Außenpolitik*, a.a.O., S. 18-41 (37). „*The Reagan administration came to power knowing what it did not want – détente. It was less clear, and less unified, in its conception of what it did want.*“, GARTHOFF: *Détente...*, a.a.O.,

50er Jahre gekennzeichnet hatte: Reichtum nach innen und Macht nach außen. Die Expansion des sowjetischen „*evil empire*“¹¹⁸ wollte er durch den massiven Ausbau der amerikanischen Militärmacht zu stoppen, nicht durch die Einbindung in ein Netz von Interdependenzen. Reagans Meinung nach war die Wiedererlangung der politischen Stärke, welche aufgrund veränderter internationaler Rahmenbedingungen eingeschränkt worden war, nur durch militärische Übermacht zu gewährleisten.¹¹⁹ Dies sollte durch ein großes Aufrüstungsprogramm erreicht werden, für das in den ersten Jahren allein 1 500 Mrd. Dollar zur Verfügung gestellt wurden (jährliche Steigerungsraten von real 7 Prozent).¹²⁰

Nachdem jedoch General Jaruzelski 1980 das Kriegsrecht über Polen verhängt hatte (das für die Amerikaner weder eine friedliche noch eine interne polnische Lösung war, für sie war dies vielmehr ein zweiter August 1968), folgten weitere Schritte. Die Reagan-Administration reagierte mit Sanktionen, zuerst gegen Polen und dann auch gegen die UdSSR, die sie für die Unterdrückung von *Solidarność* in Polen verantwortlich machte. Konsequenz wurden in den ersten drei Jahren fast alle institutionalisierten Kontakte mit der Sowjetunion unterbrochen, auch die der kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit.¹²¹ 1983 begann die Stationierung von *Pershing II* und *cruise missiles* in Europa und auch in der Bundesre-

S. 1010. Dieser starke Wandel in der amerikanischen Außenpolitik, das Hin und Her zwischen Konservatismus und Liberalismus brachte die USA in den Ruf, unberechenbar und unbeständig zu sein, vgl. SCHWEIGLER: Die Außenpolitik... , a.a.O., S. 319.

¹¹⁸ REAGAN, Ronald: Remarks at the Annual Convention (of the Evangelicals) in Orlando, Fla., 8. März 1983, in: Weekly Compilation of Presidential Documents, Bd. 19, 14. März 1983, S. 369. Reagan glaubte von Anfang an, daß die USA im Rahmen der Entspannung ausgenutzt und verraten worden waren. Er verkündete schon 1980 öffentlich, daß die Sowjetunion, an allem „*unrest that is going on*“ schuld sei, zitiert nach: LEWIS, Anthony: Reagan on War and Peace, NYT, 20. Oktober 1980. Damit nahm er seine Äußerung von 1983 schon vorweg.

¹¹⁹ Zu den veränderten Bedingungen gehörten: das Erreichen der nuklearen Parität, die politische Einflüßausweitung der Sowjetunion, der ökonomische und politische Wiederaufstieg Japans und Westeuropas, der Verlust der amerikanischen Dominanz im Weltwährungssystem und die Folgen der Entkolonialisierung und der zunehmenden globalen Interdependenzen, vgl. STAACK: Spannungskritik..., a.a.O., S. 268.

¹²⁰ Vgl. CZEMPIEL, Ernst-Otto: Die Weltpolitik der Reagan-Administration, in: APuZ B 44/88, S. 36-46 (37); SCHWEIGLER, Gebhard: Europa, Amerika und die Entspannung, in: APuZ B 28/82, S. 3-14 (12). Die Vereinigten Staaten ist diese enorme Aufrüstung teuer zu stehen gekommen. Vom einst größten Gläubiger der Welt wurden die USA zum größten Schuldner, und in den achtziger Jahren vergrößerte sich das sowieso schon große Außenhandelsdefizit erneut sehr stark, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie nahm u.a. durch den überbewerteten Dollar ab, vgl. EBENDA, S. 46.

¹²¹ Dazu gehörten mehr z. B. als 50 amerikanisch-sowjetische Kooperationsvereinbarungen im wissenschaftlich-technisch-medizinischen Bereich, u.a. die gemeinsame Weltraumforschung, Tiefbohrprojekte, etc.

publik gemäß dem *NATO-Doppelbeschluß*. Im gleichen Jahr wurde das SDI-Programm¹²² installiert; es sollte Raketenangriffe aus dem Weltraum abwehren. Die Entspannung schien am Ende, die Beziehungen zur Sowjetunion waren zum Jahreswechsel 1983/1984 so schlecht wie seit der *Kuba-Krise* nicht mehr.¹²³

Doch ab Januar 1984 verstärkten sich auch in der Reagan-Administration Tendenzen zu einem größeren Maß an Kooperation und Dialog – aus der Position der Stärke heraus, denn es war klar, daß bei einem *Krieg der Sterne* die Sowjetunion nicht würde mithalten können. Reagan erklärte vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen: „*America has repaired its strength ... We are ready for constructive negotiations with the Soviet Union*“¹²⁴. Grund dafür war jedoch nicht nur dieser strategische Sieg. Es waren auch die bevorstehende Wahl, die beginnende wirtschaftliche Erholung, und nicht zuletzt auch die wachsende Kritik, der sich Reagan aufgrund seiner relativ wirkungslosen Embargo-Politik und der hohen Rüstungsausgaben in der Öffentlichkeit, im Kongreß und in der eigenen Administration ausgesetzt sah.¹²⁵ Auch Washington begann einzusehen, daß Kooperation mit der Sowjetunion unter Umständen im wohlverstandenen eigenen amerikanischen Interesse war, wie es Reagan in einer Rede im Sommer 1984 feststellte.¹²⁶

¹²² Vgl. Kapitel V.1.

¹²³ Vgl. TALBOTT, Strobe: *The Russians and Reagan*, New York 1984. Es wurden aber dennoch Kommunikationskanäle und Teilbeziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion aufrecht erhalten, was sich z. B. daran zeigt, daß die Reagan-Administration die Vereinbarungen des SALT-II-Abkommens einhielt und das von Carter verhängte Weizenembargo aufhob, vgl. WOYKE, Wichard: *Entspannungspolitik*, a.a.O., S. 76. Das ist allerdings auch z.T. auf den Druck wirtschaftlicher Interessengruppen (Farmer im Mittleren Westen) innerhalb der USA zurückzuführen.

¹²⁴ REAGAN, Ronald: Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Ronald Reagan, vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 16. 9. 1984, abgedruckt in: *Europa Archiv* 39,2 (1984), S. D661-D666.

¹²⁵ Vgl. OBERDORFER, Don: *The Turn: How the Cold War Came to an End. The United States and the Soviet Union 1983-1990*, New York 1992; HOGAN, Michael J.: *The End of the Cold War: Its Meanings and Implications*, Cambridge 1992. Zu der Kritik seitens der Öffentlichkeit vgl. GARTHOFF: *Détente...*, a.a.O., S. 1013; CZEMPIEL, *Der Stand...*, a.a.O., S. 20, STAACK, *Entspannungskritik...*, a.a.O., S. 269. Zu den Auseinandersetzungen innerhalb der Administration vgl. CZEMPIEL: *Die Weltpolitik...*, a.a.O., S. 39, und die umfassende Studie über die Einstellungen und Entscheidungen der Hauptakteure (Reagan, Weinberger, Perle, Nitze, Haig, Burt) in der Reagan-Administration von TUSCHHOFF, Christian: *Einstellung und Entscheidung. Perzeptionen im sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß der Reagan-Administration 1981-1984*, Baden-Baden 1990.

¹²⁶ REAGAN, Ronald: Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Ronald Reagan, anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der Organisation der Vereinten Nationen vor ihrer Generalversammlung am 24. Oktober 1985, in: *Europa Archiv* 40 (1985), S. D679-D682. Er ging in dieser Rede sogar weit über Nixon und Kissinger hinaus, indem er den Sinn von Sanktionspolitik und auch die *linkage*-Politik grundsätzlich in Frage stellte. Zu den Gründen für ei-

Mit dieser erneuten Wende bewegte sich die amerikanische Weltpolitik zurück zur traditionellen Mitte, eine taktische Anpassung der starren und militanten Glaubensmaximen an die komplexere Realität.

Doch auch das sowjetische Verhalten gegenüber den USA veränderte sich rasant, schon vor, aber insbesondere nach dem Amtsantritt Gorbatschows 1985. Ihm gegenüber blieb die amerikanische Haltung zwar zunächst mißtrauisch.¹²⁷ Doch mit Beginn des Jahres 1986 mehrten sich die Stimmen, die glaubten, daß Gorbatschow das, was er sagte, auch wirklich ernst meinte. Plötzlich sah sich Reagan einem Partner gegenüber, der sich von der berechenbaren, auf Rüstung und Macht fixierten Politik der alten Garde in Moskau deutlich unterschied. Dieser verordnete der Sowjetunion nicht nur wirtschafts- und gesellschaftspolitische Reformen, sondern er nahm auch die Expansionspolitik seiner Vorgänger zurück. So hob er die *Breschnew-Doktrin* auf, zog die sowjetischen Truppen aus Afghanistan zurück und machte sein Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen zu Westeuropa und zu den USA deutlich.¹²⁸

Reagan trat die Flucht nach vorn an, da er erkannte, daß seinen versöhnlichen Worten von Anfang 1984 auch Konsequenzen folgen mußten. Innerhalb kürzester Zeit kam es im Sommer 1986 zum „*revolutionären*“¹²⁹ Vor-Gipfel von Reykjavik, wo nicht nur über Rüstungsbegrenzung, sondern auch über reale Abrüstung gesprochen wurde. Dieser Gipfel veränderte die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen grundlegend. Ihr Ergebnis, der INF-Vertrag, konnte schon im Dezember 1987 unterzeichnet werden. Überdies waren schon kurz nach Gorbatschows Amtsantritt die Rüstungskontrollgespräche wieder aufgenommen worden.¹³⁰

nen Wandel der amerikanischen Außenpolitik in den 80er Jahren vgl. CZEMPIEL, Ernst-Otto: Machtprobe. Die USA und die Sowjetunion in den achtziger Jahren, München 1989.

¹²⁷ Vgl. z. B. ADOMEIT, Hannes: Sowjetisch-amerikanische Beziehungen unter Gorbatschow, in: APuZ B 5/1986, S. 16-37.

¹²⁸ Vgl. dazu z. B. die Sammelbände: BRUNS, Wilhelm (Hrsg.): Die Ost-West-Beziehungen am Wendepunkt? Bilanz und Perspektiven, Bonn 1988, mit Beiträgen zum KSZE-Prozeß, Rüstungskontrolle, ökonomische Beziehungen, Menschenrechte, etc; BIALER, Seweryn/Michael MANDELBAUM: Gorbachev's Russia and American Foreign Policy, Boulder 1987, bes. S. 385-491.

¹²⁹ KISSINGER, Henry: The „Reykjavik Revolution“: Putting Deterrence in Question, in: Washington Post, 18.11.1986.

¹³⁰ Vgl. CZEMPIEL, Ernst-Otto: Amerikanisch-sowjetische Beziehungen nach Reykjavik, in: APuZ B1-2/87, S. 3-15. Zu der Einschätzung der Rüstungskontrollpolitik Ende der 80er Jahre vgl. den Sammelband von PETERS, Ingo (Hrsg.): Entspannung durch Rüstungskontrollpolitik. Stand und Perspektiven für die 90er Jahre, Berlin 1988.

Doch Gorbatschow ging es nicht primär um die außenpolitischen Ziele; es waren vielmehr wirtschaftlichen Gründe, die ein *disengagement* und auch Abrüstung wünschenswert erscheinen ließen, weil er sich so Zugang zu den Ressourcen für die dringend erforderlichen Reformen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft versprach. Die Sowjetunion mußte radikal umgestaltet werden, nicht um den Sozialismus abzuschaffen, sondern um ihn zu einem leistungsfähigeren System zu machen. Doch nachdem das ehemalige Sowjetimperium erst wirtschaftlich, dann politisch in kürzester Zeit zerfiel, als sich überall in Osteuropa die Tendenzen zur politischen Demokratisierung und Abkehr von der zentralen Wirtschaftsordnung durchsetzten, und auch in der UdSSR ein innerer Zusammenbruch folgte, ging das ganze System unter.

Dies bedeutete auch das Ende des Ost-West-Konflikts, des Kalten Krieges in seiner herkömmlichen Form, nicht aber, daß dadurch die weltpolitischen Konflikte geringer, oder die Verhältnisse übersichtlicher wurden – im Gegenteil. Wirtschaftliche Probleme und ethische Konflikte in Osteuropa, die bislang verdeckt gewesen waren, kamen nun zum Vorschein. Eine neue europäische und weltweite Ordnung war und ist noch immer notwendig, um diese neuen Konflikte in den Griff zu bekommen.

Dabei spielt das vereinte Deutschland als politisch und wirtschaftlich stärkstes Mitglied der EU eine zentrale Rolle. Deutschland ist beim Vereinigungsprozeß 1989/90 fast bedingungslos von der US-Regierung unterstützt worden, die Voraussetzungen dafür hat sich die Bundesrepublik jedoch über ihre Jahrzehnte dauernde Ost- und Entspannungspolitik vor allem selber geschaffen – wenn auch nicht immer konfliktfrei.

2. Die deutsche Entspannungspolitik ab 1969

a. Grundüberlegungen

Es gab über die Jahrhunderte hinweg Konstanten, die die deutsche Geschichte geprägt haben. Dazu gehört insbesondere die Geographie. Deutschlands Mittellage in Europa ohne klare geographische Grenzen erweckte eine ständige Furcht vor feindlichen Koalitionen und einem Zwei-Fronten-Krieg. Einen Ausgleich zwi-

schen Ost und West zu finden, ist deshalb immer eines der vorrangigsten Themen der deutschen Außenpolitik gewesen.

Da sich die Deutschen, wie Immanuel Geiss schreibt, in historischer Perspektive letztlich „*nicht hatten einigen können, wohin sie gehörten*“¹³¹, ob nun nach Ost oder nach West, gerieten sie häufig zwischen die Fronten und Deutschland wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zur geteilten Mitte eines geteilten Kontinents. Diese Teilung Europas unterschied sich deutlich von früheren Teilungen. Sie war historisch willkürlich, sie war absolut, und die Rollen der teilweise sogar außereuropäischen atomaren Supermächte waren relativ ungleich verteilt.¹³² Statt einem *Konzert der Mächte* war in Europa ein *Gleichgewicht des Schreckens* entstanden.

In Anbetracht dieses Zustandes war und ist es zwangsläufig, daß die Bundesrepublik Deutschland ein hohes Eigeninteresse an friedlichen Beziehungen mit ihren Nachbarn und den Supermächten besitzen mußte. Für die Bundesrepublik war die Wahrung des Friedens vorrangig, denn nur dieser konnte ihre Existenz sichern.¹³³ Nicht nur aufgrund der verzweigten Handelsbeziehungen, die ein Land der Mitte in alle Richtungen besitzt, war die Bundesrepublik Deutschland immer an einem Ausgleich zwischen Ost und West interessiert, sondern auch, weil jede Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion und ihren Verbündeten unmittelbare und schmerzhaftige Folgen für das eigene Land zeitigen konnte.¹³⁴ Gleichzeitig war auch das weltpolitische Interesse an Deutschland groß, denn die Gründung von zwei deutschen Staaten konservierte das eigentlich nationale Problem der Deutschen und transportierte es als *deutsche Frage* auf die internationale Ebene. Deutschland- und Weltpolitik waren also unmittelbar miteinander verwoben, keines ist während dieser Epoche ohne das andere verständlich.

Das Dilemma der Bundesrepublik bestand darin, daß nach dem Krieg aus verschiedenen Gründen ein gutes Verhältnis zwischen Ost und West vorerst nicht zu

¹³¹ GEISS, Immanuel: Die deutsche Frage im internationalen System, in: SCHRÖDER, Hans-Jürgen (Hrsg.): Die deutsche Frage als internationales Problem, S. 15-37 (33).

¹³² Vgl. GARTON ASH: Im Namen..., a.a.O., S. 19.

¹³³ Vgl. VON STADEN, Berndt: Die Zukunft des Ost-West-Konflikts, in: KAISER, Karl/Hans-Peter SCHWARZ (Hrsg.): Weltpolitik. Strukturen, Akteure, Perspektiven, Bonn 1987, S. 119-137 (121); vgl. ebenso: GASTEYGER: Die beiden..., a.a.O., S. 31.

¹³⁴ Vgl. GARTON ASH: Im Namen..., a.a.O., S. 28.

erreichen war. Das erste Problem war, daß die Bundesrepublik bei ihrer Gründung kaum Handlungsfähigkeit in bezug auf ihre Außenbeziehungen besaß. Deutschland hatte eine aus westlicher Sicht unsichere demokratische Tradition und eine offene nationale Frage. Auch die Furcht vor einem militärischen Konflikt zwischen Ost und West ließ Zweifel darüber aufkommen, ob die *Zweite Deutsche Republik* Bestand haben und ausreichend vor den ihre Existenz bedrohenden Gefahren geschützt sein würde. Um dies zu sichern, erschien es den westlichen Siegermächten als unerläßlich, der jungen westdeutschen Demokratie eine stabile politische und wirtschaftliche Grundlage zu geben, zum einen durch die Einführung der sozialen Marktwirtschaft, zum anderen durch sehr enge – politische wie ökonomische – Verbindung der Bundesrepublik mit den westlichen Demokratien. Adenauers deutliches Bekenntnis zur Westbindung, die er sogar vor die Wiedervereinigung stellte, unterstützte dieses Bestreben.¹³⁵

Das zweite Problem, das harmonischen Beziehungen zum Osten entgegenstand, beruhte auf dem Festhalten am Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für ganz Deutschland und somit der Nichtanerkennung der DDR als zweitem deutschen Staat.¹³⁶ Ohne eine formale Anerkennung der Lage, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hatte, war ein besseres Verhältnis zum Rest des Ostblocks verstell. Die Möglichkeit einer Wiedervereinigung war jedoch nicht in Sicht. Nach dem Bau der Mauer und der Stabilisierung des *status quo* in Europa wurde sie sogar immer unwahrscheinlicher. Bonns *Politik der Grundsätze* führte nicht zur Einheit, sondern vertiefte die Spaltung noch mehr, praktisch und psychologisch. Die offizielle Politik führte zur Selbstblockade.

¹³⁵ Adenauer war der Ansicht, daß es für die Deutschen zunächst darum ging, Vertrauen zu gewinnen: man mußte zu einem verlässlichen Partner werden, bevor man eigene außenpolitische Forderungen stellen konnte, vgl. ADENAUER, Konrad: *Erinnerungen 1945-1953*, Stuttgart/Hamburg 1965, S. 546.

¹³⁶ Adenauer hatte bereits 1955 in der Sowjetunion die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik vereinbart. Unter Erhard und dessen Außenminister Gerhard Schröder gab es dann den Versuch einer stärkeren Öffnung nach Osten, um zu besseren Wirtschaftskontakten mit den osteuropäischen Ländern oder sogar der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu kommen. Die DDR anzuerkennen, dazu konnten sie sich aber noch lange nicht durchringen (*Hallstein-Doktrin*).

b. Ziele und Interessen

i) „Wandel durch Annäherung“

Der Beginn der Formulierung einer *Neuen Ostpolitik* wird häufig auf Juli 1963 datiert, als Egon Bahr in Tutzing seine berühmte Rede hielt. In einem lediglich als Diskussionsbeitrag ausgewiesenen Text dachte Bahr darüber nach, wie denn eine Übertragung von Kennedys *Strategie des Friedens* auf Deutschland aussehen könnte. Sein Gedanke war, daß der *status quo* dadurch überwunden werden sollte, indem er zunächst nicht verändert würde. Diese Idee war die Folge der Erkenntnis, daß die Voraussetzungen zur Wiedervereinigung nur *mit* der Sowjetunion – nicht gegen sie – zu schaffen sein würde. „*Sie sind nicht in Ost-Berlin zu bekommen, nicht gegen die Sowjetunion, nicht ohne sie.*“ ... „*Ich sehe nur den schmalen Weg der Erleichterung für die Menschen in so homöopathischen Dosen, daß sich daraus nicht die Gefahr eines revolutionären Umschlags ergibt, die das sowjetische Eingreifen aus sowjetischem Interesse zwangsläufig auslösen würde.*“ ... „*Die Frage ist, ob es nicht Möglichkeiten gibt, diese durchaus berechtigten Sorgen dem Regime so weit zu nehmen, daß auch die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel wird, weil das Risiko erträglich ist. Das ist eine andere Politik, die man auf die Formel bringen könnte: Wandel durch Annäherung*“.¹³⁷

Der Vortrag liest sich wie ein frühes Drehbuch der sozialliberalen *Ostpolitik* ab 1969: Nicht nur die Eintracht mit dem Westen, insbesondere mit den USA, auch der Gedanke, daß der Weg nach Ostberlin über Moskau führt, waren schon vorhanden. Bahr war schon zu diesem Zeitpunkt davon überzeugt, daß wirtschaftliche Kooperation den Prozeß der politischen Entspannung unterstützen würde, nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch innerhalb des Ostens. Auch schon konkret angedacht war: die Ablehnung von Destabilisierung jeder Art und die Überzeugung, daß Entspannung nicht durch Konfrontation mit den kommunistischen Machthabern, sondern eher durch deren Beschwichtigung herbeigeführt werden sollte. Ebenso hat Bahr schon damals erkannt, daß die tägliche Arbeit sehr

¹³⁷ Alle Zitate aus BAHR, Egon: Referat des Leiters des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, Bahr, vor der Evangelischen Akademie Tutzing am 15. Juli 1963, abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Serie IV, Band 9, Bonn 1970, S. 572-584. Vgl. zu diesem Thema auch: BAHR, Egon: Sicherheit für und vor Deutschland. Vom Wandel zur Annäherung zur Europäischen Sicherheitsgemeinschaft, München/Wien 1991.

mühsam sein würde, allein, um die einfachsten menschlichen Ziele zu erreichen.¹³⁸

Doch es ist durchaus fraglich, ob am Anfang des Wandels im politischen Denken tatsächlich ein so überzeugendes, umfassendes, strategisches Konzept gestanden hat, das dann mit dem Passierscheinabkommen 1963 als erstem kleinem Schritt nach und nach konsequent in die Tat umgesetzt wurde. Die Entwicklung der *Neuen Ostpolitik* war vermutlich viel diffiziler, und Bahrs Idee des *Wandels durch Annäherung* war kein Masterplan, sondern eher ein „*politischer Versuchsballon*“¹³⁹. Die *Ostpolitik* war ein äußerst komplexer Prozeß mit einer Vielzahl von innen- und außenpolitischen Interessen, Zwängen und nicht immer geahnten Konsequenzen, die sich zusammen zu einer neuen deutschlandpolitischen Strategie vermengten.¹⁴⁰ „*Viele dachten an verschiedenen Orten das gleiche, unabhängig voneinander kamen sie zu ähnlichen Ergebnissen. Natürlich ergänzten, inspirierten und bestätigten sie sich gegenseitig, und der Prozeß der Neubewertung wurde durch Austausch beschleunigt.*“¹⁴¹ Sie war nur dadurch möglich, daß sich eine Reihe von Entwicklungen überlagerten.

Am wichtigsten war, neben der in Kapitel II dargestellten Großwetterlage, daß sich die allgemeine Einschätzung der Lage in den 60er Jahren veränderte, nicht nur bei den Politikern, die täglich mit der Unzulänglichkeit der bisherigen Strate-

¹³⁸ Vgl. GARTON ASH: *Im Namen...*, a.a.O., S. 102-103.

¹³⁹ VOGTMEIER, Andreas: *Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung*, Bonn 1996, S. 61. Weder Brandt noch Wehner waren zu dieser Zeit besonders glücklich über Bahrs Äußerungen, da sie sehr konkret waren und Bahr auch noch dafür sorgte, daß sie schnell publik wurden. Die Haltung der CDU war sehr ablehnend, und auch die DDR war zunächst mißtrauisch. Der damalige DDR-Außenminister Otto Winzer soll Bahrs Konzept „*Aggression auf Filzplätzchen*“ genannt haben, vgl. POTTHOFF: *Im Schatten ...*, a.a.O., S. 39. Selbst bei Amtsantritt 1969 waren sich Brandt und Scheel noch überhaupt nicht sicher, daß ihre Politik Erfolg haben würde, sondern daß sie ein, wenn auch kalkulierbares, Risiko eingingen, vgl. Brandt am 25. Februar 1970 vor dem Bundestag, Scheel am 15. Januar 1970 vor dem Bundestag, abgedruckt in: *Texte zur Deutschlandpolitik*, Reihe I, Bd. IV, Bonn 1970, S. 242, 290, 320-21. Im nachhinein charakterisierte Bahr die Ostpolitik folgendermaßen: „*Sie hatte ein Ziel, ohne zu wissen, wann und wie es erreichbar war... Ostpolitik war das Konzept eines Schwachen, um das Element der militärischen Stärke zu zivilisieren und zu relativieren.*“, BAHN, Egon: *Wandel durch Annäherung. Die Grundkonzeption und die Umsetzung einer neuen Ost- und Deutschlandpolitik*, in: FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, BERLINER BÜRO (Hrsg.): *Die Ost- und Deutschlandpolitik. Vom Wandel durch Annäherung zu einer europäischen Friedenspolitik*, Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, 19.-20. Juni 1998, S. 17-25 (25).

¹⁴⁰ Vgl. POTTHOFF: *Im Schatten...*, a.a.O., S. 31.

¹⁴¹ BENDER: *Die „Neue Ostpolitik“*..., a.a.O., S. 118.

gie konfrontiert waren, sondern auch in der Öffentlichkeit.¹⁴² Offenheit war das Gebot der Stunde. Die Welt erlebte einen Bewußtseinswandel. Nur durch eine derartige Liberalisierung des Denkens war eine Liberalisierung auch in der Politik möglich.¹⁴³

ii) Wiedergutmachung, Selbständigkeit und Einsicht in Notwendigkeiten

Doch für die Architekten der *Neuen Ostpolitik* waren auch noch andere Dinge ausschlaggebend: Starken Einfluß hatte das Bewußtsein der historischen Verpflichtung zur Wiedergutmachung der Deutschen gegenüber Polen, der Tschechoslowakei und dem Rest Osteuropas. Hinzu kam außerdem der Wunsch nach mehr Selbständigkeit gegenüber dem Westen, ohne die Westbindung, welche die Sicherheit der Bundesrepublik garantierte, dabei aufzugeben. Man wollte sich Handlungsfreiheiten gegenüber der DDR schaffen, sowie Beziehungen aufbauen, die nicht mehr nur vom globalen politischen Klima abhängig waren. Und schließlich hat sicherlich auch ein wahltaktisches Kalkül eine Rolle gespielt, denn innenpolitisch wurde das Bemühen, durch Gespräche mit dem Osten Fortschritte zu erzielen, vom Wähler honoriert.

¹⁴² Viele meinungsbildende Zeitungen und Zeitschriften der Bundesrepublik setzten sich für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Versöhnung mit den östlichen Nachbarn und einem Arrangement mit der DDR durch eine Art Anerkennung ein, u.a. *Die Zeit*, *Stern*, *Der Spiegel*, *Süddeutsche Zeitung*, *Kölner Stadt-Anzeiger* und *Frankfurter Rundschau*, vgl. POTTHOFF: *Im Schatten...*, a.a.O., S. 66. Heftigen Widerspruch fand dieses neue Konzept lediglich bei der sich ab 1969 in der Opposition befindenden CDU/CSU, den Vertriebenenverbänden und der konservativen Presse. Die katholische und die evangelische Kirche, Journalisten, Wissenschaftler und Literaten der Bundesrepublik unterstützten die *Politik der kleinen Schritte*, und das Abkommen mit Polen, selbst wenn das die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie bedeutete. Die Versöhnung mit Polen wurde zu einer moralischen Verpflichtung, die gleich hinter der Versöhnung mit Israel lag, vgl. GRIFFITH: *Die Ostpolitik...*, a.a.O., S. 260. Ein Ausdruck dieses Bestrebens nach Versöhnung war u.a. auch die DENKSCHRIFT DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND, in: *Europa Archiv* 21 (1966), D1-D10.

¹⁴³ Schon während der Großen Koalition ab 1966 unter Kiesinger und seinem Außenminister Brandt gab es ein Umdenken. Die Regierung war bereit, der Entspannung eine taktische Priorität vor der Wiedervereinigung zu geben. Man hoffte, osteuropäischen Regierungen und kritische Gruppen in der Führung der Sowjetunion und der DDR dazu zu bewegen, die Politik der DDR zu liberalisieren, so daß die Kontakte der Bundesrepublik mit ihr verstärkt werden könnten. Eine Kombination von Anreizen und Druck sollten dann zu einer Annäherung führen, die aber nicht so weit ging, daß die Sowjetunion sich zu einer Intervention herausgefordert sah. Doch auch unter Kiesinger kam man über einen Briefwechsel nicht hinaus. Der Grund dafür lag aber nicht in Bonn sondern vielmehr in Ostberlin, vgl. GRIFFITH: *Die Ostpolitik...*, a.a.O., S. 187; BAHR: *Zu meiner...*, a.a.O., S. 166; SCHMOECKEL, Reinhard//Bruno KAISER: *Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen*, Bonn 1991, S. 173ff.

Ausschlaggebend für den tatsächlichen Wandel war schließlich der Wechsel der Personen im Jahre 1969: Nicht nur die sozialliberale Koalition unter der Führung Brandts gewann die Wahl in Deutschland, sondern auch Nixon in den USA, der in außenpolitischen Fragen sehr von seinem strategisch und europäisch denkenden Sicherheitsberater Henry Kissinger beeinflusst wurde.

Die bittere Erfahrung hatte gelehrt, daß der harte Kurs der Nicht-Anerkennung nichts einbrachte als wachsende Schwierigkeiten.¹⁴⁴ Das Neue in der *Ostpolitik* Brandts und Scheels bestand also darin, daß sie die Konsequenzen aus der Einsicht zogen, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands wenn überhaupt, dann nur langfristig zu haben war.¹⁴⁵ Nahziel durfte deshalb nicht die Wiedervereinigung, sondern konnte nur der Zusammenhalt der beiden Teile Deutschlands sein, um die negativen Auswirkungen der Teilung wenigstens teilweise zu beseitigen.¹⁴⁶ Dies schloß wenn schon nicht die völkerrechtliche, dann wenigstens die politische Anerkennung der DDR ein, mit der eine engere Zusammenarbeit zur Lösung der aus der Teilung resultierenden Probleme geplant oder zumindest ein „geregeltes Nebeneinander“ angestrebt wurde, das vielleicht zu einem „Miteinander“ führen konnte. Bender nannte diesen kleinen und doch großen Schritt treffend „*die Kunst des Selbstverständlichen*“¹⁴⁷.

iii) Ostpolitik als Deutschland- und Europapolitik

Das langfristige und rhetorisch immer wieder bekräftigte Ziel der nationalen Einheit wurde integriert in die Vision einer europäischen Friedensordnung, mit der zuerst die Teilung Europas und damit auch die Spaltung Deutschlands überwun-

¹⁴⁴ Aus der Nicht-Anerkennung solle man nicht das Seil machen, „*durch das wir uns selber fesseln*“, so Brandt, zitiert nach BENDER: Die „Neue Ostpolitik“..., a.a.O., S. 135.

¹⁴⁵ Dies ist gut herauszulesen aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt vom 28. Oktober 1969 und der nachfolgenden Bundestagsdebatte, abgedruckt in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 29.10.1969, Nr. 132, S. 1121-1128 (1122). Brandt faßte es später in den Satz: „*Was gut ist für die Menschen im geteilten Land, das ist auch gut für die Nation.*“, vgl. BRANDT: Begegnungen..., a.a.O., S. 107.

¹⁴⁶ „*Aufgabe der praktischen Politik in den jetzt vor uns liegenden Jahren ist es, die Einheit der Nation dadurch zu bewahren, daß das Verhältnis zwischen den beiden Teilen Deutschlands aus der bisherigen Verkrampfung gelöst wird.*“, vgl. BRANDT, Willy: Regierungserklärung..., a.a.O., S. 1122. In diesen Zusammenhang gehört auch der von Brandt gern benutzte und bei Carlo Schmidt entlehnte Begriff der „*Bewußtseinsnation*“, vgl. POTTHOFF: Im Schatten..., a.a.O., S. 79.

¹⁴⁷ BENDER, Peter: Die Ostpolitik Willy Brandts oder Die Kunst des Selbstverständlichen, Reinbek 1972.

den werden sollte.¹⁴⁸ Durch die Einbettung in dieses größere, europäische Konzept war die Anerkennungsbereitschaft nicht nur das Akzeptieren einer übermächtigen Realität¹⁴⁹, sondern sie wurde sogar zu einem politischen Mittel, die Lage in Europa und Deutschland zu verändern. *Ostpolitik*, so Brandt, sei im Grunde Friedenspolitik, weil sie der Entspannung auf dem ganzen Kontinent diene.¹⁵⁰ Aus der Teilung ergebe sich letztlich sogar eine besondere, deutsche Verantwortung für den Weltfrieden (*Verantwortungsgemeinschaft*).¹⁵¹

Doch trotz der europäischen Dimension dieser Konzeption sollte man nicht vergessen, daß die neue deutsche *Ostpolitik* „von Deutschland her gedachte und auf Deutschland bezogene gesamteuropäische Politik“¹⁵² war. Die Konsequenzen der Teilung Berlins und Deutschlands zu vermindern, war das wichtigste Ziel der *Neuen Ostpolitik*. Gewiß, sie war auch Entspannungspolitik. Sie war auch entwickelt worden, um sich von einigen schweren Lasten der Vergangenheit zu befreien und die Handlungsfreiheit der Bundesrepublik zu erweitern.¹⁵³ Doch die sozialliberale *Ostpolitik* war vor allem eine deutsche Antwort auf die deutsche Frage der Wiedervereinigung.

¹⁴⁸ Eine von vielen Äußerungen dieser Art: „*Ohne das unzerstörbare Recht unserer Nation, in einem Staat zu leben, preiszugeben, versuchen wir, eine europäische Friedensordnung anzubahnen, die auch die Teilung Deutschlands überwinden soll.*“, vgl. KIESINGER, Gerhard: Bericht über die Lage der Nation im geteilten Deutschland von Bundeskanzler Kiesinger vom 1. März 1968, abgedruckt in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 12.3.1968, Nr. 33, S. 261, vgl. auch BRANDT, Willy: Regierungserklärung..., a.a.O., S. 1122.

¹⁴⁹ Diese Ansicht vertritt z. B. HANRIEDER, Wolfram: Fragmente der Macht. Die Außenpolitik der Bundesrepublik, München 1981, S. 82.

¹⁵⁰ Darin steckte sicherlich auch Taktik, denn das war – wie eben beschrieben – durchaus nicht das einzige Ziel. Aber es war doch in soweit richtig, daß die Sorgen um den Frieden in Europa vor allem mit der ungelösten deutschen Frage zusammengehangen hatten, vgl. BENDER: Die „Neue Ostpolitik“..., a.a.O., S. 165

¹⁵¹ Vgl. FRITSCH-BOURNAZEL, Renata: Das Land in der Mitte. Die Deutschen im europäischen Kräftefeld, München 1986, S. 74; GRIFFITH: Die Ostpolitik..., a.a.O., S. 183.

¹⁵² GARTON ASH: Im Namen..., a.a.O., S. 522. Ähnlich: BRACHER, K.D. u.a.: Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 5/I), Stuttgart 1986, S. 278; DEUTSCHER BUNDESTAG: Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“: Protokoll der 50. Sitzung, 29.10.1993: Die Deutschland- und Entspannungspolitik von den sechziger Jahren bis 1989, S. 50/8-50/10.

¹⁵³ Es ist deshalb auch nicht zufällig, daß das Wort „Entspannung“ in Bahrs Aufzeichnung vom 1. Oktober 1969, die die außenpolitische Grundlage der ersten sozialliberalen Koalitionsregierung bildete, nicht vorkam.

Die Bundesrepublik konnte die nationalen Interessen allerdings nur umsetzen, wenn sie „*die europäischste Nation unter den Europäern*“¹⁵⁴ wurde und dabei die geostrategische Lage Deutschlands als politische Handlungsmacht einsetzte. Durch die Einbindung in einen europäischen Einigungsprozeß konnte die Bundesrepublik von vornherein dem Verdacht entgegengetreten, eine *Rapallo*-Politik zu betreiben und sich somit der Unterstützung der anderen europäischen Länder versichern. Der Handlungsspielraum für die Deutschlandpolitik wurde dadurch erreicht und vergrößert, daß im europäischen Kontext der Handlungsspielraum zunächst eingeschränkt wurde.

Ein wesentlicher Faktor der *Neuen Ostpolitik* war jedoch nicht nur die europäische Perspektive, sondern die Übereinstimmung mit der Strategie des gesamten atlantischen Bündnisses unter Einschluß der USA. Sie entsprach im wesentlichen der *Zwei-Pfeiler-Theorie* des *Harmel-Berichts*. Sie gefährdete die grundlegende Westbindung der Bundesrepublik nicht, sondern brachte im Gegenteil sogar die Interessen der westlichen Verbündeten in Übereinstimmung. Ohne diese Orientierung wäre die *Ostpolitik* auch gar nicht denkbar gewesen. Denn nur durch den Schutz und die Verantwortung der vier Alliierten für Deutschland und Berlin waren weitere Fortschritte möglich. Im nachhinein kann man sagen, daß es Brandts und Scheels historisches Verdienst gewesen ist, daß ab 1969 Entspannung und Wiedervereinigung nicht mehr im Widerspruch zueinander standen, sondern daß umgekehrt jeder Schritt zur Entspannung als Schritt zur Überwindung des Ost-West-Konflikts und somit auch zur deutschen Einheit galt. Ab 1969 war es das Ziel aller Regierungen und Parteien „*auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt*“¹⁵⁵.

Doch aus dieser strategisch gedachten Politik entstanden auch Probleme. Sie weckte nämlich die Hoffnung, daß es relativ schnell zu einem signifikanten und dauerhaften Abbau der weltweiten politischen Spannungen kommen würde, und

¹⁵⁴ STÜRMER, Michael: The Evolution of the Contemporary German Question, in: MORETON, Edwina (Hrsg.): *Germany between East and West*, Cambridge 1987, S. 21-23 (23).

¹⁵⁵ BRIEF ZUR DEUTSCHEN EINHEIT, in: *Deutschland-Ost-Europapolitik II. Die Ostverträge in Dokumenten und Argumenten*, in: *Zur Sache* 4 (1972), S. 12. Dieser Brief ging an die UdSSR und die DDR und ist ein Anhang zum Moskauer Vertrag. Diese Formel galt für die Deutschland- und Ostpolitik aller weiteren Bundesregierungen und Parteien bis 1989.

daß dadurch die Möglichkeiten für eine Reduzierung der militärischen Potentiale in Europa mittelfristig gegeben wären. Diese Erwartungen erfüllten sich so jedoch nicht, denn die ideologischen Unterschiede blieben weiterhin bestehen.

c. Strategien

i) 1969-1975: Die ursprüngliche Strategie – Vertragspolitik

Zur Durchsetzung des Konzepts der *Ostpolitik* strebte die sozialliberale Regierung als erstes den Austausch von Erklärungen über Gewaltverzicht und die Unverletzlichkeit der Grenzen mit der UdSSR an, weiterhin eine Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik und eine Garantie der Lebensfähigkeit Berlins und seiner Zufahrtswege. Die Sowjetunion war der erste Ansprechpartner, aus der Erkenntnis heraus, daß der Schlüssel zu Ostberlin in Moskau lag und dort alle wichtigen Punkte vorverhandelt werden müßten.¹⁵⁶

Folgen sollte ein ähnliches Abkommen mit Polen, das Bonns Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze einschließen würde, ebenso wie eines mit Prag, das das Münchner Abkommen von 1938 für nichtig erklären und humanitäre Fragen regeln sollte. Als drittes plante man eine Übereinkunft der Alliierten über den Status von Berlin, was zum einen die Viermächteverantwortung, zum zweiten die Sicherung der Zugangswege nach Berlin (West) für die drei Westmächte, die Bundesbürger und die Westberliner und zum dritten die bestehenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bande zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) bewahren würde. So sollte der *status quo* nach der Aufnahme der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR stabilisiert und abgesichert werden.

Weiterhin war ein Vertrag mit der DDR geplant. Dieser sollte die „besonderen Beziehungen“ zwischen den „beiden deutschen Staaten“ etablieren, jedoch keine völkerrechtliche Anerkennung einschließen. Ferner sollten menschliche Erleichterungen durch kulturellen Austausch, Reisen usw. ermöglicht werden, also die Re-

¹⁵⁶ Zum Zustandekommen des Moskauer Vertrages vgl. die aufschlußreichen Notizen vom damaligen Botschafter der Bundesrepublik in Moskau: vgl. ALLARD, Helmut: Politik vor und hinter den Kulissen. Erfahrungen eines Diplomaten zwischen Ost und West, Düsseldorf/Wien 1979, S. 259-370.

gelung praktischer Fragen, die sich aus den noch bestehenden familiären und persönlichen Bindungen zwischen diesen beiden Teilen Deutschlands ergaben.¹⁵⁷ Zuletzt beabsichtigte Bonn, Verträge mit den anderen Staaten Osteuropas zu schließen, gefolgt von der internationalen Anerkennung der DDR und der Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen. Dieses Verhältnis sollte schließlich durch die Teilnahme beider deutschen Staaten an einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz besiegelt werden.¹⁵⁸

Diese Pläne, die 1969 auf dem Tisch lagen, wurden fast vollständig, allerdings in anderer Reihenfolge ausgeführt. Dem *Moskauer Vertrag* von 1970¹⁵⁹ folgte der *Warschauer Vertrag* 1971¹⁶⁰, dann das *Viermächte-Abkommen* über Berlin 1971¹⁶¹ inklusive des *Transitabkommens* zwischen der DDR und der Bundesrepublik, welche beide nach der innenpolitisch sehr umstrittenen Ratifizierung der Ostverträge 1972 in Kraft traten.¹⁶² Verhandlungen mit der DDR über einen Grundlagenvertrag konnten auf dieser Basis aufgenommen werden. Der deutsch-deutsche *Grundlagenvertrag* wurde Ende 1972 unterzeichnet.¹⁶³ Er wurde in Deutschland kontrovers diskutiert, weil konservative Kräfte in ihm einen „*Teilungsvertrag*“¹⁶⁴ sahen. Der Vertrag mit der Tschechoslowakei kam schließlich 1973 zustande.¹⁶⁵

¹⁵⁷ Zum Alltag der deutschen Teilung vgl. etwa: WOLLE, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, S. 69-95.

¹⁵⁸ Für die letzten zwei Absätze vgl. GRIFFITH: Die Ostpolitik..., a.a.O., S. 245-246; FRITSCH-BOURNAZEL: Das Land..., a.a.O., S. 40.

¹⁵⁹ Dokumentiert in: PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG (Hrsg.): Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR, Bonn 1971.

¹⁶⁰ Dokumentiert in: PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG (Hrsg.): Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen, Bonn 1973.

¹⁶¹ Dokumentiert in: PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG (Hrsg.): Dokumentation zu den innerdeutschen Beziehungen. Abmachungen und Erklärungen, Bonn 1990, S. 478-485.

¹⁶² Zu den Auseinandersetzungen im Bundestag vgl. z. B. SCHMID, Carlo: Erinnerungen, Bern usw. 1979, S. 845-848; vgl. auch: HAFTENDORN: Sicherheit..., a.a.O., S 381-402.

¹⁶³ Dokumentiert in: PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG (Hrsg.): Dokumentation zu den innerdeutschen Beziehungen. Abmachungen und Erklärungen, Bonn 1990, S. 20-23. Vorher war an einen deutsch-deutschen Ausgleich auch deshalb nicht zu denken, weil Ulbricht, der die Annäherung zu Zeiten der Großen Koalition durch seine störrische Haltung unmöglich gemacht hatte, durch den damals als recht fortschrittlich geltenden Erich Honecker erst 1971 abgelöst worden war.

¹⁶⁴ HILLGRUBER, Andreas: Deutsche Geschichte 1945-1975. Die deutsche Frage in der Weltpolitik, Frankfurt a.M. usw. 1980, S. 178. Zur Haltung der CDU/CSU-Opposition vgl. TIGGMANN, Anselm: CDU/CSU und die Ost- und Deutschlandpolitik 1969-1972, Frankfurt 1998; LEMKE, Michael: CDU/CSU und Vertragspolitik der Bundesrepublik Deutschland in den

Faktisch brachten diese Verträge kaum bedeutende Neuerungen, denn es war im Grunde kein revolutionärer Akt für den Regierungschef eines Staates, der fest in das atlantische Bündnis eingegliedert war, feierlich auf eine gewaltsame Veränderung der Grenzen von 1945 zu verzichten.¹⁶⁶ Dennoch leisteten die Verträge mit der Sowjetunion und mit Warschau durch ihren Doppelcharakter als Vereinbarung über Gewaltverzicht und über Zusammenarbeit einen gewichtigen Beitrag zur Verminderung der Spannungen in Europa. Sie waren unumgängliche Etappen auf dem Weg zur *KSZE-Schlußakte* von Helsinki, denn die europäische Sicherheitsfrage konnte nun unabhängig von der Belastung nicht anerkannter und politisch umstrittener Grenzen in Mitteleuropa und frei von der Unterstellung, die Bundesrepublik und ihre Verbündeten wollten das Existenzrecht der DDR bestreiten, erörtert werden.¹⁶⁷

Die europäische Sicherheitskonferenz KSZE gab der deutschen *Ostpolitik* die europäische und atlantische Dimension sowie internationale Legitimation, die zu den wesentlichen Postulaten des Konzeptes von Bahr gehörten. Dies wurde symbolisiert durch die Unterschrift des Ratspräsidenten der Europäischen Gemeinschaft. Die *KSZE-Schlußakte* von Helsinki, die nach langen und harten Verhandlungen (seit 1972) am 1. August 1975 von allen europäischen Staaten (außer Albanien) und den USA sowie Kanada unterzeichnet wurde, bestand im wesentlichen aus drei Teilen (Körben), die den unterschiedlichen Interessen der Vertragsparteien Rechnung trugen. Korb 1 betraf die Sicherheit, also die Anerkennung von der Unverletzlichkeit der Grenzen (und damit eine Anerkennung der DDR), Gewaltverzicht, Gleichberechtigung der Völker, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und Achtung von Menschenrechten. Korb 2 beinhaltete Vereinbarungen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt. In dem im Westen oft als „Menschenrechts-Korb“ bezeichneten Korb 3 fanden sich Arrangements über Zusammenarbeit in humanitären und ande-

Jahren 1969–1975. Kontinuität und Wandel christdemokratischer Ost- und Deutschlandpolitik, Frankfurt a.M. 1992.

¹⁶⁵ Dokumentiert in: PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG (Hrsg.): Der Prager Vertrag, Bonn 1974.

¹⁶⁶ Er bedeutete im übrigen auch nicht automatisch die staatsrechtliche Anerkennung der Grenzen (vor allem der Oder-Neiße-Linie), da diese nur von der Bundesrepublik Deutschland und der DDR separat anerkannt worden waren.

ren Bereichen, wozu menschliche Kontakte, Informationen und Kulturaustausch gehörten.¹⁶⁸

Die *Helsinki-Schlussakte* war der Gipfel der deutschen und europäischen Entspannung.¹⁶⁹ Sie schrieb den *status quo* in Europa, die Unverletzlichkeit der Grenzen, für alle europäischen Länder fest. Jede Seite hatte auf dem Weg dorthin einige ihrer Ziele erreicht, der Westen mehr, der Osten weniger. Im Osten konnten die Bürger, die Dissidenten und die Oppositionellen vor allem die menschlichen Erleichterungen des dritten Korbes einfordern, was ein zentrales Anliegen des Westens gewesen war; die Regierungen im Osten hofften auf Einlösung des Versprechens über Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen, die der Korb 2 in Aussicht stellte.

Die Strategie der *Ostpolitik* hatte beinhaltet, daß alle Schritte der Verständigung auf verschiedenen Ebenen miteinander verknüpft waren. Das galt einerseits innerhalb des Pakets der Ostverträge, denn die Bundesregierung machte die Durchführung des Ratifikationsverfahrens der Ostverträge vom Zustandekommen des Viermächte-Abkommens über Berlin abhängig, was die Sowjetunion damit beantwortete, daß sie wiederum die Inkraftsetzung des Abkommens an die vollzogene Ratifizierung der Ostverträge knüpfte. Es galt andererseits aber auch im erweiterten multilateralen Rahmen (KSZE), denn der Ministerrat der NATO band die Bereitschaft der Allianz zu einer multilateralen Konferenz an Fortschritte bei den Deutschland- und Berlingesprächen. Diese Verknüpfungsstrategie galt nicht zuletzt ebenso, wenn auch formal keine Verbindung zu den europäischen Abkommen bestand, für die Verhandlungen und den Abschluß des SALT-Abkommens und die MBFR-Gespräche zwischen den USA und der UdSSR.

Der Helsinki-Prozeß war auf einer multilateralen Ebene verlaufen, die Ostverträge hingegen auf einer bilateralen. Der Helsinki-Prozeß war keine Fortsetzung der deutschen *Ostpolitik*, sondern vielmehr – basierend auf der *linkage*-Idee – seine parallele Entsprechung auf einer anderen Ebene. Beide ergänzten sich, die deut-

¹⁶⁷ Wie es zum KSZE-Prozeß kam vgl. SCHRAMM, Friedrich-Karl et. al. (Hrsg.): Sicherheitskonferenz in Europa. Dokumentation 1954-1972, Frankfurt a.M. 1972, S. 3-728.

¹⁶⁸ Vgl. dazu: VOLLE, Hermann/Wolfgang WAGNER: KSZE. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Beiträgen und Dokumenten aus dem Europa Archiv, Bonn 1976.

¹⁶⁹ SCHMIDT: Menschen..., S. 72-73.

sche *Ostpolitik* ging im europäischen Prozeß auf, fand dort ihre Bestätigung. Es ist sogar vertretbar zu sagen, daß es nach 1973 überhaupt „*keine spezifisch deutsche Ostpolitik mehr gab*“¹⁷⁰, nur noch einen bedeutenden deutschen Anteil an der gemeinsamen Ost- bzw. Entspannungspolitik des westlichen Bündnisses, wie in der Vorbereitung und Durchführung der KSZE deutlich wurde.

ii) 1975-1982: *Stabilität vor weiterer Entspannung*

Eine Verschlechterung der Beziehungen entsteht immer dann, wenn Verschiebungen im internationalen Kräftefeld dazu führen, daß sich die Kosten im Vergleich zu den Nutzen für einen oder mehrere der am Entscheidungsprozeß beteiligten Staaten erhöhen. Ein derartiger Zustand trat 1972/73 ein. Es kam zwischen den Supermächten zu einer Abkühlung ihres Verhältnisses (durch das *Jackson-Vanik-Amendment*, etc.), was sich auch in Europa nach 1975 bemerkbar machte, u.a. aufgrund der Instabilität der Dritten Welt. Die Folgen dieser Destabilisierung waren eine Verschlechterung des weltweiten politischen Klimas und eine Beschleunigung des Wettrüstens.

Die Veränderungen in den globalen Ost-West-Beziehungen betrafen die Bundesrepublik in spezieller Weise, denn aufgrund ihrer politisch wie geographisch zentralen Lage in Europa hatten die Deutschen den größten Schaden zu erwarten, wenn die Entspannung zu Ende gehen würde. Die Bundesrepublik befand sich nun plötzlich in einem „*Prioritätenkonflikt*“¹⁷¹ zwischen Bündnis- und Entspannungspolitik: Während die Vereinigten Staaten zu der Politik begrenzter Kooperation mit der Sowjetunion zurückkehrten, versuchte die Bundesrepublik, an der Entspannungspolitik festzuhalten.¹⁷²

Dieser Konflikt resultierte zum einen aus den veränderten sicherheitspolitischen Vorstellungen der Bundesrepublik, die nun nicht mehr unweigerlich mit denen der USA übereinstimmten.¹⁷³ Für die Bundesrepublik kam erschwerend hinzu, daß ihr

¹⁷⁰ LÖWENTHAL, Richard: Vorwort zur deutschen Ausgabe, in: GRIFFITH: Die Ostpolitik..., a.a.O., S. 11-18 (13).

¹⁷¹ HAFTENDORN: Sicherheit..., a.a.O., S. 729.

¹⁷² Vgl. FÜLLENBACH, Josef/Eberhard SCHULZ (Hrsg.): Entspannung am Ende? Chancen und Risiken einer Politik des Modus vivendi, München/Wien 1980, insb. S. 33-70, 133-156.

¹⁷³ Vgl. GASTEYGER: Die beiden..., a.a.O., S. 90. Das galt insbesondere für die Problemfelder, in denen Europa ein weitgehend selbständiges Eigengewicht entwickelt hatte. Solche auseinan-

außenpolitischer Handlungsspielraum einerseits durch die Entspannungspolitik dramatisch erweitert, dadurch aber gleichzeitig neue Abhängigkeiten, z. B. gegenüber der Sowjetunion und Osteuropa, geschaffen worden waren. Das wiederum konnte in den Augen des Westens die Tendenz der Abspaltung vom Westen begünstigen und unter Umständen Mißtrauen unter den Verbündeten Deutschlands im Hinblick auf seine Zuverlässigkeit wecken.¹⁷⁴

Die Regierung unter Brandts Nachfolger Helmut Schmidt sah sich vor die Aufgabe gestellt, so gut wie möglich eine Politik der Schadensbegrenzung zu betreiben.¹⁷⁵ Sie orientierte sich an einer *Strategie des Gleichgewichts*, die sowohl die Kontinuität der im Westen verankerten Bündnis- und Sicherheitspolitik gegenüber der Sowjetunion und Osteuropa gewährleistete, als auch die Ergebnisse der *Ostpolitik* konsolidierte und nach Westen hin absicherte. Während für Brandt Entspannung das Leitmotiv seiner Politik gewesen war, mußte es unter den veränderten weltpolitischen Bedingungen bei Schmidt die Sicherheitspolitik sein. Daß es gelang, diese nicht ganz einfache Balance zwischen den West- und den Ostverpflichtungen zu halten und gleichzeitig die Politik einer selbstbewußten Mittelmacht mit mitteleuropäischer Perspektive zu führen, war nicht zuletzt auch der Erfolg der Politik der frühen 70er Jahre. Die Bundesrepublik hatte sich als verlässlicher Bündnispartner erwiesen. Der Handlungsspielraum hatte sich tatsächlich vergrößert, indem er zunächst reduziert worden war.

iii) 1983-1989: Fortführung des bisherigen Kurses¹⁷⁶

Selbst nach dem Regierungswechsel 1983 gab es in der grundlegenden Strategie der deutschen Entspannungspolitik keine dramatischen Veränderungen, obwohl

dergehenden Auffassungen zeigten sich z. B. während der Debatte über den Atomwaffensperrvertrag und anläßlich der Nahostkrise von 1973.

¹⁷⁴ So z. B. bei KISSINGER, Henry: Denkschrift für Präsident Nixon vom 16.2.1970, in: DERS.: Memoiren 1968-1973, a.a.O., S. 565.

¹⁷⁵ Vgl. SCHMIDT: Menschen..., a.a.O., S. 222-228.

¹⁷⁶ Von einer grundsätzlichen Kontinuität der Deutschlandpolitik ist in den meisten Untersuchungen die Rede, vgl. GARTON ASH: Im Namen..., a.a.O., HACKE, Christian: Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: WEIDENFELD, Werner/Hartmut ZIMMERMANN (Hrsg.): Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, München usw. 1989, S. 535-550; ZIMMER, Matthias: Nationales Interesse und Staatsräson. Zur Deutschlandpolitik der Regierung Kohl 1982-1989, Paderborn 1992, bes. S. 83. Einige Veränderungen, aber zumindest eine ähnliche Tendenz entdecken auch POTTHOFF: Im Schatten..., a.a.O., S. 203-242 und die sehr detaillierte, aber etwas zu stark auf Helmut Kohl zentrierte Studie

Kohls Einheitsrhetorik (er beschwor bei jeder Gelegenheit die Offenheit der *deutschen Frage*) das Gegenteil hätte erwarten lassen. Aber die Regierung Kohl dachte und handelte, wie auch schon diejenigen unter Brandt und Schmidt, pragmatisch und beschränkte ihre Ziele auf das Nächstliegende und Mögliche (ein langfristiges Konzept zur Wiedervereinigung gab es bis 1990 nicht¹⁷⁷). Das lag nicht nur an der Person Genschers, der sowohl unter Schmidt als auch unter Kohl Außenminister war. Auch die Christdemokraten hatten sich mit den ostpolitischen Ideen der sozialliberalen Koalition arrangiert, die viele von ihnen in den frühen siebziger Jahren noch scharf attackiert hatten. Das galt sowohl für das Verhältnis zur Sowjetunion als auch für die Beziehungen zu Polen und für die innerdeutschen Beziehungen. In wirtschaftlicher Hinsicht setzten sie den Kurs des „goldenen Angelhakens“ fort, sogar in noch stärkerer Form als es der sozialliberalen Regierung jemals möglich gewesen wäre. Somit erfuhr die Ost- und Deutschlandpolitik von Brandt und Scheel ihre letzte und stärkste Bestätigung durch ihre einstigen innenpolitischen Gegner. Sie hatten Tatsachen geschaffen, die auch die konservative Opposition hinnehmen, ja übernehmen mußte.¹⁷⁸

Allerdings war die außenpolitische Konstellation beim Amtsantritt der Regierung Kohl/Genscher für eine Fortführung der Entspannungsbemühungen ungünstiger denn je zuvor. Das amerikanisch-sowjetische Verhältnis hatte sich mit der Regierung Reagan verschlechtert. Kohl allerdings gelang ein erstaunlicher Balanceakt: Einerseits konnte er die deutsch-amerikanischen Beziehungen verbessern und das Vertrauen der Regierung Reagan erlangen, indem er z. B. in der Nachrüstungsdebatte einen herausragenden Beitrag zur Bündnistreue leistete sowie Bestrebungen nationaler Alleingänge eine Absage erteilte und insbesondere die Einigung Europas vorantrieb.¹⁷⁹

von: KORTE, Karl-Rudolf: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989 (= Geschichte der Deutschen Einheit, Bd. 1), Stuttgart 1998.

¹⁷⁷ Dies hat die Verfasserin näher ausgeführt in: JACOBSEN, Liv Kirsten: Die Finanzierung der Deutschen Einheit 1990-1997, Diplomarbeit am FB Wirtschaftswissenschaft der FU Berlin, Berlin 1998.

¹⁷⁸ Vgl. GARTON ASH: Im Namen..., a.a.O., S. 52-53, ähnlich: BENDER: Die „Neue Ostpolitik“..., a.a.O., S. 223; 202-203. Zur Entwicklung der Ostpolitik der SPD in der Opposition vgl.: MOSELEIT, Klaus: Die „zweite“ Phase der Entspannungspolitik der SPD 1983-1989: Eine Analyse ihrer Entstehungsgeschichte, Entwicklung und der konzeptionellen Ansätze, Frankfurt a.M. 1991.

¹⁷⁹ Kohl stand also nicht nur in der Tradition von Brandts Ostpolitik, sondern auch in der von Adenauers Westpolitik, vgl. ZIMMER, Matthias: Konzeptionelle Dilemmata und operative

Andererseits waren Kohl und Genscher in der Lage, die sicherheits- und entspannungspolitischen Interessen der Bundesrepublik auch gegen den amerikanischen Widerstand zu sichern, nicht nur in den Beziehungen zu Osteuropa, sondern besonders in der Deutschlandpolitik.¹⁸⁰ Beispiele dafür sind der Besuch Kohls in Moskau während des Höhepunkts der Konfrontation 1983 und die Milliardenkredite an die DDR von 1983/84, die wesentlich zu einer Stabilisierung der DDR beitrugen. Eine Zäsur in den deutsch-deutschen Beziehungen bildete schließlich der Besuch Erich Honeckers in Bonn 1987, wo er mit annähernd allen protokollarischen Ehren für ein Staatsoberhaupt empfangen wurde. Ein derartiger Besuch hatte noch 1984 auf Druck der Sowjetunion verschoben werden müssen. Die vielfach beschworene Eiszeit in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten trat nicht ein, denn nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch die DDR war gegenüber ihrer Schutzmacht selbständiger geworden.

Mit dem Amtsantritt Gorbatschows 1985 hatte sich allerdings insgesamt die Grundstruktur des Ost-West-Konflikts verändert. Die Regierung Kohl war – ähnlich wie die USA – zunächst tief mißtrauisch, Kohl verglich Gorbatschow sogar mit Goebbels. Doch als die Sowjetunion schrittweise wichtige Positionen der sowjetischen Europa- und Block-Politik zu revidieren begann, wuchsen auch die Hoffnungen auf eine stärkere deutsch-deutsche Annäherung. In Bezug auf die *deutsche Frage* schien Gorbatschow jedoch das von ihm postulierte Prinzip der „Freiheit der Wahl“ nicht anwenden zu wollen.¹⁸¹ Als dann Moskau aber die weitreichenden Demokratisierungsprozesse in Ungarn und Polen widerspruchslos akzeptierte, stand zu erwarten, daß ähnliche Entwicklungen in der DDR kaum zu unterbinden sein würden.¹⁸²

Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, in: SCHMIDT, Gustav (Hrsg.): Ost-West-Beziehungen, Konfrontation und Détente 1945-1989, Bd. 2, Bochum 1993, S. 422.

¹⁸⁰ Der vielleicht etwas andere Ansatz der CDU/CSU/FDP-Regierung bestand darin, daß die Bemühungen, die DDR vom Westen durch finanzielle Hilfe abhängig zu machen, offener zum Vorschein kamen als unter Schmidt und Brandt.

¹⁸¹ 1987 beim Besuch des Bundespräsidenten Weizäckers in Moskau erklärte er: „*Es gibt zwei deutsche Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Sie haben ihre eigenen Werte. Beide haben sie Lehren aus der Geschichte gezogen, ... Und was in hundert Jahren sein wird, wird die Geschichte entscheiden.*“, vgl. dazu GORBATSCHOW, Michail: Perestroika – Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987, S. VI.

¹⁸² Zu den letzten Absätzen vgl. HACKER, Jens: Die Ostpolitik der konservativ-liberalen Bundesregierung seit dem Regierungsantritt 1982, in: APuZ B 14/94, S. 16-26; VON PLATE, Bernard: Deutsch-deutsche Beziehungen und Ost-West-Konflikt, in: APuZ B15/84, S. 27-39;

Daß es dann tatsächlich so schnell zu einer Lösung der *deutschen Frage* kam, sich sogar der ganze bipolare Konflikt durch den Zusammenbruch des sozialistischen Systems auflöste, war überraschend und wohl für niemanden vorhersehbar.¹⁸³ Die Bundesrepublik hatte 1990 durch den Beitritt der DDR nach Art. 23 GG das zentrale Ziele erreicht, für das alle Bundesregierungen eingetreten waren. Doch die *Ostpolitik* war damit 1990 nicht zu Ende, sie wurde im Gegenteil vor neue Herausforderungen gestellt.

Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion ist eine neue Weltordnung entstanden, in der der Bundesrepublik ein sehr viel höheres Maß an regionaler Verantwortung, beispielsweise für Osteuropa und Rußland, zugefallen ist. Nach dem Ende des Kalten Krieges existieren dort Unsicherheiten, deren Abbau sich die Bundesrepublik in der Tradition ihrer *Ostpolitik* zur Aufgabe machen mußte und gemacht hat. Die gewachsenen Verbindungen Ostdeutschlands zum ehemaligen RGW-Raum fordern und fördern die Zusammenarbeit und Integration. Diese Aufgabe zu bewältigen und gleichzeitig ein verlässlicher Partner im Westen zu blei-

Deutsch-deutsche Beziehungen und Ost-West-Konflikt, in: APuZ B15/84, S. 27-39; FRITSCH-BOURNAZEL: Das Land..., a.a.O., S. 84; HACKE, Traditionen..., a.a.O., S. 12; HAF-TENDORN: Sicherheit..., a.a.O., S. 56-57.

¹⁸³ Auf den Prozeß, der konkret zur Deutschen Einheit führte, soll hier nicht weiter eingegangen werden, da er nicht unmittelbar zur hier behandelten Fragestellung gehört. Dazu gibt es zahlreiche hervorragende Studien mit unterschiedlichen Schwerpunkten, vgl. z. B. allgemein: POND, Elizabeth: *Beyond the Wall: Germany's Road to Unification*, Washington D.C. 1993; ZELIKOW, Philip/Condoleezza RICE: *Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft*, Cambridge, Mass./London 1995; JARAUSCH, Konrad: *Die unverhoffte Einheit 1989-1990*, Frankfurt a.M. 1995, HERTLE, Hans-Hermann: *Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates*, Opladen 1996; WEIDENFELD, Werner/Karl-Rudolf KORTE (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 - 1999*, Frankfurt a.M. 1999; MAIER, Charles S.: *Dissolution: The Crisis of Communism and the End of East Germany*, Princeton 1997; zur Außenpolitik: KAISER, Karl: *Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte*, Bergisch-Gladbach 1991; SZABO, Stephen F.: *The Diplomacy of German Unification*, New York 1992; BRUCK, Elke/Peter M. WAGNER (Hrsg.): *Wege zum „2+4“-Vertrag. Die äußeren Aspekte der deutschen Einheit*, München 1996; WEIDENFELD, Werner: *Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/1990 (= Geschichte der Deutschen Einheit, Bd. 4)*, Stuttgart 1998; zur wirtschaftlichen Seite: AKERLOF, George A./Andrew K. ROSE u.a.: *East Germany in form the Cold – The Economic Aftermath of Currency Union*, Washington D.C. 1991; GROß, Jürgen: *Entscheidung ohne Alternativen? Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik im deutschen Vereinigungsprozeß 1989/1990*, Mainz 1994; WELFENS, Paul J.J. (Hrsg.): *Economic Aspects of German Unification*, Berlin usw.² 1996. GROBER, Dieter: *Das Wagnis der Wirtschafts- und Währungsunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln (= Geschichte der Deutschen Einheit, Bd. 2)*, Stuttgart 1998; zur Innenpolitik: JÄGER, Wolfgang: *Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/1990 (= Geschichte der Deutschen Einheit, Bd. 3)*, Stuttgart 1998.

ben, war eine der Hauptaufgaben der 90er Jahre, die in eine starke deutsche Befürwortung der EU-Osterweiterung mündete.

3. Zusammenfassung

a. Das Verhältnis von amerikanischer und deutscher Entspannungspolitik

Als der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Paul Frank, 1970 Kissinger besuchte und die Bonner Politik erläuterte, erhielt er als Antwort: „*Na gut, schön. Aber das eine sage ich Ihnen: wenn Entspannungspolitik, dann machen wir sie und nicht Sie.*“¹⁸⁴ Diese barsche Zurechtweisung macht zwei Dinge deutlich, erstens, daß die Amerikaner nicht prinzipiell gegen eine Entspannungspolitik waren und zweitens, daß aber Washington für sich in Anspruch nahm, entsprechend seiner globalen Bedeutung, allein für das ganze Bündnis zu sprechen und zu handeln.

Auch für die Bundesrepublik war die Vormachtstellung der USA in dieser Frage im Grundsatz klar und wurde auch nicht in Frage gestellt: Eine Politik nach Osten war nur im Einklang mit den USA und den in ihrer Außenpolitik dominierenden Grundlinien denkbar und durchsetzbar. Aber trotz diesem Bewußtsein von Abhängigkeit und prinzipieller Unterordnung gab es für die Deutschen nach dem Amtsantritt Nixons ein gewisses Maß an Handlungsspielraum.

Um die Gunst der Stunde zu nutzen, handelten die Architekten der *Neuen Ostpolitik* schnell und pragmatisch. Bonn bestimmte in den Verhandlungsprozessen mit Moskau und Warschau und später Ostberlin die Geschwindigkeit der Entspannung, mit wenig Rücksicht auf möglicherweise verletzte Großmachtgefühle der USA. Das führte zunächst zu Irritationen, insbesondere auf Seiten Kissingers, aber schnell wurde Washington bewußt, daß es nur unter hohen Kosten für die deutsch-amerikanischen, als auch für die europäisch-amerikanischen Beziehungen möglich gewesen wäre, diese Dynamik zu bremsen. Denn auf europäischer Ebene war die von den Deutschen angeführte pragmatische Annäherung zwischen den Blöcken von entscheidender Bedeutung, da durch sie das Zusammenleben auf dem Kontinent direkt erleichtert wurde.

¹⁸⁴ Zitiert nach BENDER: Die „Neue Ostpolitik“..., a.a.O., S. 187.

Im Verlauf des Jahres 1970 wurde deutlich, daß die deutsche *Neue Ostpolitik* sogar ein wichtiger Wegbereiter für die Entspannung auf globaler Ebene war, denn durch sie konnten die Barrieren für die Annäherung der Weltmächte abgebaut werden. Nixon und Kissinger fühlten sich durch die Erfolge von Brandt und Bahr dazu ermutigt, ihren eigenen Entspannungsweg entschlossener zu gehen. Wenn man sich über ein derart brisantes Thema wie Berlin hatte einigen können, dann konnte man auch in anderen Fragen zu einem Arrangement kommen, so glaubten sie.¹⁸⁵

Die Bedeutung der deutschen *Ostpolitik* geht aber noch weiter. Denn obwohl die Entspannungspolitik auf globaler Ebene endete, wurde sie in Deutschland fortgesetzt. Betrachtet man die Politik der wichtigsten westlichen Mächte gegenüber Osteuropa während der Jahre 1969-1989, kann sogar festgestellt werden, daß die Politik der Bundesrepublik die konsequenteste, extensivste und intensivste war und auch politisch positive Konsequenzen nach sich zog. Das mag wohl ein Grund dafür sein, daß das Wort *Ostpolitik* zu den wenigen deutschen Worten gehört, die Eingang in die englische Sprache gefunden haben.¹⁸⁶

b. Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Entspannungspolitik war weder in ihrer amerikanischen noch in ihrer westdeutsch/europäischen Variante jemals eine Politik um der Entspannung selbst willen. Sie war immer von der Überzeugung geleitet, daß das westliche System grundsätzlich dem Kommunismus überlegen sei und daß das endgültige Ziel der Sieg der Demokratie und der Menschenrechte sowie der Zusammenbruch des Ostblocks sein müsse. Entspannungspolitik war in diesem Sinne immer ein Mittel zum Zweck. Die Wertegemeinschaft des Westens war die Basis, von der beide – die USA und die Bundesrepublik – ausgingen und auf der sie sich auch, trotz z.T. unterschiedlicher Wege, immer wieder trafen.

¹⁸⁵ Vgl. SCHÖLLGEN, Gregor: Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow 1941-1991, München 1996, S. 262; FUCHS, Stephan: Dreiecksverhältnisse sind immer kompliziert. Kissinger, Bahr und die Ostpolitik, Hamburg 1999, S. 286.

¹⁸⁶ Zu diesem Teilkapitel vgl. u.a. GRIFFITH: Die Ostpolitik..., a.a.O., S. 242-243; HAFTENDORN: Sicherheit..., a.a.O., S. 723-24; GASTEYGER: Die beiden..., a.a.O., S. 105; POTTHOFF: Im Schatten..., a.a.O., S. 53; GARTON ASH: Im Namen..., a.a.O., S. 29.

Doch in der Entspannungspolitik beider Staaten vermischen sich – wie oben dargestellt – unentwegt nationale und internationale mit persönlichen, parteipolitischen und wahlorientierten Interessen und Auffassungen. Aus diesen der Entspannungspolitik zugrundeliegenden unterschiedlichen Interessen ergaben sich auch verschiedene Auffassungen gegenüber der konkreten politischen Vorgehensweise.

Da die USA immer in Großmachtkategorien dachten, betrachteten sie das Ost-West-Verhältnis zwangsläufig aus einer globalen Perspektive. Das Verhältnis zur UdSSR spitzte sich immer dann zu, wenn es in einem beliebigen Teil der Welt zu politischen, ideologischen oder sogar militärischen Auseinandersetzungen kam (z.B. in Chile, Nicaragua, Mozambique, Angola, etc.), was sich zwangsläufig auch auf Sanktionspolitik, Rüstungskontrolle und Wirtschaftspolitik auswirkte. Zwar war in den USA die Entspannungspolitik von dem Gedanken getragen, eine atomare Auseinandersetzung zu verhindern, doch wurde sie nicht ausgeschlossen, sollte die Existenz der *freien Welt* auf dem Spiel stehen.

Die Deutschen dagegen neigten aufgrund ihrer geographischen Nähe und historischen Verbundenheit dazu, sowjetisches Verhalten stärker in seiner europäischen Dimension zu betrachten. Ihnen waren die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges noch viel zu gegenwärtig, als daß sie nicht auch dem sowjetischen Gefühl von Unsicherheit eine gewisse Legitimität zugestanden hätten. Deshalb waren die westeuropäischen Länder viel eher bereit, mit der Sowjetunion oder Osteuropa einen Dialog zu führen, der auch in schwierigen Zeiten nicht unterbrochen werden sollte.¹⁸⁷

Nicht nur die Westdeutschen, sondern auch die meisten Westeuropäer glaubten daran, daß es zu einem schrittweisen *Wandel durch Annäherung* kommen könne, wobei jede Verständigung zu kleinen spürbaren Verbesserungen im gegenseitigen Umgang miteinander führen würde. Mit einem feinen Netz von wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Beziehungen zwischen Ost und West mußte ihrer Auffassung nach das Interesse an einer Konfrontation sinken, da beide Seiten zu viel zu verlieren hätten. „*Zwei Staaten, die wirtschaftlich voneinander abhängen,*

¹⁸⁷ STENT, Angela: Studien im Atlantischen Bündnis über die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen: eine kritische Bestandaufnahme, Europa Archiv 21 (1984), S. 651-659 (656).

*führen keinen Krieg gegeneinander*¹⁸⁸, so formulierte es Helmut Schmidt in einem Gespräch mit Breschnew. Veränderungen schließlich sollten durch die immer steigenden (vor allem wirtschaftlichen) Abhängigkeiten entstehen, d.h. durch die stille Wirkung „goldener Fesseln“.

Falls sich die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen verschlechterten, würde die Bundesrepublik darunter zu leiden haben. Die Deutschen achteten deshalb immer auf eine Synchronisierung ihrer Politik. Stabilität erschien wichtiger als schneller Wandel, denn stabilitätsgefährdende Entwicklungen in einem der osteuropäischen Länder oder in der Sowjetunion hätten Moskau zur Straffung der imperialen Leine gegenüber der DDR verleiten oder Bonns westeuropäische Partner bzw. die USA dazu zwingen können, Vergeltungsmaßnahmen gegenüber der Sowjetunion zu ergreifen.¹⁸⁹

Die Amerikaner hingegen hatten wenig zu verlieren, wenn die Entspannung mißlang. In ihrem globalen Ansatz waren Erleichterungen im Grenzverkehr oder Besuchsregelungen keine nennenswerten Größen und konnten ohne große Verluste preisgegeben werden. Aus ihrer Sicht waren Erfolge etwas anderes, z. B. ein Volksaufstand gegen die kommunistischen Machthaber in Polen oder der Putsch gegen den Sozialisten Allende in Chile. Ihre Entspannungspolitik funktionierte nach dem Prinzip der Differenzierung, also der Belohnung jener osteuropäischen Staaten, die sich innen- oder außenpolitisch „gut“ benahmen und der Bestrafung derjenigen, die sich „schlecht“ benahmen. Bei einem Fehlverhalten verhängten die USA scharfe Sanktionen gegen den Ostblock, brachen Kontakte ab, rüsteten auf, drohten oder aber sie verlangsamten und stoppten Verhandlungen, an denen die andere Seite Interesse hatte, in der Annahme, dadurch Moskau zum Nachgeben zu zwingen.

Diese unterschiedlichen Vorgehensweisen konnten solange nebeneinander bestehen, als die Entwicklungen der Entspannung parallel verliefen. Als aber die *détente* der USA nach 1972 zu scheitern begann, wurde das Verhältnis zwischen den USA und ihren Verbündeten schwieriger, insbesondere zu dem europäischen Vorreiter in der Entspannung, der Bundesrepublik. Denn von seinen Verbündeten er-

¹⁸⁸ Zitiert nach BENDER: Die „Neue Ostpolitik“..., a.a.O., S. 226.

¹⁸⁹ Vgl. GARTON ASH: Im Namen..., a.a.O., S. 128.

wartete die amerikanische Regierung, daß sie ihre Sicht der Weltprobleme uneingeschränkt teilten und die Vereinigten Staaten bei ihren Bemühungen um eine Eindämmung des sowjetischen Einflusses unterstützten.

In der Bundesrepublik befürchtete man – und das nicht zu unrecht –, daß die Verbesserungen, die in den 70er Jahren so mühsam errungen worden waren, zerbrechen würden, wenn man sich einer solchen Politik anschloß. In offener Ablehnung stellte sich Schmidt beispielsweise gegen die missionarische Kampagne Jimmy Carters für mehr Beachtung der Menschenrechte in der Sowjetunion und in Osteuropa. Letztlich sogar mit Erfolg, denn im Gegensatz zum Beginn der 60er Jahre war es nun aufgrund des gewachsenen Selbstbewußtseins und der wirtschaftlichen Macht der Bundesrepublik möglich, diese abweichenden Interessen auch durchzusetzen.¹⁹⁰

IV. Ausgewählte Problemfelder

Im folgenden Abschnitt sollen die im letzten Kapitel beschriebenen unterschiedlichen Ansätze in der deutschen und amerikanischen Entspannungspolitik illustriert werden. In den Bereichen der militärischen Sicherheit, der Wirtschaftsbeziehungen und der humanitären Beziehungen können die Unterschiede und Gemeinsamkeiten exemplarisch deutlich gemacht werden, da die USA und die Bundesrepublik ihnen unterschiedliche Prioritäten zumaßen und jeweils andere Vorgehensweisen bevorzugten.

1. Militärische Sicherheit

Die äußere Sicherheit eines Staates (nationale Sicherheit) bemißt sich nach dessen Fähigkeit, einen Zustand der Unverwundbarkeit bzw. Unabhängigkeit herzustellen, sich also vor äußerer Beherrschung oder Existenzgefährdung zu schützen. Da jedoch zahlreiche Möglichkeiten der Verletzung von Sicherheit, z. B. durch militärische oder wirtschaftliche Mittel in Form von Gewalt, Drohungen, Sanktionen, Terror oder Erpressung bestehen, ist die Herstellung von absoluter Sicherheit ei-

¹⁹⁰ Vgl. SCHWEIGLER: Europa, Amerika..., a.a.O., S. 13-14; RUMMEL, Reinhardt: Aufzeichnungen betr. Koordinierungsbedarf in der westlichen Ostpolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1985, S. 41-42; GARTON ASH: Im Namen..., a.a.O., S. 135.

nes Staates kaum zu erreichen.¹⁹¹ Um Sicherheit herzustellen, sind friedliche Außenbeziehungen wichtig und ein militärischer Konflikt sollte, wenn irgend möglich, vermieden werden. Das jeweilige Land muß aber auch in der Lage sein, falls es herausgefordert wird, seine Werte und Überzeugungen durch einen Sieg gegenüber seinen Gegnern aufrechtzuerhalten.

Die Gewährleistung äußerer Sicherheit war von besonderer Dringlichkeit für beide Seiten, denn viele der weltweiten Auseinandersetzungen betrafen das Ost-West-Verhältnis, konnten eskalieren und potentiell immer zur Folge haben, daß in letzter Konsequenz Kernwaffen eingesetzt wurden. Schon den Einsatz eines kleinen Teils der weltweit angehäuften nuklearen Massenvernichtungsmittel hätte die menschliche Zivilisation nicht überlebt. Daß solche Waffen nicht eingesetzt wurden, ist letztlich dem Prinzip der gegenseitigen Abschreckung zu verdanken. Beiden Seiten – jede mit einer großen Anzahl strategischer und taktischer Atomwaffen ausgestattet – war bewußt, daß derjenige, der zuerst angreift, zwangsläufig als zweiter stirbt. Ein Nuklearkrieg war nicht zu gewinnen, es herrschte die *mutual assured destruction* (MAD). Insofern war die Abschreckung durch Massenvernichtungsmittel tatsächlich die Grundlage der Friedenssicherung und Friedenserhaltung.¹⁹²

Die auf diesem Abschreckungsprinzip fußende Sicherheitspolitik hat sich deshalb vor allem darauf beschränkt, die Bedrohungen der anderen Seite unter Kontrolle zu halten. Das tat sie zum einen durch den Aufbau von Gegendrohungen und zum anderen durch den Ausbau der Fähigkeit, im Falle eines militärischen Konflikts einen Angriff der anderen Seite abwehren zu können.

Auf westlicher Seite stellte die NATO das Sicherheitsbündnis dar, welches die auch wirtschaftlich und politisch eng verbundenen Staaten verband. Die von 1967 an gültige Militärstrategie der NATO, bekannt unter dem Namen der *flexible response*, hatte zur Grundlage, daß das Bündnis imstande sein müsse, eine Aggression auf jeder Ebene mit angemessenen Mitteln zu beantworten. Konventionelle,

¹⁹¹ Vgl. DETTKE, Dieter: Militärpolitik/Sicherheitspolitik, in: WOYKE: Handwörterbuch..., a.a.O., S. 291-300 (291).

¹⁹² Vgl. GEILING, Martin: Außenpolitik und Nuklearstrategie. Eine Analyse des konzeptionellen Wandels der amerikanischen Sicherheitspolitik gegenüber der Sowjetunion 1945-1963, Köln/Wien 1975, S. 166-167.

taktisch-nukleare und strategisch-nukleare Potentiale (die sogenannte Triade) konnten im Eventualfall gleichzeitig, nacheinander oder in beliebiger Reihenfolge eingesetzt werden. Mit Hilfe dieser Doktrin sollte das nukleare Risiko der NATO, das in der vorher gültigen Doktrin der massiven Vergeltung zum Ausdruck kam, verringert werden. Der Aggressor sollte gezwungen sein, entweder seinen Angriff weiter eskalieren zu lassen, oder aber im Lichte der Risiken, die mit einer weiteren Verschärfung der Auseinandersetzung verbunden waren, auf weitere Schritte verzichten.¹⁹³

Der *Harmel-Bericht*, der im gleichen Jahr verabschiedet und zur Grundlage der westlichen Entspannungspolitik wurde, stellte fest, daß aufgrund des Zwangs zur Koexistenz Sicherheit auf Dauer nicht allein durch Bewaffnung zu erzielen war. Als Ergänzung waren Bemühungen zur Entspannung des Ost-West-Konflikts nötig, insbesondere Abkommen über Rüstungskontrolle, welche das Gewaltpotential auf beiden Seiten einvernehmlich begrenzen und damit die Spannungen mindern sollten. Die Streitkräfte der beiden Konfliktparteien sollten in ein angemessenes Verhältnis zueinander gebracht werden, damit jeder Seite die Sorge vor einer Aggression des Gegners genommen werden konnte. Prinzipiell war dies auch kaum umstritten, Meinungsverschiedenheiten gab es lediglich über die Frage, auf welche Weise und mit welchen Mitteln dies zu verwirklichen war.

a. Vereinigte Staaten von Amerika

Die Frage nach der Sicherheit hat in den Vereinigten Staaten die Politik im bipolaren Konflikt bestimmt. Die nationale Sicherheit war zur „*guiding rule*“¹⁹⁴ der Außenpolitik der USA geworden. Das Land war durch die Ereignisse in Europa nur mittelbar bedroht gewesen, unmittelbar bedroht fühlten sich die Amerikaner erst nach dem Sputnik-Start 1957 und der daraus vermuteten Fähigkeit der Sowjetunion zu interkontinentaler Kriegsführung. Dieses Gefühl verstärkte sich durch

¹⁹³ Ein Dilemma folgte aus dieser veränderten NATO-Strategie: einerseits machte sie zwar die Fähigkeit zur flexiblen Erwidmung die Verteidigungsfähigkeit glaubwürdiger, aber das Risiko der Gegenseite wurde gleichzeitig kalkulierbarer, wodurch sich die nukleare Abschreckung abschwächte.

¹⁹⁴ YERGIN: *Shattered...*, a.a.O., S. 220. Zur Entwicklung dieser starken Konzentration der USA auf Sicherheitsinteressen seit Beginn der 40er Jahre vgl. S. 193-220.

die *Kuba-Krise*, seit der es auch eine potentielle Bedrohung durch Mittelstreckenwaffen gab.¹⁹⁵

Das Interesse, diese konkrete Bedrohung zu reduzieren, bestimmte deshalb auch vornehmlich die Entspannungsbemühungen der Vereinigten Staaten. Kissingers *détente* war hauptsächlich entwickelt worden, um die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten zu gewährleisten. Seine Strategie war es, die Politik kalkulierbar zu machen und eine Interessenverknüpfung zwischen Ost und West herzustellen. Die Großmachtrivalitäten sollten durch Abmachungen, Berechenbarkeit, militärische und politische Stärke und durch den beiderseitigen Willen zur Kooperation insofern begrenzt werden, daß eine atomare Auseinandersetzung zumindest auf dem Boden der Vereinigten Staaten nicht stattfinden würde. Sicherheit und Entspannung erschienen Kissinger und Nixon somit als zwei Seiten der gleichen Medaille.¹⁹⁶

Die Kernstücke ihrer *détente* waren deshalb auch nicht die Handels- und Kulturabkommen, die MBFR-Gespräche und auch nicht die KSZE. Diese waren zwar auch wichtige Bausteine im großen Gesamtkonzept, aber die USA wären vermutlich auch ohne sie ausgekommen. Das größte Interesse im Rahmen der Vereinbarungen mit der Sowjetunion galt den Verhandlungen über strategische Interkontinentalwaffen, SALT. Die Sowjets hatten anfangs nur einen Vertrag über ABM-Systeme abschließen wollen, aber die USA drangen darauf, auch die Begrenzung strategischer Angriffswaffen einzubeziehen, da diese von der UdSSR ständig aufgestockt wurden und die amerikanischen Sicherheitsinteressen unmittelbar betrafen.

Nach der Änderung des Aggressionsverhaltens der Sowjets durch Stationierung von Mittelstreckenwaffen und Machtausdehnungen in der Dritten Welt, wurden Sicherheit und Entspannung zunehmend unvereinbar. Die *détente* war aus amerikanischer Sicht als Strategie gescheitert: die internationale Ordnung war gestört, die Wahrscheinlichkeit einer Auseinandersetzung gestiegen und damit war auch

¹⁹⁵ Vgl. GARTHOFF: *Détente...*, a.a.O., S. 16-17.

¹⁹⁶ Zur strategischen Doktrin der USA vgl. den Sammelband von HUNTINGTON, S.P. (Hrsg.): *The Strategic Imperative: New Politics for American Security*, Cambridge, Ma. 1982.

die nationale Sicherheit zunehmend in Gefahr geraten.¹⁹⁷ Die Administration Carter veranlaßte entgegen ihrer ursprünglichen Ankündigung eine Aufstockung der strategischen Abwehrwaffen und ließ das Interkontinentalsystem MX bauen, das nicht unter die Vereinbarungen aus dem SALT I-Abkommen fiel.¹⁹⁸

Die Stationierung der Mittelstreckenwaffen in Europa ab 1977 als Antwort auf die sowjetische Stationierung von SS 20-Mittelstreckenraketen und der darauf folgende NATO-Doppelbeschluß waren für die amerikanischen Sicherheitsüberlegungen von ganz besonderer Bedeutung. Denn dadurch wurde es potentiell möglich, den Nuklearwaffeneinsatz vom interkontinental-strategischen Risiko abzukoppeln und einen potentiellen Krieg lediglich in Europa auszutragen. Das Risiko eines nuklearen Angriffs auf dem Territorium der USA sank dadurch erheblich, und es kam zu großen Auseinandersetzungen mit den Europäern, die diese Abkopplung der amerikanischen von den europäischen Sicherheitsinteressen verhindern wollten.

Die seit 1972 dauernden SALT II-Verhandlungen kamen nur langsam voran und sie konnten auch nicht bis zum Ablauf des SALT I-Interimsabkommens im Oktober 1977 abgeschlossen werden. Keine Seite war bereit, auf minimale Positionsvorteile zu verzichten. Die Unterstützung für das Abkommen war vielfach halbherzig. Zwar wurde es 1979 unterzeichnet, aber nie ratifiziert.¹⁹⁹

Mit dem Wahlsieg Reagans rückte die nationale Sicherheit auf der politischen Agenda erneut stärker nach vorn. Sicherheit sollte nun vor allem durch militäri-

¹⁹⁷ Vgl. COFFEY, Joseph: Issues in West German Security Policy: An American Perspective, in: CZEMPIEL, Ernst-Otto/Gert KRELL u.a. (Hrsg.): United States Interests and Western Europe: Arms Control, Energy, and Trade (= Studien der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung), Frankfurt a.M./New York 1981, S. 49-77 (49). Dieses Empfinden prägte auch das gesellschaftliche Klima, vgl.: KRELL, Gert: Rüstungsdynamik und Rüstungskontrolle. Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um SALT in den USA 1969-1975, München 1978.

¹⁹⁸ Vgl. KUBBIG, Bernd W.: Rüstungskontrolle und Aufrüstung: SALT, Nonproliferation und „Nachrüstung“, in: CZEMPIEL (Hrsg.): Amerikanische Außenpolitik..., a.a.O., S. 42-68 (46-54); SCHWEIGLER: Von Kissinger..., a.a.O., S. 409-416; GARTHOFF: Détente..., a.a.O., S. 801-827; GOLDBLAT, Jozef: Arms Control Agreements. A Handbook, New York 1982, S. 33-38.

¹⁹⁹ Zu einer detaillierten und wohlinformierten Studie über die SALT II-Verhandlungen von 1977 bis 1979 vgl. TALBOTT, Strobe: Endgame: The Inside Story of SALT II, New York 1979. Für die Auseinandersetzung über die sowjetische Vertragstreue vgl. STAACK, Michael: Entspannungskritik..., a.a.O., S. 207-224.

sche Stärke gewährleistet werden.²⁰⁰ Einerseits wurden die strategischen Offensivwaffen verstärkt, andererseits sollte ab 1984 mit Hilfe des Forschungsprogramms *Strategic Defense Initiative* (SDI) die Abwehr von nuklearen Angriffen durch nicht-nukleare land-, see-, luft- oder weltraumgestützte Waffen ermöglicht werden.²⁰¹

Mit dem Amtsantritt Gorbatschows erreichten die bilateralen Rüstungskontrollverhandlungen schließlich eine neue Qualität. Mit mehreren Vorschlägen Gorbatschows z.B. über die schrittweise Abrüstung von Atomwaffen sowie die Einstellung von Atomtests ging die Initiative auf die UdSSR über. Ab 1986 wurde das erste Mal nicht nur über Rüstungsbegrenzung, sondern über tatsächliche Abrüstung verhandelt. Der INF-Vertrag vom Dezember 1987 kam vor allem auf Initiative der Europäer zustande²⁰²; er erreichte eine Einigung über die Eliminierung von Mittelstreckenwaffen in Mitteleuropa. Doch das größere Interesse der USA galt erneut den Verhandlungen über die strategischen Systeme (START).²⁰³

Die Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten bewies also über die Jahre Kontinuität. Bilaterale Verhandlungen über strategische Waffen hatten auf der amerikanischen Seite immer Priorität, da sie ihre ureigenen Sicherheitsinteressen berührten. Auf diesem Gebiet gab es ihrerseits die größten Anstrengungen, und dort waren auch die größten Erfolge zu verzeichnen.

²⁰⁰ Vgl. WEINBERGER, Caspar W.: U.S. Defense Strategy, in: *Foreign Affairs* 64 (1986), S. 675-697 (697); NERLICH, Uwe: Einige Aspekte der Außen- und Sicherheitspolitik der neuen Administration in Washington, Ebenhausen 1981.

²⁰¹ Vgl. UNITED STATES DEPARTMENT OF STATE: *The Strategic Defense Initiative*, Special Report No. 129, June 1985; REAGAN, Ronald: *Erinnerungen. Ein amerikanisches Leben*, Berlin 1990, S. 571-594.; ABSHIRE, David: SDI – Der Weg zu einer besseren Abschreckung, in: *Amerika Dienst* 22. Mai 1985; RICHTER, Claus: Strategische Verteidigungsinitiative (SDI). *Kriegsführung oder Kriegsverhinderung?*, in: *APuZ B* 14-15/85, S. 3-14. Daß das SDI-Projekt in der UdSSR viel ernster genommen wurde als in Washington, vermutet NEWHOUSE: *Krieg und Frieden...*, a.a.O., S. 529.

²⁰² Vgl. zu der Entwicklung: MEIERS, Franz-Josef: *Raketenschach: Von SALT II zu INF. Der innen- und außenpolitische Kontext der amerikanischen Rüstungskontrollpolitik 1977-1988*, Chur 1991 und den Sammelband von CIMBALA, Stephen J. (Hrsg.): *Strategic arms control after SALT*, Wilmington 1989.

²⁰³ Zum neuen Anfang der strategischen Rüstungsgespräche, also von der Reduzierung (SALT für *limitation*) der Waffen zu tatsächlichen Abrüstungsgesprächen (START für *reduction*) vgl. NEWHOUSE, John: *Krieg und Frieden im Atomzeitalter. Von Los Alamos bis SALT*, München 1990, S. 503.

b. Bundesrepublik Deutschland

Die Sicherheit Westeuropas und der Bundesrepublik war durch andere Determinanten gekennzeichnet als die der USA. Die westeuropäischen Länder waren nicht dazu in der Lage, zum militärischen Machtpotential der Sowjetunion ein gleichwertiges Gegengewicht zu bilden. Nur durch eine Allianz mit den USA in der NATO konnten sie durch Abschreckung den Schutz vor der sowjetischen Aggression und damit ihre Sicherheit gewährleisten. Selbst wenn also die politischen Voraussetzungen für den Aufbau einer unabhängigen europäischen Verteidigung gegeben gewesen wären, blieben sie militärisch immer von den USA abhängig.²⁰⁴

Für den europäischen Kontinent ging allerdings ein Sicherheitsrisiko nicht nur – wie in den USA – von den strategischen, sondern auch von den konventionellen Streitkräften und Rüstungen aus. Sogar ein konventioneller Krieg wäre hier vernichtend gewesen. Insbesondere Deutschland befürchtete, bei einer Auseinandersetzung zum Schlachtfeld zu werden (*Fulda gap*). Daher erklärt sich das große Interesse gerade der Bundesrepublik an militärischer Entspannung aus Sicherheits-erwägungen. Außerdem mahnten in Europa auch die bitteren Erfahrungen von zwei Weltkriegen zur Vorsicht im politischen Umgang.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Europa wirtschaftlich und politisch zerstört gewesen und hatte den garantierten Schutz der USA dankbar angenommen. Doch je stärker Westeuropa wurde, je mehr sich eigene europäische Interessen herauskristallisierten, desto schmerzhafter wurde es, daß ihr sicherheitspolitischer Handlungsspielraum auf den Rahmen der NATO beschränkt war und auch dort von den USA dominiert wurde. Es entspann sich aber nicht nur eine Debatte über die Struktur des Bündnisses, sondern vor allem über die Sicherheitspolitik, in der die unterschiedlichen Interessen aufeinandertrafen.

Zum Beispiel unterschieden sich die Interpretationen der sowjetischen Bedrohung.²⁰⁵ Zwar stimmten sowohl die USA und auch Westeuropa darin überein, daß

²⁰⁴ Vgl. COFFEY: Issues..., a.a.O., S. 49. Hier wird außerdem darauf hingewiesen, daß die USA wegen ihrer wirtschaftlichen Stärke auch von der Bundesrepublik abhängig waren, also eine gegenseitige Abhängigkeit herrschte.

²⁰⁵ Diese unterschiedliche Interpretation resultierte daraus, daß die USA ihrem Gegner oft Interessen unterstelle, die sie selbst hatten. Für die Sowjetunion aber traf das nicht zu, da dort die Voraussetzungen ganz anders waren. Die Sowjetunion hatte z. B. im Gegensatz zu den USA lange, schwer zu sichernde Grenzen, die Erfahrung von Bedrohung des territorialen und physischen Bestands. Für die USA als traditioneller Seemacht waren z. B. die Landgrenzen

die Sowjetunion ihre Waffen aufrüstete, modernisierte und damit potentiell zur Bedrohung werden konnte. Aber die Motivation der Sowjetunion, sich aufzurüsten, wurde unterschiedlich gedeutet. Die USA vermuteten, die UdSSR wolle militärische Übermacht erreichen. Sie sahen bei einem Angriff alle Vorteile auf östlicher Seite durch deren Überzahl an Streitkräften und Rüstungen, aus der räumlichen Geschlossenheit des Bündnisgebietes, sowie aus den Besonderheiten des politischen Systems. Für sie war eine Verteidigung nur durch eine starke strategische und taktische Position denkbar. Viele Westeuropäer fühlten sich jedoch durch die amerikanische Abschreckungsgarantie bedrohter als durch die Sowjetunion. Sie vermuteten in der sowjetischen Aufrüstung einen eher defensiven Charakter und eine Reaktion auf amerikanisches Verhalten.²⁰⁶

Auch gingen die Meinungen über die strategische Doktrin auseinander.²⁰⁷ Die USA glaubten an Abschreckung durch ausreichende Verteidigung in Europa und den potentiellen Einsatz von Atomwaffen im Falle eines Angriffs. In Europa deutete man das so, daß ein amerikanischer Präsident im Falle eines konventionellen sowjetischen Großangriffs auf Westeuropa unter Umständen überhaupt keine interkontinentalen Kernwaffen einsetzen und so den Nuklearkrieg auf Europa begrenzen würde. Westeuropa und insbesondere die Bundesrepublik als potentiell Schlachtfeld befürchteten, von den USA in einer solchen Notsituation allein gelassen zu werden. Deshalb setzten sie sich dafür ein, daß, wenn sie schon nicht den Einsatz von Interkontinentalraketen erzwingen konnten, so doch wenigstens das amerikanische Engagement in Europa hoch bleiben sollte.²⁰⁸ Die Unterschriften unter die *KSZE-Schlußakte*, mit der sich alle Beteiligten auf

sischen Bestands. Für die USA als traditioneller Seemacht waren z. B. die Landgrenzen problemlos. Daraus folgten nicht nur andere Streitkräftestrukturen (landgestützte vs. seegestützte Waffen, konventionelle vs. strategische Waffen), sondern auch andere Militärstrategien: Im Warschauer Pakt herrschte die Vorstellung von einer Vorwärts-Verteidigung im Falle eines Angriffes, die NATO-Strategie war grundsätzlich nicht offensiv.

²⁰⁶ Vgl. z. B. EUROPEAN STRATEGY GROUP: *The Gorbachev Challenge and European Security. A Report from the European Strategy Group*, Baden-Baden 1988.

²⁰⁷ Es gehörte zu den Grundproblemen der nordatlantischen Allianz, daß eine enge Verbindung der Sicherheit Europas mit der Sicherheit Amerikas immer geostrategische – nicht notwendigerweise politische – Zonen unterschiedlicher Sicherheit in Rechnung stellen mußte, vgl. GERTER, Florian/Eva-Maria MASYK: *Partnerschaft im Wandel. Die sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa*, in: APuZ B45/89, S. 3-13 (7).

²⁰⁸ Die USA plädierten aber eher für einen teilweisen Rückzug ihrer Kräfte in Europa. In diesem Zusammenhang kam immer wieder die Frage nach einer gerechten Verteilung der Verteidigungslasten (*burden-sharing*) zur Sprache, vgl. THIEL, Elke: *Dollar-Dominanz, Lastenteilung und amerikanische Truppenpräsenz in Europa. Zur Frage kritischer Verknüpfungen währungs- und stationierungspolitischer Zielsetzungen in den deutsch-amerikanischen Beziehun-*

ten unter die *KSZE-Schlußakte*, mit der sich alle Beteiligten auf Gewaltverzicht und Unverletzlichkeit der Grenzen verständigt hatten, war in diesem Zusammenhang mehr von symbolischer Bedeutung, als daß dadurch tatsächlich ein höheres Maß an Sicherheit erreicht wurde.²⁰⁹

Als die Sowjetunion 1977 damit begann, SS 20-Raketen zu stationieren, wies Bundeskanzler Schmidt auf die Gefahr hin, die durch eine solche einseitige Nachrüstung für die Sicherheit Europas entstand. Denn bei einer Begrenzung nuklear-strategischen Waffen durch den SALT-Vertrag wurde gleichzeitig die Anzahl der atomaren Mittelstreckenwaffen auf sowjetischem Territorium erhöht. Damit stieg erneut die Gefahr eines Kriegs auf europäischem Boden. Durch den NATO-Doppelbeschluß von 1979 wurde eine konditionierte Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenwaffen auf westeuropäischem Boden beschlossen, was man als Durchsetzung westeuropäischer Sicherheitsinteressen begreifen kann.²¹⁰

Diese unterschiedlichen Auffassungen über die Art und den Umfang der Verteidigung dokumentieren das „*Sicherheitsdilemma*“²¹¹, in dem sich die Bundesrepublik ab Ende der 60er Jahre befand. Zum einen war sie in bezug auf ihre Sicherheit abhängig von den USA, aber gleichzeitig war sie bei sicherheitspolitischen Fragen hinsichtlich der von der Sowjetunion ausgehenden Bedrohung und der Möglichkeit, diese Bedrohung zu verringern, anderer Meinung als die USA. Deshalb war es zunehmend schwerer geworden, zu einem Konsens zu kommen, als

gen, Baden-Baden 1978; TREVERTON, Gregory F.: The „Dollar Drain“ and American Forces in Germany. Managing the Political Economics of Alliance, Athens, Ohio, 1978. Die westeuropäischen Verbündeten wurden mit Nachdruck aufgefordert, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen, damit sie auf die Verteidigung ihres eigenen Territoriums vorbereitet und nicht mehr auf das Engagement umfangreicher amerikanischer Truppen angewiesen waren. Diese Drohung verstärkte die Angst in Europa, im Ernstfall allein da zu stehen. Beispiele amerikanischer Initiativen zur Durchsetzung ihrer *burden-sharing*-Interessen waren das *Nunn-Amendment* von 1984 (im Senat gescheitert), das den Verbleib der US-Truppen in Europa von bestimmten Auflagen abhängig machen sollte, sowie die *Gramm-Rudman-Legislation* von 1987 zur Reduzierung der US-Defizite, vgl. GERSTER et. al.: Partnerschaft im Wandel..., a.a.O., S. 8.

²⁰⁹ Vgl. SCHISLER, Jakob: Symbolische Sicherheitspolitik. Die Bedeutung der KSZE-Schlußakte für die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, München 1980, S. 181.

²¹⁰ Vgl. PETERS, Susanne: The Germans and the INF Missiles. Getting Their Way in NATO's Strategy of Flexible Response, Baden-Baden 1990.

²¹¹ HAFTENDORN: Sicherheit..., a.a.O., S. 730.

noch zu Zeiten eindeutig überlegener nuklearstrategischer Abschreckungsfähigkeit der USA.²¹²

Als sich nun der Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion Ende der 70er Jahre erneut vertiefte, trugen das die westeuropäischen Partner der Allianz nicht mehr voll mit. In der öffentlichen Diskussion kam es verstärkt zu Anti-Amerikanismus, zu Debatten über Pazifismus und Neutralismus. Die Angst, zum Schlachtfeld einer bipolaren Auseinandersetzung zu werden, weitete sich auch auf die mitteleuropäischen Staaten in Osteuropa aus, und es kam zu blockübergreifenden *Mitteleuropa*-Initiativen.²¹³

Die Meinungsunterschiede zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten schlugen sich auch in ihren unterschiedlichen Auffassungen zum wichtigsten sicherheitspolitischen Diskussionspunkt, den Rüstungsverhandlungen, nieder. Die USA plädierten tendenziell eher für Aufrüstung, die Bundesrepublik sah in der Rüstungsbegrenzung eine Möglichkeit, Parität herzustellen und damit die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zu begrenzen.

Während die USA derartige Gespräche primär unter dem Aspekt der militärtechnologischen Überlegenheit sahen, ging es den Westeuropäern nicht nur um konkrete Abrüstungsergebnisse, sondern auch um politischen Symbolismus. Die Supermächte sollten durch Verhandlungen zu einem kooperativen *modus vivendi* angehalten werden.²¹⁴

In Westeuropa war das Interesse besonders groß an Verhandlungen zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt über einen ausgewogenen Abbau der konventionell gerüsteten Streitkräfte in Mitteleuropa (*Mutual Balanced Forces Reduction MBFR*), über welche die Sowjetunion in großer Zahl verfügte.²¹⁵ Ein derartiger

²¹² Vgl. GÖRTEMAKER, Manfred: Der gebändigte Kontinent. Verteidigung und Entspannung in Europa. Analyse und Dokumente, Bonn 1979.

²¹³ Vgl. SCHWEIGLER: Europa, Amerika..., a.a.O., S. 9; KNAPP, Manfred: Das Verhältnis USA-Europa, in: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Frieden und Sicherheit als Herausforderung. Informationen und Argumente (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 202), S. 33-43 (38); BERTRAM, Christoph: Aufgaben und Perspektiven der Sicherheitspolitik Westeuropas in den neunziger Jahren, in: APuZ B 18/88, S. 3-11 (6-8).

²¹⁴ Vgl. HACKE, Christian: Stand und zentrale Probleme der Ost-West-Beziehungen, in: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Frieden und Sicherheit ..., a.a.O., S. 11-23 (22).

²¹⁵ Vgl. zur Vorgeschichte dieser Verhandlungen: MÜLLER, Martin: Politik und Bürokratie: Die MBFR-Politik der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1967-1973, Baden-Baden 1988.

Plan war schon im *Harmel-Bericht* (Ziffer 13) formuliert worden. Die Gespräche begannen 1973; ihr Hauptproblem bestand darin, daß der Warschauer Pakt die Gleichheit der Reduzierungspflichten verlangte, die NATO aber die Gleichheit der Ergebnisse nach der Reduzierung. Doch obwohl die Gespräche bis zum Ende des Kalten Krieges zu keinem vertraglichen Ergebnis kamen, waren sie aus Sicht vieler – meist Europäer – nicht ganz erfolglos.²¹⁶ Sie stärkten die Allianzsolidarität und bildeten über die Zeit hinweg ein relativ krisenfestes Gesprächsforum. Es erschien ihnen schon als ausreichend, daß überhaupt Verhandlungen stattfanden.²¹⁷

Mit dem INF-Vertrag von 1987 kam es dann erstmals zu einem direkt Europa betreffenden Rüstungskontroll-Abkommen. Die in diesem Vertrag vereinbarte weltweite *Null-Lösung* besagte, daß alle Mittelstreckenwaffen weltweit beseitigt werden sollten.²¹⁸ Problematisch blieben insbesondere für die Bundesrepublik die verbleibenden landgestützten atomaren Systeme, die aufgrund ihrer kurzen Reichweite (ca. 50 km) nur auf deutschem Territorium zum Einsatz kommen konnten.²¹⁹

c. Zusammenfassung

Während der 60er und 70er Jahre haben Sicherheitsbedenken sowohl auf amerikanischer als auch auf sowjetischer Seite den Anstoß für Rüstungsbegrenzungsverhandlungen gegeben. Aber Vorsicht auf beiden Seiten hat nur zu geringen Fortschritten geführt.²²⁰ Das galt besonders, als die Sicherheitsinteressen im west-

²¹⁶ ROTH, Margit: Westliches Konzessionsverhalten in der Ost-West-Auseinandersetzung. Berlin-Frage, Deutschland-Frage, Europäische Sicherheit, Frankfurt a.M. 1993, S. 421-467.

²¹⁷ Aber auch Kritik wurde laut: Die Gespräche seien im Prinzip nichts anderes gewesen, als die Fortsetzung konfrontativer Sicherheitspolitik mit scheinbar kooperativen Mitteln, vgl. MUTZ, Reinhard: Konventionelle Stabilität auf niedrigerem Kräfteniveau: Von MBFR zu KRK, in: JACOBSEN, H.-D./Heinrich MACHOWSKI/Dirk SAGER (Hrsg.): Perspektiven für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (= Studien zur Geschichte und Politik der Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 268), Bonn 1988, S. 290-305 (294-95). Vgl. auch: LAMERS, Karl: Konventionelle Abrüstung in Europa, in: APuZ B18/88, S. 12-20 (13). BOYSEN, Sigurd: Konventionelle Rüstungskontrolle vom Atlantik bis zum Ural, in: APuZ B 44/87, S. 19-27.

²¹⁸ Vgl. STAACK, Entspannungskritik..., a.a.O., S. 261; DEAN, Jonathan/Peter CLAUSEN: INF-Vertrag und europäische Sicherheit, in: JACOBSEN, H.-D. et. al. (Hrsg.): Perspektiven..., a.a.O., S. 228-238.

²¹⁹ Zum Sicherheitsaspekt in den deutsch-deutschen Beziehungen vgl. DEAN, Jonathan: Changing Security Dimensions of the Inter-German Relationship, in: LARRABEE, F. Stephen (Hrsg.): The Two German States and European Security, New York 1989, S. 156-181.

²²⁰ Vgl. GARTHOFF: Détente..., a.a.O., S. 1095.

lichen Bündnis immer stärker auseinander drifteten. Denn daraus resultierte auch eine unterschiedliche Präferenz für das Vorgehen bei der Entspannungspolitik. Während die Vereinigten Staaten vorrangig ihre nationale Sicherheit durch Rüstungskontrolle und später unter Reagan durch Abschreckung erreichen wollten, setzten Westeuropa und die Bundesrepublik eher auf Sicherheit durch nichtmilitärische Mittel, wie z. B. politische Prozesse, wirtschaftliche Verflechtung und Kooperation sowie humanitäre Beziehungen, also durch vertrauensbildende Maßnahmen, die Mißtrauen abbauen und somit potentiell die Möglichkeit zur Abrüstung schaffen.²²¹

2. Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

Die Wirtschaftsbeziehungen der westlichen Staaten zur UdSSR und ihren Partnerländern hatten immer eine doppelte Funktion, sowohl eine ökonomische als auch eine politische. Allerdings hatte der politische Aspekt einen oft weitaus höheren Stellenwert als ihm vielleicht zustand. Denn die wirtschaftliche Bedeutung des Ost-West-Handels ist für beide Seiten eher gering gewesen. Sicher war die Abhängigkeit der östlichen Seite vom Westen relativ groß; für einige westdeutsche Branchen waren die ökonomischen Beziehungen zum Osten besonders bedeutsam, aber umfassende Abhängigkeiten bestanden auf keiner der beiden Seiten. Auch der Beschäftigungseffekt wurde häufig überschätzt.

Aufgrund ihres relativ geringen Umfangs ist auch die Bedeutung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen für die politischen Ost-West-Beziehungen nie ganz deutlich geworden, obwohl sie nicht selten als eines der Hauptinstrumente in der Auseinandersetzung zwischen den beiden Blöcken gesehen wurden. Die Bundesrepu-

²²¹ Vgl. MAHNKE, Hans-Heinrich: Vertrauensbildende Maßnahmen in Europa, JACOBSEN, H.-D. et. al. (Hrsg.): Perspektiven..., a.a.O., S. 239-250. Ein wichtiger derartiger Ansatz war z. B. die Palme-Kommission, die das Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ entwickelte, vgl. INDEPENDENT COMMISSION ON DISARMAMENT AND SECURITY ISSUES: Common Security. A Blueprint for Survival, New York 1982; PALME COMMISSION ON DISARMAMENT AND SECURITY ISSUES: A World at Peace. Common Security in the Twenty-first Century, Stockholm 1989. Die Diskussionen über ein neues europäisches Sicherheitskonzept Ende der 80er Jahre sind durch die Entwicklungen obsolet geworden. Oberstes Ziel aller Abrüstungsmaßnahmen sollte es in diesen Überlegungen sein, die unabdingbaren Verteidigungsfähigkeiten zu erhalten und gleichzeitig die Bündnisse so zu gestalten, daß sie zur tief eindringenden Invasion unfähig sind, vgl. z. B. SCHMIDT, Max: Neue Wege zur Sicherheit in den internationalen Beziehungen, in: JACOBSEN, H.-D. et. al. (Hrsg.): Perspektiven..., S. 179-205. Vgl. auch den Sammelband von: AUFFERMANN, Burkhard (Hrsg.): NOD or Disarmament in the Changing Europe?, Tampere 1990.

blik und Westeuropa waren eher der Meinung, daß intensivere Wirtschaftsbeziehungen zu einer Verbesserung der Ost-West-Beziehungen führen und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Entspannung leisten könnten (*Wandel durch Handel*). Die Amerikaner sahen in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen ein mögliches Instrument zur Beeinflussung politischen Verhaltens, wobei eine breite Skala von Maßnahmen einsetzbar war, von der Unterstützung durch Wirtschaftshilfe (*carrots*) zu Sanktionen und Handelskrieg (*sticks*).

Es ist bis zum Ende unklar geblieben, was die wirtschaftliche Verflechtung beider Seiten für Resultate zeitigte, ob sie die Entspannung förderte, sie sogar einleitete, oder ob sie lediglich weitere politische Verschlechterung verhinderte. Wahrscheinlich ist, daß es keinen direkten Zusammenhang zwischen Entspannung und Wirtschaft gab, daß aber die Wirtschaftsbeziehungen den Entspannungsprozeß förderten. Die Wirtschaftsbeziehungen waren als aktive politische Elemente zu schwach, sie waren aber ein notwendiges – wenn auch nicht ausreichendes – Element der Stabilisierung.²²²

a. Vereinigte Staaten von Amerika

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges haben die USA die Wirtschaftsbeziehungen zu den östlichen Staaten grundsätzlich anders als ihren Außenhandel mit den übrigen Staaten der Welt behandelt: Einerseits unterlagen sie scharfen sicherheitspolitischen Erwägungen (was bei der Konzentration des Landes auf seine nationale Sicherheit nur folgerichtig ist), andererseits waren die Wirtschaftsbeziehungen aber auch in den politischen Gesamtzusammenhang des Ost-West-Verhältnisses eingebettet. Osthandel war für die USA „*ein Mittel sicherheitsorientierter Außenpolitik*“²²³. Die Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern wurden also meist zur Erreichung politischer Ziele instrumentalisiert. Sie waren für die USA vor allem ein Mittel zum Zweck, kein Zweck an sich.²²⁴

²²² Vgl. KNIRSCH, Peter: Bilanz der Wirtschaftsbeziehungen, in: RODE, Reinhard/Hanns-D. JACOBSEN (Hrsg.): Wirtschaftskrieg oder Entspannung. Eine politische Bilanz der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Bonn 1984, S. 102-113 (109).

²²³ RODE, Reinhard: Sicherheit versus Geschäft. Die Osthandelspolitik der USA von Nixon bis Carter, Frankfurt a.M. 1986, S. 225.

²²⁴ Ein Grund dafür ist sicherlich die relative Schwäche der amerikanischen Ostwirtschaftsinteressen gewesen. Der Anteil der Ausfuhren in die RGW-Länder am BIP der USA (der sowie-

Bereits unter Kennedy und Johnson hatte es umfassende Diskussionen über Sinn und Zweck der wirtschaftlichen Beziehungen zu den kommunistischen Staaten gegeben. Entsprechend der Veränderung des politischen Konzepts unter Nixon und Kissinger 1969 kam auch den wirtschaftlichen Beziehungen der USA gegenüber den östlichen Ländern eine neue Funktion zu. Zwar spielten sie in Kissingers *grand design* eine eher untergeordnete Rolle, sie wurden aber als ein Instrument angesehen, dessen Einsatz sich anbot, weil die östlichen Staaten bei ökonomischem Entgegenkommen zu gewissen politischen Zugeständnissen bereit waren.²²⁵

Die bisher üblichen wirtschaftlichen Sanktionen wurden nicht mehr in ihrer negativen Form verhängt, sondern bekamen die Form von Anreizen, um politische Zugeständnisse der östlichen Seite in den verschiedensten Bereichen zu erzielen (*linkage*), z. B. bei politischen Streitfragen wie Vietnam oder im Bereich der Menschenrechte.²²⁶ Durch den Ausbau von Handelsbeziehungen sollten außerdem Abhängigkeiten der östlichen Länder vom Westen geschaffen und vertieft werden. Durch die bewußte Zurschaustellung von westlicher Lebensart sollten in diesen Ländern Erosionserscheinungen induziert und verschärft werden.

Übereinstimmung bestand bei allen Beteiligten darin, daß die östlichen Staaten nicht mit solche Waren und Technologien beliefert werden sollten, die die militärische Stärke der UdSSR vergrößern konnten.²²⁷ Doch an den nichtmilitärischen

so relativ gering war), betrug nie mehr als 0,2 Prozent, vgl. JACOBSEN: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen..., a.a.O., S. 121.

²²⁵ Vgl. JACOBSEN: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen..., a.a.O., S. 110; HACKE: Die Ära..., a.a.O., S. 94-102.

²²⁶ Vgl. GARTON ASH: Im Namen..., a.a.O., S. 371.

²²⁷ Vgl. JACOBSEN, H.-D. Die Ostwirtschaftspolitik der USA. Möglichkeiten und Grenzen einer „linkage“-Politik, Ebenhausen 1980, S. 5-6. Um die Frage zum Technologie-Transfer hat es heftige Auseinandersetzungen gegeben, woraus umfangreiche Literatur hervorgegangen ist, z. B.: BEITEL, Werner/Jürgen NÖTZOLD: Zur Problematik der wirtschaftlichen Kooperation mit der UdSSR, Ebenhausen 1976; STERNHEIMER, Stephen: East-West Technology Transfer: Japan and the Communist Block (= The Washington Papers 76), Beverly Hills/London 1980; STENT YERGIN, Angela.: East-West-Technology Transfer: European Perspectives (= The Washington Papers 75), Beverly Hills/London 1980; DIES.: Technology Transfer to the Soviet Union. A Challenge for the Cohesiveness of the Western Alliance (= Arbeitspapiere zur Internationalen Politik 24), Bonn 1983; DEAN, Robert W.: Die aktuelle Rüstungskontrollpolitik der USA, in: APuZ B 13/1983, S. 3-9; BERTSCH, Agary K.: East-West Strategic Trade, COCOM and the Atlantic Alliance, (= The Atlantic Papers 49), Paris 1983; HEWETT, Ed A.: Energy Economics and Foreign Policy in the Soviet Union, Washington D.C. 1984; PARROT, Bruce (Hrsg.): Trade, Technology and Soviet-American Relations, Bloomington 1985; NÖTZOLD, Jürgen: Westliche Technologieimporte in die UdSSR – Ein sicherheitspolitisches

Waren entzündeten sich die Diskussionen, denn: Was sind strategische Güter? Die Hardliner behaupteten, daß letztlich alle Güter strategisch seien, weil alle langfristig Substitute wären.²²⁸ Der Streit um die CoCom-Liste der nicht zu exportierenden Güter zieht sich wie ein roter Faden durch die Ostwirtschaftspolitik der USA und je nach Stärke und Interesse des Präsidenten hat es immer wieder den Rückgriff auf starke Exportkontrollen aus außenpolitischen oder aus Sicherheitsgründen gegeben.²²⁹

1974 beispielsweise verabschiedete der amerikanische Kongreß das *Jackson-Vanik-Amendment* als Ergänzungsantrag zum *Trade Reform Act*. Diesem Antrag entsprechend sollte die Behandlung nach der Meistbegünstigungsklausel sowie die Gewährung von Krediten und Bürgschaften den Ländern verwehrt werden, die eine Auswanderung ihrer Bürger behinderten. Zusammen mit dem *Stevenson-Amendment*²³⁰ und dem *Church-Amendment*²³¹ veranlaßte dies die Sowjetunion 1975 dazu, ihren Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten vom Oktober 1972 mit Hinweis auf Einmischung in innere Angelegenheiten zu kündigen.²³²

Diese Beschränkungen des Ost-West-Handels waren nicht im Interesse Kissingers und Nixon/Ford. Sie zeugen von einem starken Mißtrauen des Kongresses gegen-

Risiko, Ebenhausen 1983; DERS.: Perspektiven der Technologischen Ost-West-Beziehungen, Ebenhausen 1987; PERRY, Charles M./Robert L. PFALTZGRAFF, Jr. (Hrsg.): *Selling the Rope to Hang Capitalism?* Washington, usw. 1987; NÖTZOLD, Jürgen: *Stand und Perspektiven der Technologischen Beziehungen zwischen West und Ost*, Ebenhausen 1988; NATIONAL ACADEMY OF SCIENCE (Hrsg.): *Balancing the National Interest. U.S. National Security Export Controls and Global Economic Competition*, Washington, D.C. 1987; MASTANDUNO, Michael: *Economic Containment. CoCom and the Politics of East West Trade*, Ithaca, N.Y. usw. 1992. Auch nach dem Zusammenbruch blieb dieses Thema hochaktuell, wie folgende Bände zeigen: NATIONAL ACADEMY OF SCIENCE (Hrsg.): *Finding Common Ground: U.S. Export Controls in a Changed Global Environment*, Washington, D.C. 1991; HEINZ, John: *U.S. Strategic Trade. An Export Control System for the 1990s*, Boulder usw. 1991.

²²⁸ Vgl. WILES, Peter J.D.: *On the Prevention of Technology Transfer*, in: *East-West Technological Cooperation*, Brüssel 1976, S. 23-43 (37).

²²⁹ Daß diese Sanktionen tatsächlich kaum Wirkung zeigen, ist abzulesen in den hervorragenden Fallstudien von HUFBAUER, Gary Clyde et. al.: *Economic Sanctions Reconsidered. History and Current Policy*, Washington, D.C. 1990, Bd. 2, S. S. 125-139 (US and CoCom v. USSR and COMECON).

²³⁰ Das *Stevenson-Amendment* begrenzte die von der Export-Import-Bank vergebenen Kredite an die UdSSR auf 300 Mio. Dollar für die folgenden vier Jahre.

²³¹ Das *Church-Amendment* verbot die Gewährung von Regierungskrediten für bestimmte sowjetische Energievorhaben. Damit sollte die staatliche Mitfinanzierung gemeinsamer Endenergieprojekte behindert werden.

²³² Daß diese *amendments* der tatsächliche und einzige Grund für die Kündigung des Vertrages waren, bestreitet PFLÜGER, Friedbert: *Die Menschenrechtspolitik der USA. Amerikanische*

über dem Präsidenten. Außerdem machte dieser erneute Umschwung deutlich, daß der Kongreß schon damals zweifelte, ob die wirtschaftlichen Beziehungen zum politischen und militärischen Antagonisten tatsächlich beiden Seiten Vorteile gebracht hatten.²³³

Unter Carter verschlechterten sich die Wirtschaftsbeziehungen zu den RGW-Staaten. Unter seiner Administration wurde das *Jackson-Vanik-Amendment* stärker durchgesetzt als zuvor, ganz im Sinne seiner Menschenrechtspolitik. Nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan 1979 erließ er sofort ein Getreide- wie auch ein Phosphatembargo, einen Lieferstopp für hochentwickelte Technologie und den Boykott der Olympischen Spiele, was alles aber wenig erfolgreich war.²³⁴ Auch das Vorgehen der USA im Rahmen der KSZE-Folgeverhandlungen unterstützte diesen Kurs.

Diese restriktive Ostwirtschaftspolitik verschärfte sich weiter unter Reagan. 1981 setzten die USA wegen der Kriegsrechtsverhängung in Polen ein Embargo gegenüber Osteuropa in Kraft, die USA sanktionierten weiterhin die *Jamal*-Pipeline und boykottierten das sowjetisch-europäische Gas-Röhren-Geschäft. Allerdings sah sich Reagan durch den Druck der amerikanischen Landwirtschaft gezwungen, das Getreideembargo Carters bereits im April 1981 wieder aufzuheben, weil es keine sichtbaren Erfolge zeitigte. Ein genereller Wirtschaftskriegskurs war also offenbar auch in den USA nicht durchsetzbar, wenn binnenwirtschaftliche Interessen berührt waren.²³⁵

Außenpolitik zwischen Idealismus und Realismus 1972-1982 (= Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik 48), München/Wien 1983, S. 69.

²³³ Vgl. YERGIN, Daniel: Politics and Soviet-American Trade: The Three Questions, in: Foreign Affairs, April 1977, S. 517-538.

²³⁴ Vgl. ADLER-KARLSSON, Gunnar: Die Instrumente Embargo und Sanktionen, in: RODE/JACOBSEN: Wirtschaftskrieg..., a.a.O., S. 305-319; HANSON, Philip: Western Economic Statecraft in East-West-Relations. Embargos, Sanctions, Linkage, Economic Warfare and Détente, London/New York 1988, S. 73; ROOSA, Robert V./Michiya MATSUKAWA/Armin GUTOWSKI (Hrsg.): East-West Trade at a Crossroad, New York/London 1982, S. 31-34.

²³⁵ Vgl. dazu besonders die Beiträge von JACOBSEN, NÖTZOLD/BEITEL und SCHRÖDER in: MÜLLER, Friedemann et. al.: Wirtschaftssanktionen im Ost-West-Verhältnis. Rahmenbedingungen und Modalitäten, Baden-Baden 1983; GARDNER, H. Stephen: Assessing the Cost to the U.S. Economy of Trade Sanctions Against the U.S.S.R. in: SMITH, Gordon (Hrsg.): The Politics of East-West-Trade, Boulder 1984, S. 175-197; MCILVAINE, William: Reactions of the Private Sector to U.S. Foreign Trade Policies Towards the Soviet Union and Eastern Europe, in: SMITH: The Politics of..., a.a.O., S. 199-297.

Statt dessen konzentrierte sich das Pentagon auf nationale und multilaterale Verschärfungen des Technologie-Transfers.²³⁶ Die Sicherheitspolitik wurde erneut zum zentralen Thema, mit dem Argument, daß Export von Hochtechnologie zur Aufrüstung der Sowjetunion beitrage. Im *Export Administration Amendment Act* von 1985 wurden sicherheitsorientierte Restriktionen im Rahmen des CoCom verschärft.²³⁷ Mit der Entspannung unter Reagan/Bush fanden die Bemühungen um einen Ausgleich von Wirtschafts- und Sicherheitsinteresse in der Exportkontrollpolitik ihren vorläufigen Abschluß.²³⁸

b. Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik wies den Wirtschaftsbeziehungen zu den RGW-Staaten eine ganz andere Bedeutung zu, wie folgendes Zitat Helmut Schmidts beweist: „*Der Ost-Westhandel ist ein bedeutendes Instrument zur Sicherung des Friedens. Wir müssen die Wirkung dieses Austauschs noch verstärken.*“²³⁹ Anders als in den fünfziger und sechziger Jahren waren die Wirtschaftsbeziehungen durch Brandts *Ostpolitik* nicht mehr nur taktisches Mittel zur Erreichung bestimmter ost- und deutschlandpolitischer Teilziele, sondern tatsächlich ein Zweck an sich, da sie mit den erreichten grundlegenden Verbesserungen in den politischen Beziehungen eng verbunden war.²⁴⁰ Der Handel mit den osteuropäischen Ländern sei „*kein Selbstzweck, sondern darauf ausgerichtet, den Strukturwandel auf einem wichtigen Feld der Weltpolitik positiv zu beeinflussen und die Wiederherstellung Europas auf längere Sicht zu fördern.*“²⁴¹ Außerdem hätte Handel eine „*spannungs-*

²³⁶ Vgl. z. B. GOLDMAN, Marshall I.: The Evolution and Possible Direction of U.S. Policy in East-West-Trade, in: BECKER, Abraham S. (Hrsg.): Economic Relations with the USSR, Washington, D.C. usw. 1983, S. 155-175; GUSTAFSON, Thane: The Soviet Response to the American Embargo of 1981-82, in: SMITH (Hrsg.): The Politics of ..., a.a.O., S. 129-141.

²³⁷ Vgl. RODE, Reinhard: Sanktion und Geschäft. Die Ostwirtschaftspolitik der USA unter Reagan, Frankfurt a.M. 1986, S. 4; JACOBSEN, Hanns-Dieter: Die Ostwirtschaftspolitik der Reagan-Administration, Ebenhausen 1982, S. 36.

²³⁸ Vgl. RUDOLF, Peter: Osthandel im Wandel. Die USA und die wirtschaftliche Entspannung mit der Sowjetunion, Ebenhausen 1989, 18.

²³⁹ Helmut Schmidt zitiert nach PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 9. Mai 1978.

²⁴⁰ Vgl. WÖRMANN, Claudia: Der Osthandel der Bundesrepublik Deutschland. Politische Rahmenbedingungen und ökonomische Bedeutung, Frankfurt a.M./New York 1982, S. 265.

²⁴¹ Willy Brandt, zitiert nach WÖRMANN, Der Osthandel..., a.a.O., S. 110.

mindernde Rolle“²⁴², schrieb Otto Wolff von Amerongen. Er stelle das Gelände dar, an dem sich die Politik immer wieder hochziehen konnte, wenn sie ins Straucheln geriet.²⁴³

Häufig ist argumentiert worden, daß vor allem auch die Suche nach neuen Märkten, ein „*s’entendre pour vendre*“²⁴⁴, für das große Engagement der Bundesrepublik in Osteuropa ausschlaggebend gewesen sei.²⁴⁵ Das mag teilweise stimmen, denn langfristig erhoffte man sich im Osten große Möglichkeiten zur Expansion, auch die Erschließung Sibiriens schien ungeahnte Perspektiven zu eröffnen.²⁴⁶ Dennoch ist festzustellen, daß der Anteil der westdeutschen Exporte in den RGW an den Gesamtexporten nie 7,5 % überstieg; das war weniger, als die Bundesrepublik in die Schweiz exportierte und hatte somit relativ wenig Bedeutung.²⁴⁷ Eine pure ökonomische Absicht reicht also als Erklärung nicht aus.

Das Verantwortungsgefühl, die Vergiftung der Beziehungen in der Vergangenheit auch auf diese Weise wieder gutzumachen, war sicherlich ebenfalls von Belang.²⁴⁸ Einerseits direkt durch den Import westlicher Konsum- und Investitionsgüter, andererseits, indem man durch solche Importe die Abhängigkeit von der Sowjetunion verringerte. Aber vor allem wollte man einen „*Wandel durch Han-*

²⁴² WOLFF VON AMERONGEN, Otto: Stabile Wirtschaft. Grundlagen außenpolitischer Gestaltungskraft, in: GENSCHER, Hans-Dietrich (Hrsg.): *Nach vorn gedacht... Perspektiven deutscher Außenpolitik*, Bonn 1987, S. 113-122 (121).

²⁴³ Vgl. WÖRMANN: *Der Osthandel...*, a.a.O., S. 113.

²⁴⁴ Vgl. KREILE, *Osthandel und Ostpolitik*, Baden-Baden 1978, S. 115.

²⁴⁵ So z. B. von ZU BRAUNMÜHL, Claudia: Ist die "Ostpolitik" Ostpolitik?, in: JAHN, Egbert/ Volker RITTBERGER (Hrsg.): *Die Ostpolitik der Bundesrepublik. Triebkräfte, Widerstände, Konsequenzen*, Opladen 1974, S. 13-28.

²⁴⁶ Vgl. GLAEBNER, Gert-Joachim: Die Ost- und Deutschlandpolitik, in: GLAEBNER, G.-J./HOLZ, J./T. SCHLÜTER (Hrsg.): *Die Bundesrepublik in den siebziger Jahren. Versuch einer Bilanz*, Opladen 1984, S. 245; KREILE: *Osthandel ...*, a.a.O., S. 165-185.

²⁴⁷ Dieser höchste Stand wurde 1975 erreicht, der Durchschnitt lag bei etwa 4 %. Allerdings betrieb die Bundesrepublik deutlich mehr Osthandel als irgendein anderer westlicher Staat. Vgl. auch: JACOBSEN, Hanns-Dieter: *W. Germany's Economic Relations with the East*, in: BALDWIN, David A./Helen V. MILNER (Hrsg.): *East-West Trade and the Atlantic Alliance*, New York 1990, S. 99-117.

²⁴⁸ Vgl. SCHULZ, Eberhard: *Handel zwischen Politik und Profit*, in: JACOBSEN, H.-A. u.a. (Hrsg.): *Bundesrepublik Deutschland – Volksrepublik Polen. Bilanz der Beziehungen, Probleme und Perspektiven ihrer Normalisierung*, Frankfurt a. M./Warschau 1979, S. 199. Ebenso KREILE, Michael: *Ostpolitik und ökonomische Interessen*, in: JAHN, Egbert/RITTBERGER, Volker (Hrsg.): *Die Ostpolitik der Bundesrepublik. Triebkräfte, Widerstände, Konsequenzen*, Opladen 1974, S. 77. Vgl. dazu auch die neuere Studie von ENGELS, Silvia: *Deutsche Wirtschaft – Gestalter der Ostpolitik? Die Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen für die Regierungspolitik: Die Bundesrepublik Deutschland und Polen, Ungarn sowie die Tschechoslowakei 1985-1992*, Köln 1999.

del“²⁴⁹ erreichen, durch den Handel also eine wirtschaftliche Abhängigkeit schaffen, die politisch instrumentalisiert werden konnte.²⁵⁰ Es war nur eine Frage der Zeit, bis sich osteuropäische Staaten in einer „tödlichen Umarmung“ gefangen sehen würden. Solche Abhängigkeiten durch das „*Ineinanderwirken von Wirtschaft und Politik*“²⁵¹ förderte die Entspannung: Es würde jedem in Europa deutlich werden, daß selbst ein Minimum an Zusammenarbeit für beide Seiten letztlich vorteilhafter wäre als jede Konfrontation. Das galt insbesondere auch für die DDR, an deren Entwicklung die Bundesrepublik am meisten Anteil nahm.²⁵²

Das erste Erdgas-Röhren-Abkommen mit der Sowjetunion war schon 1970 geschlossen worden²⁵³, der erste Handelsvertrag wurde im April 1972 unterzeichnet, er lief zunächst bis Ende 1974. Ein weiteres Abkommen vom Mai 1978 über die Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR auf dem Gebiet von Wirtschaft und Industrie hatte schon eine Laufzeit von 25 Jahren. Ein Abschluß für einen solch langen Zeitraum sollte belegen, daß Politik und Wirtschaft langfristig voneinander abhängig waren, da ein solches Abkommen nur funktionieren könne, wenn die politischen Beziehungen ungetrübt blieben.

²⁴⁹ So der Titel eines Bandes von Angela STENT: *Wandel durch Handel*, a.a.O. Der englische Titel ist weniger griffig und vermittelt auch einen anderen Eindruck vom Inhalt: *From Embargo to Ostpolitik. The Political Economy of West German-Soviet Relations 1955-1980*, Cambridge usw. 1981.

²⁵⁰ Vgl. z. B. ADOMEIT, Hannes: Die Beeinflussbarkeit innen- und außenpolitischer Entscheidungen der sowjetischen Führung, in: MÜLLER u.a.: *Wirtschaftssanktionen...*, a.a.O., S. 90-108.

²⁵¹ WOLFF VON AMERONGEN, Otto: *Der Weg nach Osten. Vierzig Jahre Brückenbau für die deutsche Wirtschaft*, München 1992, S. 114.

²⁵² Die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere der innerdeutsche Handel (IdH) hatten für die Bundesrepublik immer einen wichtigen Stellenwert und wurde strikt von den sonstigen Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen getrennt. Hier gab es eine Reihe von Sonderregelungen, z. B. den sogenannten *swing*, durch den die Bundesrepublik der DDR zinslose Überziehungsmöglichkeiten und damit Kredithilfe gewährte. Dieser war wirtschaftlich nicht notwendig, stimulierte aber den Handel. Hinzu kamen weitere Kredite, u.a. die Milliardenkredite von 1983/1984 und auch die in diesem Zusammenhang wichtigen Hermes-Export-Versicherungen. Vgl. hierzu: EHLERMANN, Claus-Dieter u.a.: *Handelspartner DDR – Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen*, Baden-Baden 1975; JACOBSEN, Hanns-Dieter: *Security Implications of Inner-German Economic Relations (= The Wilson Center Working Papers 77)*, Washington 1986; LAMBRECHT, Horst: Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen zum Ende der achtziger Jahre, in: APuZ B 10/89, S. 19.

²⁵³ Das Erdgas-Röhrenabkommen ist in der Literatur unterschiedlich bewertet worden. Zum einen als ökonomischer Ausdruck des veränderten politischen Klimas, zum anderen als Versuch der westdeutschen Seite, den Erfolg der politischen Verhandlungen mit der Sowjetunion im Vorfeld zu sichern, vgl. dazu die Diskussion in WÖRMANN, *Der Osthandel...*, a.a.O., S. 110. Zu den Folgen der Erdgas-Röhren-Geschäfte vgl. auch: DIES.: *Osthandel als Problem der Atlantischen Allianz. Erfahrungen aus dem Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR (= Arbeitspapiere zur Internationalen Politik 38)*, Bonn 1986.

Seit 1975 nahm die Bedeutung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen ab²⁵⁴, denn dieser Umfang an kreditfinanzierten Importen, der bisher vorgeherrscht hatte, war nicht aufrecht zu erhalten.²⁵⁵ Gleichzeitig konnte man jedoch festzustellen, daß sich die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen in einem gewissen Maß entpolitisiert hatten, sie waren normal geworden. Bis zur Wende im deutsch-sowjetischen Verhältnis waren für die Wirtschaftsbeziehungen politische Faktoren ausschlaggebend, die zwar wichtig blieben, aber nicht mehr dieselbe Bedeutung hatten.²⁵⁶

Im Unterschied zum amerikanischen Ansatz war man in Bonn seit Beginn der *Ostpolitik* der Meinung, daß negative Verknüpfungen, also Boykott und Sanktionen, nicht funktionierten. Die Anwendung wirtschaftlichen Drucks, um bestimmte Änderungen im politischen Verhalten zu erreichen, war zu oft ins Leere gelaufen. Die Bundesrepublik folgte einer anderen Art der Verknüpfungspolitik, die nicht explizit auf konkrete sowjetische Verhaltensweisen in dem einen oder anderen Problemfeld bezogen war, sondern implizit auf den Zusammenhang von wirtschaftlicher Zusammenarbeit und politischem Verhalten. Positive Anreize, so glaubte man, seien effektiver als negative Sanktionen, um sowjetische Tendenzen zu einer konzilianteren Westpolitik zu bestärken.

Diese unterschiedlichen Auffassungen führten zu Konflikten zwischen den USA und Westdeutschland, die nach der Invasion in Afghanistan besonders deutlich wurden. Carter verhängte Sanktionen, um die Empörung über die sowjetische Handlungsweise auszudrücken. Die Bundesrepublik und die meisten westeuropäi-

²⁵⁴ Das galt auch für die Bundesrepublik. Im Jahr 1981 betragen die Exporte in die UdSSR und in die europäischen RGW-Staaten gerade 0,5 % des BIP der OECD-Staaten. Für die europäischen OECD-Staaten machten sie gerade 0,9 % aus. Die Bundesrepublik lag mit einem Anteil von 1,1 % leicht über dem Durchschnitt, die USA mit 0,15 deutlich niedriger. Im Jahr 1975 erreichte der Osthandel als Anteil am gesamten Außenhandel mit 4,6 % Exporte und 3,1 % der Importe seine höchsten Werte (Bundesrepublik 8,8 %), vgl. JACOBSEN: *Die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen...*, a.a.O., S. 121. In einigen Industrien allerdings war und blieb die Abhängigkeit relativ groß, z. B. betrug der Ostanteil am Gesamtexport der Stahlindustrie 1974 ca. 20 Prozent. Die Bundesregierung hat die Beschäftigungseffekte der Exporte in RGW-Länder auf 300 000 geschätzt, andere Experten auf etwa die Hälfte, vgl. KREILE: *Osthandel...*, a.a.O., S. 173; BETHKENHAGEN, Jochen/Heinrich MACHOWSKI: *Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen: Weiterentwicklung oder Restriktion*, in: *APuZ B 13/83*, S. 42-54 (54).

²⁵⁵ Vgl. z. B. SCHRÖDER, Klaus: *Aspekte Künftiger Finanzbeziehungen zwischen Ost und West*, Ebenhausen 1981; DERS.: *Die Ost-West-Finanzbeziehungen nach der Krise der Jahren 1981-1983*, Ebenhausen 1985.

schen Länder hielten dies nicht für eine angemessene Gegenmaßnahme zu den sowjetischen militärischen Aktionen und zögerten deshalb, sich diesen Handelsbeschränkungen anzuschließen. Die Bundesregierung lehnte die Handlungsweise der USA ab, einem Regierungssprecher zufolge „*kann eine solche Politik, wie sie der Kongreß für richtig gehalten hat und wie sie unsere eigene Opposition gelegentlich vorschlägt, ihr Ziel nicht nur nicht erreichen, sondern das sogar noch schwieriger machen.*“²⁵⁷ Der Handel mit der UdSSR und Osteuropa sei, so Schmidt, ein wichtiges Element der Stabilität in Europa, und man wollte sich das fragile Interaktionsgeflecht, das von einer Vielzahl politischer und militärischer Faktoren abhing, nicht von der konfrontativen Politik der USA zerstören lassen.²⁵⁸

Schmidt setzte sogar, kurz nachdem die USA ein Embargo für Produkte hochentwickelter Technologie bekannt gegeben hatten, die Gespräche über das *Jamal*-Gasröhrengeschäft fort, um deutlich zu machen, daß die Regierung nicht dazu bereit war, den als erratisch und manchmal unüberlegt angesehenen Positionsveränderungen der USA zu folgen.²⁵⁹ Das brachte ihnen den Vorwurf ein, sie kümmerten sich nur um ihren Profit und versorgten die östlichen Länder mit zivil und militärisch relevanter Technologie, während die USA mit Milliarden Dollar um die Schaffung und Erhaltung westlicher Sicherheit bemüht seien.

1982 gab es schließlich eine Einigung über eine gemeinsame amerikanisch-europäische Handelspolitik mit dem Kompromiß, daß die *Jamal*-Pipeline zwar weitergebaut, aber zunächst kein russisches Gas gekauft werden würde. Das Verhalten Schmidts zeigt, daß sich die Bundesrepublik seit Adenauers Unterstützung des Röhrenembargos 1962 von der amerikanischen Ost-West-Handelspolitik emanzipiert hatte.²⁶⁰

²⁵⁶ Vgl. BOLZ, Klaus/Hermann CLEMENT/Petra PISSULA: Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion: Entwicklung, Bestimmungsfaktoren und Perspektive, Hamburg 1976, S. 397.

²⁵⁷ Zitiert nach STENT, Wandel..., a.a.O., S. 201.

²⁵⁸ Vgl. GARTON ASH : Im Namen..., a.a.O., S. 371.

²⁵⁹ Vgl. LEBAHN, Axel: Die „Jamal Erdgasleitung“ UdSSR – Westeuropa im Ost-Westpolitik, in: Außenpolitik 3/1983, S. 256-280.

²⁶⁰ Die Bundesregierung hat damals die Loyalität zur NATO und damit zu den USA über alle innenpolitischen Überlegungen gestellt. Angesichts des offensichtlichen Mißerfolgs des Embargos wurde es für die USA in der Folgezeit schwerer, ihre Vorstellungen in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen durchzusetzen., vgl. STENT: Wandel..., a.a.O., S. 201.

c. Zusammenfassung

Die Wirtschaftsbeziehungen wurden sowohl in den USA als auch in Westeuropa und der Bundesrepublik als zentrale politische Instrumente für die Entspannungspolitik eingeschätzt. Allerdings lagen die Schwerpunkte auf beiden Seiten sehr unterschiedlich: Die USA neigten bei zunehmender Konfrontation zu einer Beschränkung ihrer Ostwirtschaftsbeziehungen, also zu einer Verknüpfung von politischem Wohlverhalten und wirtschaftlicher Hilfe. Auch hatten die Wirtschaftsbeziehungen aus amerikanischer Sicht immer eine stark sicherheitspolitische Komponente, durch die insbesondere Technologie-Exporte mit strengen Auflagen belegt wurden.

Die Bundesrepublik hingegen betonte, daß die Wirtschaftsbeziehungen einen stabilisierenden Einfluß auf das Ost-West-Verhältnis hätten und hob vor allem den langfristigen Charakter dieser Wirtschaftsbeziehungen hervor. Derartige Beziehungen stellten für sie schon einen Wert an sich dar. Wenn man sie kurzfristigen taktischen Erwägungen wie beispielsweise Sanktionen unterwerfe, nähmen sie Schaden. Aber auch wegen ihrer Abhängigkeit von einem funktionierenden Außenhandel bemühte sich die Bundesrepublik um eine Vielfalt von Absatzmärkten und um eine Diversifizierung ihrer Bezugsquellen unter Einschluß aller Staatshandelsländer.

3. Humanitäre Beziehungen

Die westliche Öffentlichkeit war anfangs nur schwer vom Nutzen umfassender Ost-West-Verhandlungen zu überzeugen. Nicht nur erinnerte man sich noch deutlich an die Jahre der akuten Gefahren von *Berlin-* und *Kuba-Krise*, auch Millionen Vertriebene, durch den Ost-West-Gegensatz getrennte Familien und politisch Verfolgte waren skeptisch, sowohl in Deutschland wie auch in den USA. Es war also nötig, der militärischen Sicherheit und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ein weiteres Versatzstück hinzuzufügen, das durch erneute Verknüpfung absicherte, daß in der Sowjetunion und Osteuropa ein friedlicher Wandel zugelassen werden

würde, oder, wie es die NATO formulierte: „*freer movement of people, ideas and information*“²⁶¹.

In diesem Rahmen muß man die großen Auswirkungen des multilateralen KSZE-Prozesses hervorheben, der auf der Grundlage der *Bukarester* und *Budapester Appelle* von Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre zu umfassenden Verhandlungen führte und durch die Verabschiedung der *KSZE-Schlußakte* in Helsinki am 1. August 1975 ein neues Stadium erreichte. Durch sie wurden die humanitären Beziehungen und insbesondere die Menschenrechte in Europa zwar nicht völkerrechtlich, wohl aber politisch einforderbar.²⁶² Der Helsinki-Prozeß ist ein hervorragendes Beispiel jener Verflechtung von Interessen, die den Entspannungsprozeß unumkehrbar machen sollten. Eines der wichtigsten Ergebnisse der ersten KSZE-Verhandlungen war die Tatsache, daß in der *Helsinki-Schlußakte* auch innergesellschaftliche Verhältnisse als legitimer Gegenstand internationaler politischer Kontrolle anerkannt wurde.

Allerdings gab es ein Mißverständnis: Für den Westen wurde Helsinki zum Synonym für Menschenrechte, wohingegen der Ostblock, insbesondere die Sowjetunion, Helsinki vornehmlich als eine Möglichkeit betrachtete, Europas wirtschaftliche Teilung zu überwinden und gleichzeitig seine politische Teilung zu besiegeln.²⁶³

Dennoch war mit der *Helsinki-Schlußakte* die Anspruchsgrundlage gelegt, auf die sich der Westen jederzeit berufen konnte. Grundsätzlich gibt es bei der westlichen Forderung nach Durchsetzung von größerer Freizügigkeit und Menschenrechten drei verschiedene Verhaltensweisen: 1. den eigenen Standpunkt klar zu machen und es dabei zu belassen; 2. den eigenen Standpunkt klar zu machen und die östli-

²⁶¹ Zitiert nach: GROLL, Götz von: Die Bedeutung der humanitären Fragen für die Beziehungen zwischen Ost und West in: JACOBSEN/MACHOWSKI/SAGER: Perspektiven..., a.a.O., S. 431-440 (432).

²⁶² Neben dem Korb III betrifft dies primär die im Prinzip VII des Dekalogs, der die „*Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit*“ garantierte, zitiert nach: JOPP, Mathias et. al.: Zehn Jahre KSZE-Prozeß. Bilanz und Perspektiven gesamteuropäischer Zusammenarbeit in APuZ B37/1985, S. 3-24 (7). Zum Einfluß der KSZE insgesamt vgl. die neue Analyse von SCHLOTTER, Peter: Die KSZE im Ost-West-Konflikt: Wirkung einer internationalen Institution, Frankfurt a.M. 1999.

²⁶³ Vgl. MASTNY, Vojtech: Helsinki, Human Rights and European Security. Analysis and Documentation, Durham 1986, S. 47.

chen Machthaber mit Hilfe von Anreizen zu überzeugen, die Situation zu erleichtern; 3. Verletzungen zu verurteilen und Druck auszuüben.²⁶⁴ Wird gar keine Forderung gestellt, ist eine Reaktion nicht erforderlich; werden sie zu massiv gestellt, rufen sie pauschale Abwehrreaktionen hervor, die sich oft auf das *Prinzip der Nichteinmischung* beziehen.²⁶⁵ Zu welcher dieser drei Varianten man greifen sollte, um diesen Anspruch durchzusetzen, darüber gab es erhebliche Differenzen zwischen den USA und Westeuropa, insbesondere der Bundesrepublik.

a. Vereinigte Staaten von Amerika

Wie oben angedeutet, hat Moral in der amerikanischen Politik Kontinuität. Mit ihrer zweihundertjährigen demokratischen Tradition beanspruchen die USA, das Land zu sein, wo Unterdrückte aus der ganzen Welt Zuflucht finden und sowohl ihre persönlichen, religiösen, politischen und sozialen als auch wirtschaftlichen Vorstellungen verwirklichen können.²⁶⁶

Die amerikanische Menschenrechtspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg zielte vor allem in zwei unterschiedliche Richtungen, einerseits auf den Kommunismus, insbesondere auf die innere Politik der Sowjetunion, und andererseits auf Länder der Dritten Welt, deren Defizite die USA zum Anlaß nehmen konnte, bestimmte Tendenzen ihrer Weltordnungspolitik durchzusetzen. Diese Politik war jedoch selten konsistent. Sie war immer abhängig von sicherheitspolitischen Erwägungen, nie neutral gegenüber amerikanischen Wirtschaftsinteressen und reagierte auf spezifische historische Situationen.²⁶⁷

Unter Eisenhower und Kennedy wurde die Menschenrechtspolitik nur zögernd durchgesetzt.²⁶⁸ Anfang der 70er Jahre allerdings wurde die Menschenrechtspoli-

²⁶⁴ Vgl. GARTHOFF: *Détente...*, a.a.O., S. 1123-4.

²⁶⁵ Ein Beispiel dafür, daß politischer Druck wenig ausrichtete, war die verstärkte Anwendung des *Jackson-Vanik-Amendments* 1979 durch Carter. Nach 1970 war die Anzahl der Ausreise von Juden aus der UdSSR nicht so niedrig gewesen wie zu dieser Zeit.

²⁶⁶ Auch dies ist nicht immer gewährleistet, denn in den USA sind eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen gang und gäbe, vgl. SCHISLER, Jakob: *Menschenrechte*, in: *Länderbericht USA*, Bonn² 1992, Bd. 2, S. 76-79 (76).

²⁶⁷ Vgl. SCHISLER: *Menschenrechte*, a.a.O., S. 77. Vgl. dazu ebenso: VOGELANG, Sandy: *American Dream, Global Nightmare: The Dilemma of U.S. Human Rights Policy*, New York/London 1980.

²⁶⁸ Das lag einerseits am Vietnamkriegs, andererseits an der Verweigerungshaltung des Kongresses.

tik aus zwei Gründen in einer sehr komplexen Weise Teil der amerikanischen Politik, zum einen vertreten durch die Konservativen, die mit der Verfolgung der Menschenrechte ein Gegengewicht zu Nixon/Kissingers Entspannungspolitik setzen wollten, zum anderen verfochten von den Linksliberalen als Reaktion auf den Vietnam-Krieg und die amerikanische Lateinamerika-Politik.²⁶⁹

Nixon und insbesondere Kissinger wiesen der gesellschaftlicher Fragen im allgemeinen und der Menschenrechtsfrage im besonderen verhältnismäßig wenig Bedeutung zu. Sie bekannten sich zwar zu den Menschenrechten, stellen diese aber nicht ins Zentrum ihrer Außenpolitik.²⁷⁰ Sie gingen prinzipiell von souveränen, wertneutral zu sehenden Staaten aus, in deren innere Angelegenheiten sich niemand einmischen sollte. Am KSZE-Prozeß hat sich die amerikanische Regierung deshalb auch kaum beteiligt, weil sie ihn nicht für besonders relevant hielt. Er galt ihnen lediglich als Tauschobjekt, um andere für den Westen wichtige Ziele zu erreichen, wie etwa ein *Berlin-Abkommen*, die Zustimmung der UdSSR zu Verhandlungen über Truppenreduzierungen in Mitteleuropa und sowjetische Zurückhaltung bei Konflikten und Rivalitäten außerhalb von Europa. Allein die Teilnahme des Westens am KSZE-Projekt war ihrer Meinung nach bereits ein Zugeständnis gegenüber dem Ostblock.²⁷¹

Allerdings zeigte Kissinger Verständnis für die Anliegen der europäischen Verbündeten, denen die KSZE-Bestimmungen zur menschlichen Dimension der Ost-West-Beziehungen sehr wichtig waren. Kissinger war bereit, die Präferenzen der Europäer weitgehend zu beachten, allein schon um die Geschlossenheit des westlichen Bündnisses zu gewährleisten und vor allem, um die von Washington maßgeblich gestaltete gemeinsame Sicherheitspolitik nicht zu gefährden.²⁷²

²⁶⁹ Vgl. SCHISSLER: Menschenrechte, a.a.O., S. 70.

²⁷⁰ Vgl. PFLÜGER: Die Menschenrechtspolitik ..., a.a.O., S. 42.

²⁷¹ Vgl. KISSINGER: Memoiren 1968-1973, a.a.O., S. 445-447.

²⁷² Vgl. BIRNBAUM, Karl E.: Die Führungsmächte, die KSZE und die beiden deutschen Staaten, in: BIRNBAUM, Karl E./Ingo PETERS (Hrsg.): Zwischen Abgrenzung und Verantwortungsgemeinschaft. Zur KSZE-Politik der beiden deutschen Staaten 1984-1989, Baden-Baden 1990, S. 18-32 (22-23). Am Ende der KSZE-Verhandlungen in Genf verfolgten die USA jedoch eine rigorosere Position, denn es war Kissinger vor allem aus innenpolitischen Gründen daran gelegen, gegenüber der Sowjetunion eine harte Gangart zur Schau zu tragen. Kissingers Einsatz hat dazu geführt, daß die UdSSR schließlich zu weitgehende Zugeständnissen in Menschenrechtsfragen bereit waren, vgl. EBENDA.

Erst nach der Unterzeichnung der *KSZE-Schlussakte* sind die USA mit der neuen Regierung Carter zu einem Hauptbefürworter der Menschenrechte geworden.²⁷³ In der amerikanischen Öffentlichkeit hatte sich bis dahin der Eindruck gehalten, daß es in Helsinki zu einem Ausverkauf westlicher Interessen an die Sowjets gekommen sei. Unter Carter „entdeckte“ man plötzlich die bisher weitgehend unbeachteten Aussagen der *KSZE-Schlussakte* zu den Menschenrechtsfragen und die KSZE-Konferenz wurde im Sprachgebrauch zur *Human Rights Conference*.²⁷⁴

Im Zuge ihrer neuen Politik berief sich die Carter-Administration immer wieder auf die Grundsätze von Helsinki und bezichtigte die UdSSR und andere Staaten des Ostens mit lautstarken, weltweit publizierten Angriffen schwerer Verletzungen der eingegangenen Verpflichtungen, so z. B. beim ersten KSZE-Folgetreffen in Belgrad 1977-1978.²⁷⁵ Zwar hat die Carter-Administration immer versichert, daß die Ausrichtung auf Menschenrechte die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen nicht beeinträchtigen sollte, aber aufgrund der Sensibilität des Themas wurde dies zwangsläufig zu einer Belastung und war letztlich kontraproduktiv.²⁷⁶ Deshalb wurde auch Carter gezwungen, sich gegen Ende seiner Amtszeit bezüglich dieses Themas zu mäßigen. Er änderte Ebene und Intensität seiner Politik, sie wurde auf eine vom Tagesgeschehen abgehobene Ebene gebracht, teilweise zurückgenommen und letztlich nur noch mit Technologietransfer verknüpft.²⁷⁷

Ein Erfolg der amerikanischen Menschenrechtspolitik unter Carter war, daß die prekäre Lage der unterdrückten Völker in den Satellitenstaaten des Ostblocks in

²⁷³ Zu Carters Menschenrechtsansatz vgl. CARTER, Jimmy: *Keeping Faith. Memoirs of a President*, Toronto usw. 1982, S 141-151; MOWER Jr., A. Glenn: *The Uncertain Crusade: Jimmy Carter and the Dilemmas of Human Rights Policy*, Lanham u.a. 1986. Doch verfolgte er die Menschenrechte durchaus nicht nur aus moralischen Gründen, „*it was also based in part on political calculation that such a stance could attract neoconservatives, anti-Soviet partisans on the right and idealists on the left, all without really affecting the substance of U.S. Soviet relations*“, vgl. GARTHOFF: *Détente...*, a.a.O., S. 569.

²⁷⁴ Einige mögen in dieser neuen Fokussierung auf die Menschenrechte die Gelegenheit gesehen haben, die Verhältnisse in der Sowjetunion aktiv zu verändern, doch ein großer Teil der Öffentlichkeit war tatsächlich der Meinung, daß Außenpolitik nach dem Desaster des Vietnam-Krieges idealistische Ziele verfolgen sollte, vgl. SCHWEIGLER: *Von Kissinger...*, a.a.O., S. 13.

²⁷⁵ Vgl. dazu den Sammelband von VOLLE, Hermann/Wolfgang WAGNER (Hrsg.): *Das Belgrader KSZE-Folgetreffen. Der Fortgang des Entspannungsprozesses in Europa*, Bonn 1978. Zu einer weiteren Auseinandersetzung um die Menschenrechte kam es beim Folgetreffen in Wien, vgl. BLOED, Arie (Hrsg.): *The Human Dimension of the Helsinki Process: The Vienna Follow-up Meeting and its Aftermath*, Dordrecht usw. 1991.

²⁷⁶ Vgl. GARTHOFF: *Détente...*, a.a.O., S. 573.

²⁷⁷ Vgl. SCHISSLER: *Menschenrechte*, a.a.O., S. 77.

das Zentrum der Aufmerksamkeit rückte. Die USA versuchten immer wieder, wenn auch nicht konsequent, die Abhängigkeit der Ostblockstaaten von der Sowjetunion zu verringern und die Opposition innerhalb dieser Länder, wie beispielsweise die *Solidarność*, zu unterstützen.²⁷⁸ Als dann 1981 in Polen das Kriegsrecht ausgerufen wurde, verhängte die neue Administration Reagan harte Sanktionen gegenüber Polen, doch auch hier galt, was für Sanktionen im allgemeinen gilt: Sie trafen nicht die Verantwortlichen, es war die Bevölkerung, die unter ihnen zu leiden hatte.

Reagans Rhetorik war der Carters ähnlich, doch machte er die Menschenrechte nicht zu seinem zentralen Anliegen.²⁷⁹ Er und sein Außenminister Schultz schienen verstanden zu haben, daß man mit stiller Diplomatie (*silent diplomacy*) langfristig mehr erreichte. Reagans Auffassung zu diesem Thema lautete: „*I'm not playing games. I'm not trying to push you in a corner publicly. [...] I simply want people to be allowed to get out, and if you let them go, I won't crow about it.*”²⁸⁰ Die amerikanische Regierung vertrat diese Haltung konsequent seit ihrer erneuten Wende in der Entspannungspolitik im Jahre 1983/84 und aufgrund des sowjetischen Interesses an Ausgleich auch mit zunehmendem Erfolg.

b. Bundesrepublik Deutschland

Menschenrechte und Moral als Prinzip spielen in der Politik Westeuropas eine viel geringere Rolle als in den USA. Das liegt vor allem daran, daß viele europäische Nationen grundsätzlich neutralere Vorstellungen vom Staat als politischem System haben. Außerdem sind die meisten durch ihre historische Entwicklung belastet, z. B. durch eine lange andauernde koloniale Vergangenheit oder, wie die Bundesrepublik Deutschland, durch den Holocaust.

Das bedeutet jedoch nicht, daß die humanitären Beziehungen zu den Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs in Europa weniger wichtig gewesen wären, im Gegenteil. Die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Ost und West erfüllte für

²⁷⁸ Die Begrenzung des Handels oder der Kreditvergabe seitens der USA führte allerdings in einigen Fällen dazu, daß die betroffenen Ostblockstaaten in eine noch größere Abhängigkeit zur Sowjetunion gerieten, vgl. KNAPP, Manfred: Die Außenpolitik im Verhältnis zur Sowjetunion und Osteuropa, in: Länderbericht USA, Bonn² 1992, S. 131-152 (143).

²⁷⁹ Vgl. PFLÜGER: Die Menschenrechtspolitik..., a.a.O., S. 346-349.

die westeuropäischen Länder keinen prinzipiellen moralischen, sondern einen ganz praktischen Zweck, da die Folgen der Teilung unmittelbar in das Leben vieler eingegriffen hatten.²⁸¹ Die sich aus der Teilung ergebenden Belastungen und Gefahren sollten gemildert und bewältigt werden, das war für ganz Westeuropa und ganz besonders für die Bundesrepublik der vorrangige Antrieb für die *Ostpolitik* gewesen.²⁸²

Die Interessen der Bundesrepublik lagen insbesondere in verbesserten Beziehungen zur DDR, zu Polen und der Tschechoslowakei, wo große Teile der ehemaligen deutschen Ostgebiete lagen. Hilfe für die dort noch lebenden Deutschen und die Aussöhnung der Völker waren ihr ein vorrangiges Anliegen. Durch die kontinuierlichen Konsultationen auf politischer Ebene, der Arbeit von Jugendforen, der kirchlichen und gewerkschaftlichen Zusammenarbeit, einer Schulbuchkommission zwischen der Bundesrepublik und Polen²⁸³ und nicht zuletzt durch vielfältige regionale und private Initiativen wuchs das gegenseitige Vertrauen zwischen den Menschen und nicht zuletzt auch die Zahl der Ausreisen Deutschstämmiger.²⁸⁴

Kissinger und Nixon verfolgten die Frage der humanitären Beziehungen nicht mit der gleichen Priorität wie z. B. die Bundesrepublik, es entstand ganz im Gegenteil in Westeuropa der Eindruck, daß es bei der amerikanischen Entspannungspolitik überhaupt nicht um die Menschen ging, sondern daß sie über die Köpfe der Menschen hinweg vor allem auf militärstrategische Angelegenheiten ausgerichtet war. Die KSZE wurden seitens der USA nur verhältnismäßig passiv begleitet, was die

²⁸⁰ Zitiert nach: SHULTZ: Turmoil..., a.a.O., S. 1095, vgl. auch S. 266.

²⁸¹ „Wir betrachten es als eines der positivsten Ergebnisse der KSZE, daß die Schlußakte von Helsinki der freiheitlichen und humanistischen Tradition Europas Rechnung trägt“, so der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Günther VAN WELL in seiner Eingangserklärung auf dem KSZE-Folgetreffen in Belgrad am 5.10.1977, abgedruckt in: Auswärtiges Amt (Hrsg.): Menschenrechte in der Welt. Konventionen, Erklärungen, Perspektiven, Bonn 1985, S. 153.

²⁸² Zur Frage der KSZE und der Menschenrechte gibt es eine Reihe von Literatur, vgl. z. B. BLUMENWITZ, Dieter u.a.: Die KSZE und die Menschenrechte. Politische und rechtliche Überlegungen zur zweiten Etappe, Berlin 1977; KRIELE, Martin: Die Menschenrechte zwischen Ost und West, Köln 1977; KRÜGER, Eckhard: Menschenrechtsrealisierung nach der KSZE?, in: DELBRÜCK, Jost u.a. (Hrsg.): Grünbuch zu den Folgewirkungen der KSZE, Köln 1977, S. 177-195; LUCHTERHANDT, Otto: Die Menschenrechte in den Ost-West-Beziehungen und die Bürgerrechtsbewegungen in Osteuropa, in: APuZ B48/1983, S. 11-22.

²⁸³ Vgl. dazu z. B.: ARNOLD, Udo: Schulbuchgespräche zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR Polen, in: JACOBSEN, H.-A.: BRD-VR Polen..., a.a.O., S. 328-364; MARKIEWICZ, Wladyslaw: Die Tätigkeit der UNESCO-Schulbuchkommission der VR Polen und der Bundesrepublik Deutschland (1972-1976), in: JACOBSEN, H.-A.: BRD-VR Polen..., a.a.O., S. 365-379.

Befürchtung der Westeuropäer verstärkte, daß die Amerikaner an Europa nur ein zweckmäßiges Interesse hätten. Europa könnte im Zweifel geopfert oder doch zumindest allein gelassen werden.²⁸⁵

Diese Angst wich nicht völlig, änderte sich aber, als die amerikanische Regierung unter Carter ihre massive Menschenrechts-Kampagne begann, die sich zur bisherigen Verhaltensweise fast konträr ausnahm. Schmidt stellte sich in offener Ablehnung dagegen. Er befürchtete, daß die durch die Entspannungspolitik bisher erreichten Verbesserungen in Folge einer solchen Politik in Gefahr geraten könnten. Ihm, wie auch vielen anderen Westeuropäern erschien dieser vehemente Angriff gegenüber dem Ostblock unüberlegt und übertrieben. *„Der missionarische Eifer der amerikanischen Administration hat es uns nach 1976 schwergemacht, Deutsche in schwieriger Lage aus der Sowjetunion oder anderen osteuropäischen Staaten herauszuholen. Das ging in aller Regel nur leise; sobald öffentlicher Druck eine Prestigeangelegenheit daraus machte, hatten es die Gutwilligen auf der anderen Seite schwer, sich gegen Widersacher durchzusetzen.“*²⁸⁶ Nicht nur Schmidt, sondern auch die christlich-liberale Koalition haben an diesen Weg geglaubt, d.h. an den leisen Dialog, bei dem durch wirtschaftliche oder andere Anreize direkte Verbesserungen für die Menschen erreicht werden konnten.

Als sich die Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion verschlechterten, bestand Übereinkunft zwischen den Europäern darüber, daß der Dialog mit der Sowjetunion aufrecht erhalten werden müsse, um die erreichten Verbesserungen für die Menschen zu bewahren. Kanzler Schmidt fuhr 1980 nach Moskau und betonte die Notwendigkeit der *„Wiederaufnahme der [...] Gespräche, die ja gerade in schwierigen Zeiten zur Krisenbeherrschung unumgänglich sind.“*²⁸⁷ Das Problem dieser Bewahrungsstrategie war, daß sie die Stabilität der bisherigen Be-

²⁸⁴ Vgl.: JACOBSEN, H.-A.: BRD-VR Polen..., a.a.O., S. 40.

²⁸⁵ Vgl. HACKE: Die Ära..., S. 155-160.

²⁸⁶ SCHMIDT: Menschen..., a.a.O., S. 85

²⁸⁷ Zitiert nach STENT: Handel..., a.a.O., S. 199. Der französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing war ebenfalls mit Breschnew einige Wochen zuvor in Warschau zusammengetroffen.

ziehungen den Menschenrechten voranstellte, wie es Schmidt später selbst einräumte.²⁸⁸

Der Aufstand der polnischen Opposition, eigentlich ein Hoffnungsschimmer, stürzte die bundesdeutsche Regierung dann auch in ein Dilemma.²⁸⁹ *Solidarność* stellte einen Großteil der bisherigen *Ostpolitik* in Frage, und die Bonner Regierung betrachtete sie eher als Bedrohung denn als Chance. Das lag daran, daß sie nicht nur die Widersprüche innerhalb des kommunistischen Systems, sondern auch die inneren Widersprüche der Entspannung offenbarte. Der Westen und insbesondere die deutschen Regierungen hatten sich mit den Regierungsspitzen in Warschau arrangiert und pflegten diese Beziehungen. Anfangs hatten sie erklärt, daß sie der Geiseln wegen sogar mit den Kidnappern sprächen.²⁹⁰ Inzwischen aber waren einige osteuropäische Regierungen, besonders die polnische, zu annähernd gleichwertigen Partnern geworden. Hinzu kam, daß es viel zu heikel erschien, die erprobten Strategien zu verändern, auch wenn so seit längerer Zeit keine Fortschritte mehr erzielt worden waren: Mitten im Strom wechselte man nicht die Pferde, so Bahr noch 1989.²⁹¹

Die Beziehungen zur Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei verbesserten sich ab Ende der 70er Jahre jedoch kaum noch. Doch die innerdeutschen Kontakte litten nicht übermäßig unter der Verschlechterung des globalen politischen Klimas. Es kam im Gegenteil zu einer deutsch-deutschen *Mini-Détente* 1983/84, in deren Zuge Honecker die Mittelstreckenraketen der USA und der UdSSR als „Teufelszeug“ bezeichnete. Überdies begann die DDR nach der Gewährung von zwei Milliarden-Krediten, Ausreiseerleichterungen vorzunehmen und Selbstschußanlagen an den Grenzen abzubauen. Hier wird ein weiteres Mal deutlich, daß die

²⁸⁸ Vgl. GARTON ASH: *Im Namen...*, a.a.O., S. 135. Allein die Grünen pflegten einen ausführlichen Dialog mit den Oppositionskräften im Ostblock, was zu Verunsicherungen sowohl auf deutscher, als auch auf amerikanischer Seite führte, vgl. DUNBABIN: *The Cold War...*, a.a.O., S. 280.

²⁸⁹ Das wurde besonders am 3. Mai 1982 deutlich wurde, als verschiedene polnische Intellektuelle die Deutschen dazu aufriefen, genau die Sanktionen zu erlassen, zu denen die Regierung Reagan gegriffen hatte, vgl. GARTON ASH, Timothy: *The Polish Revolution: Solidarnosc*, London² 1991, S. 336.

²⁹⁰ „Die Menschen im anderen Teil Deutschlands sollen nicht darunter leiden, daß sie unter einem von ihnen nicht frei gewählten Regime leben müssen“, so schon Kiesinger, zitiert nach BENDER: *Die „Neue Ostpolitik“...*, a.a.O., S. 150.

²⁹¹ Zitiert nach GARTON ASH: *Im Namen...*, a.a.O., S. 483.

Ostpolitik der Bundesregierung vornehmlich auf eine deutsch-deutsche Verständigung zielte.

c. Zusammenfassung

Bonn und Washington hatten traditionell sehr unterschiedliche Ziele und auch sehr unterschiedliche Auffassungen darüber, mit welchem Mittel man in der Frage der humanitären Beziehungen der UdSSR gegenüberzutreten sollte. Unter Kissinger und Nixon kamen diese Differenzen nicht so deutlich zum Vorschein, weil den Menschenrechten und den humanitären Beziehungen allgemein im *grand design* eine geringe Bedeutung zukam. In der Bundesrepublik hingegen waren die Verbesserung der menschlichen Kontakte, die Freizügigkeit, eines der Hauptanliegen der *Ostpolitik* und wurde durch kontinuierliche und langanhaltende Anstrengungen auf allen Ebenen gefördert.

Zum Ausbruch des Konflikts kam es nach der Wahl Carters zum US-Präsidenten. Während er die UdSSR öffentlich auf ihre Menschenrechtsverletzungen hinwies, haben westdeutsche Politiker diesbezüglich meist Schweigen bewahrt. Sie bevorzugten es, die sowjetische Politik mit ruhiger Diplomatie hinter den Kulissen zur Mäßigung anzuhalten und haben damit auch oft mehr Erfolg gehabt.²⁹²

Daß die Bundesrepublik leise und vorsichtig vorging, lag aber auch daran, daß sie abhängiger und viel eher erpreßbar war, z. B. durch die Heraufbeschwörung alter Feindbilder oder die Beschränkung der Zahl deutscher Aussiedler. Für die USA war die Situation einfacher, deshalb konnten sie bei ihrer – zugegeben starken – Unterstützung der Opposition auch ein hohes Risiko eingehen: „*Civil war in Poland did not look too high a price to pay for accelerating the collapse of the Soviet empire – particularly if you were sitting in Washington.*“²⁹³ Aber selbst Carter und später Reagan haben sich zunehmend gemäßigt und der *silent diplomacy* im Laufe ihrer Regierungszeit einen immer größeren Stellenwert zugemessen.

²⁹² Ein Beispiel dafür, daß politischer Druck wenig ausrichtete, war die verstärkte Anwendung des *Jackson-Vanik-Amendments* 1979 durch Carter. Nach 1970 war die Anzahl der Ausreise von Juden aus der Sowjetunion nicht so niedrig gewesen wie zu dieser Zeit.

²⁹³ GARTON ASH: *The Polish...* a.a.O., S. 328.

V. Schwerpunkte der amerikanischen und deutschen Entspannungspolitik

Bei der Analyse der drei Problemfelder im letzten Kapitel hat sich herauskristallisiert, daß die bundesdeutsche und die amerikanische Vorgehensweise in der Entspannungspolitik – bei allen äußerlichen Gemeinsamkeiten – entsprechend ihrer unterschiedlichen Interessen sehr deutlich voneinander abwichen.

Die Konzentration der USA auf strategische Abrüstung und nationale Sicherheit entsprach ihrer geographischen Lage, ihrem Großmachtdenken, ihren Traditionen und globalen Interessen. Diese Aspekte bedingten ganz folgerichtig die amerikanische *détente*-Politik unter Nixon/Kissinger wie auch die Entspannungspolitik der folgenden Administrationen. Sicherheitserwägungen standen in den USA vor allen anderen Zielen. Die Strategie änderte sich allerdings im Laufe der Administrationen: Unter Nixon/Kissinger und Ford stand die strategische Abrüstung im Vordergrund, unter Reagan bis 1985 die Demonstration der eigenen Macht durch Stärke.

Die wirtschaftliche Kooperation mit den östlichen Staaten oder die Verbesserung der humanitären Bedingungen dort nahmen in der amerikanischen Entspannungspolitik eine eher nachrangige Rolle ein und waren mehr Mittel im Rahmen von *linkage* als Ziel an sich. Sie wurden für sicherheitspolitische Ziele instrumentalisiert. Die wirtschaftlichen Beziehungen benutzten die USA nach der Ära Kissinger vor allem in Form negativer Anreize, nämlich als Sanktionen, um die Ostblock-Staaten zu einem konformeren Verhalten zu bewegen. Daß der humanitäre Aspekt in der amerikanischen Außenpolitik ab Ende der 70er Jahre eine größere Bedeutung erlangte, gründete nicht auf den ursprünglichen Intentionen der Entspannungspolitik, sondern stand ihr sogar eher im Wege. Denn die laute und unsensible Art und Weise, wie die USA die Beachtung von Menschenrechten einklagten, war eher kontraproduktiv.

Sicherheit war auch eines der zentralen Anliegen der Bundesrepublik, doch führte das zu einer vollständig anderen Politik, denn die Sicherheitsinteressen der Europäer unterschieden sich deutlich von denen der Amerikaner, da der *Feind* nicht durch einen Ozean getrennt, sondern in unmittelbarer Nachbarschaft war und sich *Geiseln* in seiner Gewalt befanden. Deshalb wichen ihre Ansichten über die Mit-

tel, wie Sicherheit zu erreichen sei, erheblich von denen der USA ab. Der Weg zur Sicherheit in Europa führte für die Bundesrepublik neben Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte und die Mittelstreckenwaffen besonders über eine langfristige wirtschaftliche Verflechtung, die einen Zustand des Krieges unerwünscht werden ließ und über Freizügigkeit, die allen menschliche Erleichterungen brachte.

Aus diesem Grund widmete sie ihre besondere Aufmerksamkeit den wirtschaftlichen und humanitären Beziehungen zu Osteuropa. Kontinuierliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Kontakte wurden als genuine Maßnahmen der Friedenssicherung aufgefaßt. Jede Form der Zusammenarbeit sah man als Fortschritt, doch darin lag auch eine Gefahr. Die von der Bundesrepublik bevorzugte positive Anreizstrategie vor allem im wirtschaftlichen Bereich barg das Risiko, daß Zugeständnisse gemacht wurden, ohne daß das gewünschte Verhalten der Gegenseite garantiert war.

VI. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

„It may be that the west prevailed during the Cold War not so much because of the success of its institutions or the wisdom of its leaders – although surely there was some of both – as because the conflict just happened to take place at the moment in history when the conditions that had for thousands of years favored authoritarianism suddenly ceased to do so.“²⁹⁴

1. Übereinstimmungen und Konflikte in der Entspannungspolitik

Will man die verschiedenen Spielarten einer Politik vergleichen, kann man das auf unterschiedlichen Ebenen tun. Staaten können gemeinsame Ziele oder Interesse durch gemeinsame oder separate Instrumentarien verfolgen, oder aber sie versuchen, unterschiedliche Ziele oder Interessen mit gemeinsamen oder auch mit unterschiedlichen Instrumentarien durchzusetzen.²⁹⁵ In der Entspannungspolitik

²⁹⁴ GADDIS: We Now..., a.a.O., S. 295.

²⁹⁵ Vgl. GARTON ASH: Im Namen..., a.a.O., S. 64.

kamen viele Spielarten zum Einsatz, meist waren sie so miteinander verwoben, daß ein einzelnes Verhalten schwer zu identifizieren ist.

Zusammenfassend kann jedoch festgestellt werden, daß die Interessen und Strategien in der amerikanischen und der deutschen Entspannungspolitik verhältnismäßig wenige Gemeinsamkeiten hatten. Die USA versuchten, mit einem globalen und weitreichenden Ansatz der Entspannung den bipolaren Konflikt einerseits zu entschärfen, andererseits aber aufrechtzuerhalten. Mit Hilfe des *linkage* wurden dabei die ihnen besonders wichtigen strategischen sicherheitspolitischen Aspekte mit allen anderen Aspekten verknüpft.

Der Blick der Bundesrepublik war erklärlicherweise stärker auf Europa gerichtet, und die Politik hatte vor allem zum Ziel, die schmerzlichen Folgen der Teilung des Kontinents zu überwinden und eine Stabilität herzustellen, die die Gefahr eines Krieges einschränkte. Dabei setzte sie vor allem auf einen Ausgleich durch Verträge mit den Nachbarländern und den Aufbau wirtschaftspolitischer und humanitärer Beziehungen. Durch eine Annäherung auf diesen Gebieten sollte eine langfristige Verbesserung der Beziehungen induziert werden.

Somit wird deutlich, daß unterschiedliche Interessen zwischen den USA und der Bundesrepublik existierten und ebenso unterschiedliche Instrumentarien eingesetzt wurden. Dennoch liefen die Entwicklungen eine Zeitlang ähnlich. Wie ist ein solches Verhalten zu erklären? Eine mögliche Deutung wäre, daß jede Seite der anderen ein so großes Maß an Freiraum ließ, daß sich die Unterschiedlichkeiten nicht im Weg standen. Sie liefen vielmehr parallel, und durch das gesunde Mißtrauen beider Seiten dem jeweils anderen gegenüber entstand eine Art *checks and balances*-System.

Eine andere Erklärung für die zeitweise ähnliche Entwicklung könnte sein, daß die Interessen des einen Staates die des anderen ergänzten. Die Wünsche einer Seite konnten als Instrument zur Erreichung der Absichten des anderen benutzt werden; das ist *linkage* in seiner vollkommensten Form. Die *Ostpolitik* der Bundesrepublik zwang die Supermächte einerseits dazu, unterhalb ihrer bilateralen Interessensphären den Europäern Zugeständnisse zu machen, umgekehrt wurde in diesem Wechselprozeß die *Ostpolitik* atlantisch verankert. Nur so erhielt der

Entspannungsprozeß die Zustimmung auf allen Ebenen, die er brauchte, um zu einer langanhaltenden und weltweiten Entwicklung zu werden.

Dieser Zustand hielt solange an, bis sich die Interessen der USA und der Bundesrepublik unvereinbar kreuzten. Solange *Ostpolitik* gleichbedeutend mit einer Stabilisierung des *status quo* gewesen war, paßte sie hervorragend in Kissingers Konzept der Ost-West-Beziehungen. Als aber die Regierungen in Bonn sich nicht bereit zeigten, ihre Entspannungserfolge in Mitteleuropa für ein einheitliches westliches Vorgehen bei Konfrontationen in anderen Weltregionen aufzugeben, wuchsen in Washington die Sorgen. Die Essenz des Streits war die Frage, ob Entspannung teilbar sei. „*Eine differenzierte Entspannung, mit der die Verbündeten hoffen, ihre guten Beziehungen zur Sowjetunion zu schützen, kann das Bündnis nur spalten und schließlich zu katastrophalen Konsequenzen in Europa führen*“²⁹⁶, so formulierte es Nixon in einem Brief an Brandt schon 1973.

An dieser Frage offenbarten sich in der folgenden Zeit immer wieder die Unterschiede im Ansatz, die der deutschen und der amerikanischen Entspannungspolitik zugrunde lagen. Besonders deutlich wurde dieser Konflikt, als die von Kissinger konzipierte *détente*-Politik endete. Mit der erneuten scharfen Auseinandersetzung der Systeme unter Carter und Reagan standen sich die Politiken sogar fast unvereinbar gegenüber. Daß das Dilemma, das sich für die Bundesrepublik daraus ergab, nicht zu einem folgenreichen Konflikt im atlantischen Bündnis führte, ist das Verdienst der deutschen Außenpolitik, des sogenannten Genscherismus, gewesen. Diese Art der Außenpolitik beinhaltete meist Zugeständnisse an beide Seiten, ständiges vorsichtiges Lavieren und ein Vorliebe dafür, möglichst keine endgültigen Entscheidungen treffen zu müssen. Oder auch, wie anekdotisch formuliert wurde: Ein entschiedenes „Sowohl-als-auch“. Durch diese scheinbare Unentschiedenheit und Wolkigkeit ist es der Bundesrepublik tatsächlich gelungen, die eigenen Erfolge der *Ostpolitik* zu wahren, ohne die atlantischen Beziehungen zu gefährden. Aber man muß betonen, daß nicht nur Genscher, der ab 1974 Außenminister war, sondern alle deutschen Bundesregierungen, sowohl die unter der sozialliberalen wie unter der christlich-liberalen Koalition, diesen Stil vertraten.

²⁹⁶ Zitiert nach: KISSINGER: Memoiren 1973-1974, a.a.O., S. 839.

Die Unterschiede in den beiden Spielarten der Entspannungspolitik waren von Anfang an deutlich, haben aber nie dazu geführt, daß sie sich gegenseitig völlig blockierten. Es schließt sich hier sogar die Frage an, ob die Entspannungspolitik vielleicht gerade aufgrund der Unterschiedlichkeiten in den Ansätzen wirksam war. Doch die Frage geht noch weiter: War sie überhaupt wirksam? Was hat sie denn tatsächlich erreicht?

2. Wirksamkeit und Erfolge der Entspannungspolitik

Die Entspannung war kein einheitlicher Prozeß. Die vielen kleinen und großen Schritte konnten selten in allen ihren Auswirkungen vorausgesehen werden. Manche wirkten in Richtung Entspannung, manche wirkten ihr entgegen, einige taten beides zugleich. „*Détente has not been tried and failed. Nor was détente betrayed by one side or one action.*”²⁹⁷

Wie so oft ist auch hier im nachhinein kaum festzustellen, welche tatsächlichen Erfolge eine bestimmte Politik hatte, denn dazu sind die Wirkungen innerhalb eines Systems zu komplex. Wie will man z.B. die politischen Auswirkungen von kulturellem Austausch messen? Wie unterscheidet sich der Effekt, den die Bundesrepublik aufgrund ihrer bloßen Existenz, ihres Wohlstands, ihrer Demokratie auf die DDR hatte und dem Einfluß, der aus ihrer bewußten Politik resultierte? Jede Aussage über einen kausalen Zusammenhang zwischen westlicher Außen- und östlicher Innenpolitik muß deshalb zumindest teilweise hypothetisch sein.²⁹⁸ Aber dennoch gibt es sichtbare Erfolge der jeweiligen Politik, die – gemessen an den jeweiligen Interessen – zu konstatieren sind.

Dazu gehören auf amerikanischer Seite vor allem Erfolge in den Rüstungskontroll-Verträge zu Beginn der 70er Jahre und bei deren Fortsetzung bis 1989. Die Begrenzung der amerikanischen Präsenz, ohne dabei den universalen Anspruch als Vormacht der „freien Welt“ aufzugeben, ist ihnen ebenfalls gelungen. Auch die Zurückdrängung des Kommunismus in der Dritten Welt kann durchaus als Folge der konsequenten und harten Haltung der USA gewertet werden. Mit der konsequenten Aufrechterhaltung des *Gleichgewichts des Schreckens* haben sie auf

²⁹⁷ GARTHOFF: *Détente...*, a.a.O., S. 1089.

²⁹⁸ Vgl. GARTON ASH: *Im Namen...*, a.a.O., S. 68.

haben sie auf ihre Weise dazu beigetragen, den „Nicht-Krieg“ zu gewährleisten und den *status quo* zu stabilisieren. Durch die kontinuierliche Aufrüstung und Verbesserung in der amerikanischen Waffentechnik haben es die USA geschafft, daß die Sowjetunion in diesem Wettlauf nicht mehr mithalten konnte und sich finanziell übernahm.

Zur positiven Bilanz der deutschen *Ostpolitik* gehören Aspekte wie die *Politik der offenen Tür*, die Verflechtungspolitik oder die Menschenrechtspolitik der *Helsinki-Schlußakte*. Die Verträge mit Polen und der Sowjetunion sowie den anderen osteuropäischen Staaten waren ein wesentlicher Beitrag zur europäischen Friedenspolitik der siebziger Jahre, die die Annäherung zwischen den Völkern nicht nur ermöglicht, sondern ganz entscheidend unterstützt hat: in ihrer Folge gab es kulturelle, wissenschaftliche und Jugend-Austauschprogrammen, der Tourismus wurde erleichtert und einer großen Anzahl Osteuropäer wurde dadurch der Besuch (und häufig sogar die Arbeit) in der Bundesrepublik ermöglicht.²⁹⁹ Die *KSZE-Schlußakte* bildete außerdem eine Anspruchsgrundlage für alle Menschen im Ostblock, mit der sie die Einhaltung der Menschenrechte von ihren Regierungen einfordern konnten.

Die Bundesrepublik vergrößerte ihren eigenen Handlungsspielraum und verbesserte die Abstimmung mit den Vereinigten Staaten sowie mit den Partnern in der Europäischen Gemeinschaft. Der Druck der Sowjetunion auf die Bundesrepublik und besonders auf West-Berlin wurde vorläufig neutralisiert, ja sogar der „Bestand der Nation“ mit der DDR konnte aufrechterhalten werden. Dies gelang auch, weil die westdeutschen Politiker ihre sowjetischen Verhandlungspartner davon überzeugen konnte, daß die Bundesrepublik keine Bedrohung mehr darstellt. Sie schuf so langsam aber sicher Vertrauen, nicht nur in ihren Beziehungen zur Sowjetunion, sondern auch zum restlichen Osteuropa.³⁰⁰

Allerdings hat die *Ostpolitik* auch einiges nicht erreicht, was sie sich vorgenommen hatte. Auf der negativen Seite der Bilanz ist zuallererst zu verzeichnen, daß die Regierungen der osteuropäischen Staaten nicht in dem Maße hatten destabili-

²⁹⁹ Vgl. DERS., S. 450

³⁰⁰ Vgl. LÖWENTHAL in GRIFFITH: Die Ostpolitik..., a.a.O., S. 12; FUCHS: Dreiecksverhältnisse..., a.a.O., S. 287.

siert werden können, wie man es gehofft hatte. Zwar wurde die Wirtschaftskrise in Polen zur ausgewachsenen politischen Krise, was die Bildung einer schlagkräftigen Opposition und somit letztendlich den Fall des Systems förderte. Der Westen und vorrangig die Bundesrepublik aber hatten die Krise durch den Einsatz wirtschaftlicher Mittel abwenden wollen und dadurch das System – vielleicht mehr als nötig – unterstützt. Das hatte aber zur Folge, daß zumindest die politische Misere der Polen durch die Gewährung finanzieller Hilfe noch verlängert wurde. Ähnliches kann für die Strauß-Kredite an die DDR gesagt werden.

Aber auch die amerikanische Politik gegenüber der Sowjetunion hat nicht all das erreicht, was sie sich zum Ziel gesetzt hatte. Die eigene nationale Sicherheit war und blieb über den gesamten Zeitraum hinweg potentiell in Gefahr: Je deutlicher die Auseinandersetzungen Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre wurden, desto stärker. Die Gefahr eines Krieges war 1983 so hoch wie seit der *Kuba-Krise* nicht mehr. Erst das einseitige Einlenken Gorbatschows und seine neue Politik hat letztlich zu einer zweiten Entspannungsphase ab Mitte der 80er Jahre geführt. Hätten im Kreml weiterhin *hardliner* gesessen, hätte sich die Ost-West-Konfrontation sicher noch längere Zeit hingezogen. Die erwünschte Destabilisierung durch die Verhängung negativer Sanktionen, die *sticks* Carters und Reagans, ist ebenfalls nicht eingetreten. Sie führte meist sogar zu einer verhärteten Haltung der sowjetischen Führung gegenüber den USA.

Allerdings führte der Glaube der Bundesrepublik an die entspannungsfördernde Wirkung einer *Zuckerbrot*-Politik auch zu Selbsttäuschungen.³⁰¹ Beispielsweise bestand in der deutschen *Ostpolitik* die Neigung, alle Arten von Beziehungen zum Osten unter dem Blickwinkel des Wiedervereinigungsgebotes zu sehen. Es war jedoch häufig eine Illusion zu glauben, daß Liberalisierung der Stabilisierung notwendig nachfolgen würde. Daß statt dessen oftmals eine Stabilisierung ohne Liberalisierung eintrat, wurde dabei übersehen.

Nach Bahrs eigener Auffassung gehörte es zu den Fehlern der deutschen *Ostpolitik* in den 80er Jahren, daß man glaubte, Sicherheit sei „*der Schlüssel zu allem*“³⁰² und außerdem der Auffassung war, daß politischer Wandel in Osteuropa nur von

³⁰¹ Vgl. BENDER: Die „Neue Ostpolitik“..., a.a.O., S. 84.

³⁰² Zitiert nach: GARTON ASH: Im Namen..., a.a.O., S. 497-98.

denen ausgehen könne, die an der Macht waren. Doch auch viele im Westen unterlagen diesem Irrtum: Sie überschätzten den Einfluß Moskaus und unterschätzten das Potential der Opposition zur politischen Veränderung im östlichen Mitteleuropa.³⁰³

3. Aufweichung des Ost-West-Konflikts durch Entspannungspolitik

Hat letztlich die ausgleichende deutsche oder die stärker konfrontative amerikanische Entspannungspolitik zum Zusammenbruch des kommunistischen Systems geführt? Auf eine solche Frage gäbe es zwei realistische Antworten, so GARTON ASH: „*Die erste Antwort lautet: sowohl als auch. Die zweite: weder noch.*“³⁰⁴

Der Fehler in der bisherigen Betrachtung lag, so GADDIS, wohl in der Art und Weise „[how] *we calculated power during the Cold War years. We did so almost entirely in monodimensional terms, focusing particularly on military indices, when a multidimensional perspective might have told us more.*“³⁰⁵

Einerseits ist es sicherlich richtig, daß die europäische und besonders die deutsche Entspannungspolitik die aus der Teilung Europas resultierenden Belastungen umfassender reduziert hat als die amerikanisch-sowjetische *détente*, „*involving countries and peoples more than political acts and institutions. [...] whereas the United States and the Soviet Union tended to treat them as affiliates of themselves or of their superpower adversary*“³⁰⁶. Die *silent diplomacy*, zu der die Bundesrepublik tendierte, hat erfahrungsgemäß den Menschen mehr genutzt, als das laute Pochen auf die Einhaltung von Verträgen. Mit ihrem Festhalten am Stabilitätsprinzip verfolgte die Bundesrepublik eine wirkungsvolle Strategie, auch wenn man den

³⁰³ Dieser Irrtum ging sogar so weit, daß die Bundesrepublik bei der Unterstützung der oppositionellen Gruppen im Vergleich zum Rest der Welt den letzten Rang einnahm, ja sie fast ignorierte. Von den westlichen Alliierten wurde Schmidts erste Reaktion auf die Verhängung des Kriegsrechts dann auch als „*highly inadequate*“ (zitiert nach: HANRIEDER: Fragmente..., a.a.O., S. 214) angesehen; er relativierte sie kurz darauf und merkte an, daß er „*mit ganzem Herzen*“ (vgl. DEUTSCHER BUNDESTAG, Stenographischer Bericht, 18. Dezember 1981, S. 4289) auf der Seite der polnischen Arbeiter stünde. Trotz dieser Aussage kam es aber zu keiner direkten Hilfe oder Unterstützung der Opposition in Polen.

³⁰⁴ GARTON ASH: Im Namen..., a.a.O., S. 179.

³⁰⁵ GADDIS: We Now..., a.a.O., S. 284.

³⁰⁶ GARTON ASH: The Polish..., a.a.O., S. 122.

man den Einwand Benders gelten läßt, daß der Ostblock erst zusammenbrechen konnte, als Moskau ihn zusammenbrechen ließ.³⁰⁷

Doch auf ihre Weise haben auch die USA einen entscheidenden Beitrag zum Zusammenbruch des Ostblocks geleistet. Die Attraktivität des Westens, der wirtschaftliche Wohlstand, aber auch seine demokratische Verfaßtheit, übten eine magische Anziehungskraft auf die meisten Menschen aus. Dadurch wurde die Autorität der Regierungen und herrschenden kommunistischen Parteien in einem solchen Maße untergraben, daß die Bevölkerung im Herbst 1989 auf die Straße ging. Indem die USA ihre Waffen ständig modernisierten, war der Osten gezwungen, auch immer mehr Mittel in seine Rüstung zu investieren. Dadurch verschlechterte sich die Versorgung vor allem in den mitteleuropäischen Staaten zunehmend, was die Bevölkerung schließlich nicht mehr hinzunehmen bereit war.

Weder die USA noch die Bundesrepublik besaßen jeweils allein die Kraft, jene Menge an Zuckerbrot zu offerieren und jenes Maß an Peitsche anzudrohen, wodurch ein Zusammenbruch des Kommunismus herbeigeführt werden konnte. Die wohl mehr zufällige als beabsichtigte Kombination beider politischer Strategien war es, die letztlich den Erfolg der westlichen Politik in ihrer Gesamtheit bewirkte. Mit der unnachgiebigen Haltung der USA war die Gefahr eines Kriegsausbruchs nie auszuschließen, nicht zuletzt, weil ein atomarer Erstschlag im NATO-Konzept immer drohte. Der dadurch gewährleistete Sicherheitsschirm gab der Bundesrepublik im Grunde erst die Möglichkeit, ihren politischen und wirtschaftlichen Handlungsspielraum gegenüber dem Osten zu vergrößern. Die Gewährleistung von wirtschaftlichen Vorteilen durch die Bundesrepublik hat es dem Osten erlaubt, sein eigenes Gesicht zu wahren und seinerseits Zugeständnisse in Richtung Westen zu machen.

Es gehört zu den Merkwürdigkeiten der retrospektiven politischen Einschätzung, daß nach wie vor die jeweiligen Verfechter der einen Politikvariante den jeweils anderen jeglichen Erfolg absprechen und behaupten, die Geschichte habe gezeigt, daß allein sie recht gehabt hätten. Wenn die Amerikaner triumphierend behaupten, durch ihre Politik hätten sie den Kalten Krieg „gewonnen“, pochen die Vertreter

³⁰⁷ Vgl. BENDER, Peter: Der Goldene Angelhaken: Entspannungspolitik und Systemwandel, in: APuZ B 14/94, S. 11-15. (11).

der *Ostpolitik* darauf, daß ohne ihre *Strategie der Annäherung* die Wende von 1989-91 nie eingetreten wäre.³⁰⁸

Eine angemessene Beurteilung beider Standpunkte kann nur zu dem Schluß führen, daß letztlich ihr Zusammenwirken das Ende des kommunistischen Experiments und damit einhergehend das Ende der bipolaren Auseinandersetzung zwischen Ost und West bewirkt hat.

³⁰⁸ Vgl. GARTON ASH: *Im Namen...*, a.a.O., S. 379.

VII. Literatur

1. Verträge, Reden, Regierungserklärungen etc.

- BAHR, Egon: Referat des Leiters des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, Bahr, vor der Evangelischen Akademie Tutzing am 15. Juli 1963, abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Serie IV, Band 9, Bonn 1970, S. 572-581.
- BERICHT ÜBER DIE LAGE DER NATION IM GETEILTEN DEUTSCHLAND VON BUNDESKANZLER KIESINGER VOM 1. MÄRZ 1968, abgedruckt in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 12.3.1968, Nr. 33.
- BEVANS, Charles I. (Hrsg.): Treaties and Other International Agreements of the United States of America 1776-1949, Bd. IV., Washington, D.C. 1955.
- BRANDT, Willy: Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt vom 28. Oktober 1969 und der nachfolgenden Bundestagsdebatte, abgedruckt in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 29.10.1969, Nr. 132, S. 1121-1128.
- BREZHNEV, Leonid: On the Policy of the Soviet Union and the International Situation, New York 1973.
- BRIEF ZUR DEUTSCHEN EINHEIT, in: Deutschland-Ost-Europapolitik II. Die Ostverträge in Dokumenten und Argumenten, in: Zur Sache 4 (1972), S. 1-24.
- DEUTSCHER BUNDESTAG: Stenographischer Bericht, 18. Dezember 1981.
- DEUTSCHER BUNDESTAG: Enquete-Kommission zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland: Protokoll der 50. Sitzung, 29.10.1993: Die Deutschland- und Entspannungspolitik von den sechziger Jahren bis 1989, Bonn 1993.
- EVANGELISCHE KIRCHE : Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, in: Europa-Archiv 21 (1966), D1-D10.
- INDEPENDENT COMMISSION ON DISARMAMENT AND SECURITY ISSUES: Common Security. A Blueprint for Survival, New York 1982.
- INTERIMSABKOMMEN ZWISCHEN DEN VEREINIGTEN STAATEN UND DER SOWJETUNION VOM 26. MAI 1972 ÜBER BESTIMMTE MAßNAHMEN HINSICHTLICH DER BEGRENZUNG STRATEGISCHER ANGRIFSWAFFEN, in: Europa Archiv 27 (1972), S. D396-97.
- KENNAN, George F.: Moscow Embassy Telegram #511: „The Long Telegram“, 22. Februar 1946, in: ETZOLD, Thomas H./John Lewis GADDIS (Hrsg.): Containment. Documents on American Policy and Strategy, 1945-50, New York 1978, S. 50-63.
- KIESINGER, Gerhard: Bericht über die Lage der Nation im geteilten Deutschland von Bundeskanzler Kiesinger vom 1. März 1968, abgedruckt in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 12.3.1968, Nr. 33, S. 258-267.
- KISSINGER, Henry A.: CBS News interview mit Henry A. Kissinger, February 1, 1973, in: Department of State Bulletin 68 (1973), S. 392-398.
- NIXON, Richard M.: A New Strategy for Peace. A Report by the President of the US to the Congress, Feb. 18, 1970, US Foreign Policy in the 1970's, o.O. 1970.
- NORTH ATLANTIC TREATY ORGANIZATION: Die künftigen Aufgaben der Allianz. Anhang zum Communiqué des NATO-Rates von 14.12.67 (Harmel-Bericht), abgedruckt in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 149/1967, S. 1256-1267.
- NSC-68: United States Objectives and Programs for National Security, April 14th, 1950, abgedruckt in: ETZOLD, Thomas H./John Lewis GADDIS (Hrsg.): Containment. Documents on American Policy and Strategy, New York usw. 1978, S. 385-442.
- PALME COMMISSION ON DISARMAMENT AND SECURITY ISSUES: A World at Peace. Common Security in the Twenty-first Century, Stockholm 1989.
- PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG (Hrsg.): Der Prager Vertrag, Bonn 1974.
- PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG (Hrsg.): Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR, Bonn 1971.
- PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG (Hrsg.): Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen, Bonn 1973.
- PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG (Hrsg.): Dokumentation zu den innerdeutschen Beziehungen. Abmachungen und Erklärungen, Bonn 1990.

- PROTOKOLL ZU DEM INTERIMSABKOMMEN ZWISCHEN DEN VEREINIGTEN STAATEN UND DER SOWJETUNION VOM 26. MAI 1972 ÜBER BESTIMMTE MAßNAHMEN HINSICHTLICH DER BEGRENZUNG STRATEGISCHER ANGRIFFSWAFFEN, in: Europa Archiv 27 (1972), S. D397-98.
- REAGAN, Ronald: Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Ronald Reagan, vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 16. 9. 1984, abgedruckt in: Europa Archiv 39 (1984), S. D661-D666.
- REAGAN, Ronald: Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Ronald Reagan, anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der Organisation der Vereinten Nationen vor ihrer Generalversammlung am 24. Oktober 1985, in: Europa Archiv 40 (1985), S. D679-D682.
- REAGAN, Ronald: Remarks at the Annual Convention (of the Evangelicals) in Orlando, Fla., 8. März 1983, in: Weekly Compilation of Presidential Documents, Bd. 19, 14. März 1983, S. 368-371.
- SCHRAMM, Friedrich-Karl et. al. (Hrsg.): Sicherheitskonferenz in Europa. Dokumentation 1954-1972, Frankfurt a.M. 1972.
- TRUMAN, Harry S.: Public Papers of the Presidents of the United States: Harry S. Truman, Washington, D.C. 1963.
- UNITED STATES DEPARTMENT OF STATE: The Strategic Defense Initiative, Special Report No. 129, June 1985.
- VAN WELL, Günther: Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Günther van Well in seiner Eingangserklärung auf dem KSZE-Folgetreffen in Belgrad am 5.10.1977, abgedruckt in: AUSWÄRTIGES AMT (Hrsg.): Menschenrechte in der Welt. Konventionen, Erklärungen, Perspektiven, Bonn 1985, S. 153.
- VERTRAG ÜBER DIE NICHTVERBREITUNG VON KERNWAFFEN VOM 1. JULI 1968, in: Europa Archiv 23 (1968), S. D321-D329.
- VERTRAG ÜBER EIN VERBOT DER KERNWAFFENVERSUCHE IN DER ATMOSPHERE IM WELTRAUM UND UNTER WASSER VOM 5. AUGUST 1963, in: Europa Archiv 18 (1963), S. D407-D411.
- VERTRAG ZWISCHEN DEN VEREINIGTEN STAATEN UND DER SOWJETUNION VOM 26. MAI 1972 ÜBER DIE BEGRENZUNG DER SYSTEME ZUR ABWEHR BALLISTISCHER FLUGKÖRPER, in: Europa Archiv 27 (1972), S. D392-396.
- VOLLE, Hermann/Wolfgang WAGNER: KSZE. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Beiträgen und Dokumenten aus dem Europa-Archiv, Bonn 1976.
- VOLLE, Hermann/Wolfgang WAGNER (Hrsg.): Das Belgrader KSZE-Folgetreffen. Der Fortgang des Entspannungsprozesses in Europa, Bonn 1978.
- WILSON, Woodrow: For Declaration of War Against Germany, in: WILSON, Woodrow: Selected Literary and Political Papers and Addresses of Woodrow Wilson, Bd. 2, New York 1926, S. 234-247.

2. Memoiren

- ADENAUER, Konrad: Erinnerungen 1945-1953, Stuttgart/Hamburg 1965.
- ALLARD, Helmut: Politik vor und hinter den Kulissen. Erfahrungen eines Diplomaten zwischen Ost und West, Düsseldorf/Wien 1979.
- BAHR, Egon: Zu meiner Zeit, München 1996.
- BRANDT, Willy: Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975, München/Zürich 1978.
- BRZEZINSKI, Zbigniew: Power and Principle: Memoirs of the National Security Adviser, 1977-1981, New York 1983.
- CARTER, Jimmy: Keeping Faith. Memoirs of a President, Toronto usw. 1982.
- CARTER, Jimmy: Why Not the Best?, Nashville 1975.
- CHURCHILL, Winston: Der zweite Weltkrieg, Bd. VI. 2 (Triumph und Tragödie – Der eiserne Vorhang), Stuttgart 1954.
- GORBATSCHOW, Michail: Perestroika – Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987.
- KENNAN, George F., Memoirs 1925-1950, Boston 1967.
- DERS.: Amerikas Außenpolitik von 1900-1950 und ihre Stellung zur Sowjet-Macht, Zürich/Stuttgart usw. 1952.
- DERS.: Russia and the West under Lenin and Stalin, Boston/Toronto 1960.
- KISSINGER, Henry A.: A World Restored. Castlereagh, Metternich and the Restoration of Peace 1812-22, Boston 1957.
- DERS.: Diplomacy, New York usw. 1994.

- DERS.: Memoiren 1968-1973, München 1979.
 DERS.: Memoiren 1973-1974, München 1982.
 KROLL, Hans: Lebenserinnerungen eines Botschafters, Berlin 1968.
 MILLIS, Walter (Hrsg.): The Forrestal Diaries, New York 1951.
 NIXON, Richard M.: RN. The Memoirs of Richard Nixon, New York 1978.
 REAGAN, Ronald: Erinnerungen. Ein amerikanisches Leben, Berlin 1990.
 SCHMIDT, Helmut: Menschen und Mächte, Berlin 1987.
 SCHULTZ, George P.: Turmoil and Triumph. My Years as Secretary of State, New York usw. 1993.
 VANCE, Cyrus: Hard Choices: Critical Years in America's Foreign Policy, New York 1983.
 WILSON, Woodrow: Selected Literary and Political Papers and Addresses of Woodrow Wilson, Bd. 2, New York 1926.

3. Monographien/Sammelbände/Beiträge in Sammelbänden

- ADLER-KARLSSON, Gunnar: Die Instrumente Embargo und Sanktionen, in: RODE, Reinhard/Hanns-D. JACOBSEN (Hrsg.): Wirtschaftskrieg oder Entspannung. Eine politische Bilanz der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Bonn 1984, S. 305-319.
 ADOMEIT, Hannes: Die Beeinflussbarkeit innen- und außenpolitischer Entscheidungen der sowjetischen Führung, in: MÜLLER, Friedemann et. al.: Wirtschaftssanktionen im Ost-West-Verhältnis. Rahmenbedingungen und Modalitäten, Baden-Baden 1983, S. 90-108.
 AHLBORN, Oliver: Ostpolitik und Westintegration. Wandlungen in den deutsch-französischen Beziehungen in der Ära Mitterand, Stuttgart 1998.
 AKERLOF, George A./Andrew K. ROSE u.a.: East Germany in form the Cold – The Economic Aftermath of Currency Union, Washington D.C. 1991.
 ARNOLD, Udo: Schulbuchgespräche zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR Polen, in: JACOBSEN, H.-A. u.a. (Hrsg.): Bundesrepublik Deutschland – Volksrepublik Polen. Bilanz der Beziehungen, Probleme und Perspektiven ihrer Normalisierung, Frankfurt a. M./Warschau 1979, S. 328-364.
 AUFFERMANN, Burkhard (Hrsg.): NOD or Disarmament in the Changing Europe?, Tampere 1990.
 AUGSTEIN, Rudolf u.a. (Hrsg.): Reden über das eigene Land. Deutschland, München 1984.
 BAHR, Egon: Sicherheit für und vor Deutschland. Vom Wandel zur Annäherung zur Europäischen Sicherheitsgemeinschaft, München/Wien 1991.
 DERS.: Wandel durch Annäherung. Die Grundkonzeption und die Umsetzung einer neuen Ost- und Deutschlandpolitik, in: FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, BERLINER BÜRO (Hrsg.): Die Ost- und Deutschlandpolitik. Vom Wandel durch Annäherung zu einer europäischen Friedenspolitik, Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, 19.-20. Juni 1998, S. 17-25.
 BALL: Diplomacy for a Crowded World, Boston 1976.
 BARING, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, München 1984.
 BEITEL, Werner/Jürgen NÖTZOLD: Zur Problematik der wirtschaftlichen Kooperation mit der UdSSR, Ebenhausen 1976.
 BENDER, Peter: Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, 3. Auflage, München³ 1995.
 BENDER, Peter: Die Ostpolitik Willy Brandts oder Die Kunst des Selbstverständlichen, Reinbek 1972.
 BERTSCH, Agary K.: East-West Strategic Trade, COCOM and the Atlantic Alliance (= The Atlantic Papers 49), Paris 1983.
 BESCHLOSS, Michael R.: Powergame. Kennedy und Chruschtschow. Die Krisenjahre 1960-1963, Düsseldorf/Wien usw. 1991.
 BIALER, Seweryn/Michael MANDELBAUM: Gorbachev's Russia and American Foreign Policy, Boulder 1987.
 BLOED, Arie (Hrsg.): The Human Dimension of the Helsinki Process: The Vienna Follow-up Meeting and its Aftermath, Dordrecht usw. 1991.
 BLUMENWITZ, Dieter u.a.: Die KSZE und die Menschenrechte. Politische und rechtliche Überlegungen zur zweiten Etappe, Berlin 1977.
 BOLZ, Klaus/Hermann CLEMENT/Petra PISSULA: Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion: Entwicklung, Bestimmungsfaktoren und Perspektive, Hamburg 1976.
 BRACHER, K.D. et. al.: Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt (=Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 5/1), Stuttgart 1986.

- ZU BRAUNMÜHL, Claudia: Ist die „Ostpolitik“ Ostpolitik?, in JAHN, Egbert/ Volker RITTBERGER (Hrsg.): Die Ostpolitik der Bundesrepublik. Triebkräfte, Widerstände, Konsequenzen, Opladen 1974, S. 13-28.
- BRUCK, Elke/Peter M. WAGNER (Hrsg.): Wege zum „2+4“-Vertrag. Die äußeren Aspekte der deutschen Einheit, München 1996.
- BRUNS, Wilhelm (Hrsg.): Die Ost-West-Beziehungen am Wendepunkt? Bilanz und Perspektiven, Bonn 1988.
- BUTTERWORTH, Robert Lyle: Managing Interstate Conflict, 1945-1974, Pittsburgh, PA. 1976.
- CALDWELL, Dan: American-Soviet Relations: From 1947 to the Nixon-Kissinger Grand Design, London 1981.
- CARR, Edward H.: The Twenty Years' Crisis: 1919-1939, New York² 1946
- CIMBALA, Stephen J. (Hrsg.): Strategic Arms Control after SALT, Wilmington 1989.
- CLUBB, O. Edmund: China and Russia – „The Great Game“, New York 1971.
- COFFEY, Joseph: Issues in West German Security Policy: An American Perspective, in: CZEMPIEL, Ernst-Otto/Gert KRELL u.a. (Hrsg.): United States Interests and Western Europe: Arms Control, Energy, and Trade (=Studien der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung), Frankfurt a.M./New York 1981, S. 49-77.
- CRAIG, Gordon A./A.L. GEORGE: Zwischen Krieg und Frieden. Konfliktlösung in Geschichte und Gegenwart, München 1988.
- CZEMPIEL, Ernst-Otto/Gert KRELL u.a. (Hrsg.): United States Interests and Western Europe: Arms Control, Energy, and Trade (=Studien der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung), Frankfurt a.M./New York 1981.
- CZEMPIEL, Ernst-Otto (Hrsg.): Amerikanische Außenpolitik im Wandel, Stuttgart usw. 1982.
- DERS.: Von der Parität zur Superiorität. Die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, in: CZEMPIEL (Hrsg.): Amerikanische Außenpolitik im Wandel, Stuttgart usw. 1982, S. 18-41.
- DERS.: Machtprobe. Die USA und die Sowjetunion in den achtziger Jahren, München 1989.
- DEAN, Jonathan/Peter CLAUSEN: INF-Vertrag und europäische Sicherheit, in: JACOBSEN, H.-D. et al. (Hrsg.): Perspektiven für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (=Studien zur Geschichte und Politik der Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 268), Bonn 1988, S. 228-238.
- DEAN, Jonathan: Changing Security Dimensions of the Inter-German Relationship, in: LARRABEE, F. Stephen (Hrsg.): The Two German States and European Security, New York 1989, S. 156-181.
- DEIBEL, Terry L./John Lewis GADDIS: Containment. Concept and Policy, 2 Bde., Washington D.C. 1986.
- DEPORTE, A.W.: Europe between the Superpowers. The Enduring Balance, New Haven/London 1986.
- DETTKE, Dieter: Militärpolitik/Sicherheitspolitik, in: WOYKE, Wichard: Handwörterbuch der Internationalen Politik, Opladen⁶ 1995, S. 291-300.
- DIRNECKER, Rupert et. al. (Hrsg.): Spannungsbegriff und Entspannungspolitik in Ost und West, München 1979.
- DUNBAIN, J.P.D.: The Cold War: The Great Powers and their Allies, 2 Bde., London/New York 1994.
- EHLERMANN, Claus-Dieter u.a.: Handelspartner DDR – Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen, Baden-Baden 1975.
- ENGELS, Silvia: Deutsche Wirtschaft – Gestalter der Ostpolitik? Die Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen für die Regierungspolitik: Die Bundesrepublik Deutschland und Polen, Ungarn sowie die Tschechoslowakei 1985-1992, Köln 1999.
- EUROPEAN STRATEGY GROUP: The Gorbachev Challenge and European Security. A Report from the European Strategy Group, Baden-Baden 1988.
- FLEMING, D.F.: The Cold War and its Origin, 1917-1960, Garden City N.Y. 1961.
- FLOYD, David: Die feindlichen Genossen, München/Zürich 1962.
- FRIEDMAN, L./W.F. LEVANTROSSER (Hrsg.): Cold War Patriot and Statesman: Richard M. Nixon, Westport, Conn./London 1993.
- FRITSCH-BOURNAZEL, Renata: Das Land in der Mitte. Die Deutschen im europäischen Kräftefeld, München 1986.
- FUCHS, Stephan: Dreiecksverhältnisse sind immer kompliziert. Kissinger, Bahr und die Ostpolitik, Hamburg 1999.
- FÜLLENBACH, Josef/Eberhard SCHULZ (Hrsg.): Entspannung am Ende? Chancen und Risiken einer Politik des Modus vivendi, München/Wien 1980.

- GADDIS, John Lewis: *The United States and the Origins of the Cold War, 1941-1947*, New York 1972.
- DEBS.: *Russia, the Soviet Union and the United States. An Interpretive History*, New York 1978.
- DEBS.: *We now know. Rethinking Cold War History*, Oxford 1997.
- GARDNER, H. Stephen: *Assessing the Cost to the U.S. Economy of Trade Sanctions Against the U.S.S.R.* in: SMITH, Gordon (Hrsg.): *The Politics of East-West-Trade*, Boulder 1984, S. 175-197.
- GARTHOFF, Raymond L.: *Détente and Confrontation: American Soviet Relations from Nixon to Reagan*, Washington D.C. 1985.
- GARTON ASH, Timothy: *The Polish Revolution: Solidarnosc*, London² 1991.
- DEBS.: *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, Frankfurt a. M. 1995.
- GASTEYGER, Curt: *Die beiden deutschen Staaten in der Weltpolitik*, München 1976.
- GEILING, Martin: *Außenpolitik und Nuklearstrategie. Eine Analyse des konzeptionellen Wandels der amerikanischen Sicherheitspolitik gegenüber der Sowjetunion 1945-1963*, Köln/Wien 1975.
- GEISS, Immanuel: *Die deutsche Frage im internationalen System*, in: SCHRÖDER, Hans-Jürgen (Hrsg.): *Die deutsche Frage als internationales Problem*, Berlin 1988, S. 15-37.
- GELB, Leslie H./ Richard K. BETTS: *The Irony of Vietnam: The System Worked*, Washington, D.C. 1979.
- GLAEBNER, Gert-Joachim: *Die Ost- und Deutschlandpolitik*, in: GLAEBNER, G.-J./HOLZ, J./T. SCHLÜTER (Hrsg.): *Die Bundesrepublik in den siebziger Jahren. Versuch einer Bilanz*, Opladen 1984, S. 237-256.
- GOLDBLAT, Jozef: *Arms Control Agreements. A Handbook*, New York 1982.
- GOLDMAN, Marshall I.: *The Evolution and Possible Direction of U.S. Policy in East-West-Trade*, in: BECKER, Abraham S. (Hrsg.): *Economic Relations with the USSR*, Washington, D.C. usw. 1983, S. 155-175.
- GÖRTEMAKER, Manfred: *Der gebändigte Kontinent. Verteidigung und Entspannung in Europa. Analyse und Dokumente*, Bonn 1979.
- GÖRTEMAKER, Manfred: *Die unheilige Allianz. Die Geschichte der Entspannungspolitik 1943-1979*, München 1979.
- GRAUBARD, Stephen: *Kissinger. Zwischenbilanz einer Karriere*, Hamburg 1974.
- GRENVILLE, J.A.S.: *A History of the World in the Twentieth Century*, Cambridge, MA. 1994.
- GRIFFITH, William E.: *Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1981.
- GROLL, Götz von: *Die Bedeutung der humanitären Fragen für die Beziehungen zwischen Ost und West* in: JACOBSEN, H.-D./Heinrich MACHOWSKI/Dirk SAGER (Hrsg.): *Perspektiven für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (=Studien zur Geschichte und Politik der Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 268)*, Bonn 1988, S. 431-440.
- GROB, Jürgen: *Entscheidung ohne Alternativen? Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik im deutschen Vereinigungsprozeß 1989/1990*, Mainz 1994.
- GROBER, Dieter: *Das Wagnis der Wirtschafts- und Währungsunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln (=Geschichte der Deutschen Einheit, Bd. 2)*, Stuttgart 1998.
- GUSTAFSON, Thane: *The Soviet Response to the American Embargo of 1981-82*, in: SMITH, Gordon (Hrsg.): *The Politics of East-West-Trade*, Boulder 1984, S. 129-141.
- HACKE, Christian: *Die Ära Nixon-Kissinger 1969-1974*, Stuttgart 1983.
- DEBS.: *Stand und zentrale Probleme der Ost-West-Beziehungen*, in: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): *Frieden und Sicherheit als Herausforderung. Informationen und Argumente (=Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 202)*, Bonn 1987, S. 11-23.
- DEBS.: *Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, in: WEIDENFELD, Werner/Hartmut ZIMMERMANN (Hrsg.): *Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989*, München usw. 1989, S. 535-550.
- HAFTENDORN, Helga: *Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955-1982*, Baden-Baden 1983.
- HALLE, Louis J: *Der Kalte Krieg. Ursachen, Verlauf, Abschluß*, Frankfurt a.M. 1969.
- HANRIEDER, Wolfram: *Fragmente der Macht. Die Außenpolitik der Bundesrepublik*, München 1981.
- HANSON, Philip : *Western Economic Statecraft in East-West-Relations. Embargos, Sanctions, Linkage, Economic Warfare and Détente*, London/New York 1988.
- HARBUTT, Fraser J.: *The Iron Curtain. Churchill, America, and the Origins of the Cold War*, New York/Oxford 1986.

- HARRISON, Hope M.: Ulbricht and the Concrete „Rose“: New Archival Evidence on the Dynamics of Soviet-East German Relations and the Berlin Crisis 1958-1962, Washington 1993.
- HEINZ, John: U.S. Strategic Trade. An Export Control System for the 1990s, Boulder usw. 1991.
- HERTLE, Hans-Hermann: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1996.
- HEWETT, Ed A.: Energy Economics and Foreign Policy in the Soviet Union, Washington D.C. 1984.
- HILLGRUBER, Andreas: Deutsche Geschichte 1945-1975. Die deutsche Frage in der Weltpolitik, Frankfurt a.M. usw. 1980.
- HOGAN, Michael J.: The End of the Cold War: Its Meanings and Implications, Cambridge 1992.
- HOGAN, Michael J.: The Marshall Plan: America, Britain and the Reconstruction of Western Europe, Cambridge 1987.
- HUFBAUER, Gary Clyde et. al.: Economic Sanctions Reconsidered. History and Current Policy, 2 Bde., Washington, D.C.² 1990.
- HUNTINGTON, S.P. (Hrsg.): The Strategic Imperative: New Politics for American Security, Cambridge, Mass. 1982.
- HYLAND, William G.: Mortal Rivals. Understanding the Hidden Patterns of Soviet-American Relations, New York usw. 1987.
- ISAACSON, Walter: Kissinger. Eine Biographie, Berlin 1993.
- JACOBSEN, Hanns-Dieter: Die Ostwirtschaftspolitik der USA. Möglichkeiten und Grenzen einer „linkage“-Politik, Ebenhausen 1980.
- DERS.: Die Ostwirtschaftspolitik der Reagan-Administration, Ebenhausen 1982.
- DERS.: Die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen als deutsch-amerikanisches Problem (=Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik SWP, Bd. 5), Baden-Baden 1986.
- DERS.: Security Implications of Inner-German Economic Relations (=The Wilson Center Working Papers 77), Washington 1986.
- DERS.: W. Germany's Economic Relations with the East, in: BALDWIN, David A./Helen V. MILNER (Hrsg.): East-West Trade and the Atlantic Alliance, New York 1990, S. 99-117.
- JACOBSEN, Hans-Adolf: Bedingungsfaktoren realistischer Entspannungspolitik in: DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG (Hrsg.): DGFK-Jahrbuch 1979/1980. Zur Entspannungspolitik in Europa, Baden-Baden 1980, S. 66-75.
- JACOBSEN, Liv Kirsten: Die Finanzierung der Deutschen Einheit 1990-1997, Diplomarbeit am FB Wirtschaftswissenschaft der FU Berlin, Berlin 1998.
- JÄGER, Wolfgang: Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/1990 (=Geschichte der Deutschen Einheit, Bd. 3), Stuttgart 1998.
- JARAUSCH, Konrad: Die unverhoffte Einheit 1989-1990, Frankfurt a.M. 1995.
- KAISER, Karl: Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte, Bergisch-Gladbach 1991.
- KALB, Marvin/Bernhard KALB: Kissinger, Frankfurt a.M. 1970.
- KALDOR, Mary: Der imaginäre Krieg. Eine Geschichte des Ost-West-Konflikts, Hamburg/Berlin 1992.
- KARNOW, Stanley: Vietnam. A History, New York 1983.
- KNAPP, Manfred: Das Verhältnis USA-Europa, in: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Frieden und Sicherheit als Herausforderung. Informationen und Argumente (=Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 202), S. 33-43.
- DERS.: Die Außenpolitik im Verhältnis zur Sowjetunion und Osteuropa, in: Länderbericht USA, Bonn² 1992, S. 131-152.
- KNIRSCH, Peter: Bilanz der Wirtschaftsbeziehungen, in: RODE, Reinhard/Hanns-D. JACOBSEN (Hrsg.): Wirtschaftskrieg oder Entspannung. Eine politische Bilanz der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Bonn 1984, S. 102-113.
- KORTE, Karl-Rudolf: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989 (=Geschichte der Deutschen Einheit, Bd. 1), Stuttgart 1998.
- KRAKAU, Knud: Außenbeziehungen der USA 1945-91, in: Länderbericht USA, Bonn² 1992, Bd. 1, S. 216-255.
- KREILE, Michael: Ostpolitik und ökonomische Interessen, in: JAHN, Egbert/RITTBERGER, Volker (Hrsg.): Die Ostpolitik der Bundesrepublik. Triebkräfte, Widerstände, Konsequenzen, Opladen 1974, S. 67-79.
- KREILE, Osthandel und Ostpolitik, Baden-Baden 1978.
- KRELL, Gert: Rüstungsdynamik und Rüstungskontrolle. Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um SALT in den USA 1969-1975, München 1978.
- KRIELE, Martin: Die Menschenrechte zwischen Ost und West, Köln 1977.

- KRÜGER, Eckhard: Menschenrechtsrealisierung nach der KSZE?, in: DELBRÜCK, Jost u.a. (Hrsg.): Grünbuch zu den Folgewirkungen der KSZE, Köln 1977, S. 177-195.
- KUBBIG, Bernd W.: Rüstungskontrolle und Aufrüstung: SALT, Nonproliferation und „Nachrüstung“, in: CZEMPIEL, Ernst-Otto (Hrsg.): Amerikanische Außenpolitik im Wandel, Stuttgart usw. 1982, S. 42-68.
- LAFEBER, Walter: America, Russia, and the Cold War 1945-1966, New York usw. 1967.
- LEHMANN, Hans Georg: Öffnung nach Osten. Die Ostreise Helmut Schmidts und die Entstehung der Ost- und Entspannungspolitik, Bonn 1984.
- LEMKE, Michael: CDU/CSU und Vertragspolitik der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1969–1975. Kontinuität und Wandel christdemokratischer Ost- und Deutschlandpolitik, Frankfurt a.M. 1992.
- DERS.: Die Berlin-Krise 1959-1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995.
- LINK, Werner: Der Ost-West-Konflikt: Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart/Berlin usw. 1980.
- LOTH, Wilfried: Ost-West-Konflikt, in: WOYKE, Wichard: Handwörterbuch der Internationalen Politik, Opladen⁶ 1995, S. 370-378.
- LÖWENTHAL, Richard: Vorwort zur deutschen Ausgabe, in: GRIFFITH, William E.: Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1981, S. 11-18.
- LUKACS, John: Konflikte der Weltpolitik nach 1945. Der Kalte Krieg, München 1970.
- MAHNKE, Dieter: „Das Berlin-Problem – Die Berlin-Krise 1958-1961/62“, in: ENQUETE-KOMMISSION ZUR AUFARBEITUNG VON GESCHICHTE UND FOLGEN DER SED-DIKTATUR IN DEUTSCHLAND (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Baden-Baden/Frankfurt a.M. 1995, Bd. V/2, S. 1766-1821.
- MAHNKE, Hans-Heinrich: Vertrauensbildende Maßnahmen in Europa, JACOBSEN, H.-D. et. al. (Hrsg.): Perspektiven für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (=Studien zur Geschichte und Politik der Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 268), Bonn 1988, S. 239-250.
- DERS.: Vom Londoner Protokoll zum Viermächte-Abkommen, in: LANGGUTH, Gerd (Hrsg.): Berlin: Vom Brennpunkt der Teilung zur Brücke der Einheit (=Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 288), Bonn 1990, S. 88-106.
- MAIER, Charles S.: Dissolution: The Crisis of Communism and the End of East Germany, Princeton 1997.
- MARKIEWICZ, Wladyslaw: Die Tätigkeit der UNESCO-Schulbuchkommission der VR Polen und der Bundesrepublik Deutschland (1972-1976), in: JACOBSEN, H.-A. u.a. (Hrsg.): Bundesrepublik Deutschland – Volksrepublik Polen. Bilanz der Beziehungen, Probleme und Perspektiven ihrer Normalisierung, Frankfurt a. M./Warschau 1979, S. 365-379.
- MASTANDUNO, Michael: Economic Containment. CoCom and the Politics of East West Trade, Ithaca, N.Y. usw. 1992.
- MASTNY, Vojtech: Helsinki, Human Rights and European Security. Analysis and Documentation, Durham 1986.
- MAYERS, David: George Kennan and the Dilemmas of US Foreign Policy, Oxford usw. 1988.
- MCCAULEY, Martin: The Origins of the Cold War 1941-1949, London/New York² 1995.
- MCILVAINE, William: Reactions of the Private Sector to U.S. Foreign Trade Policies Towards the Soviet Union and Eastern Europe, in: SMITH, Gordon (Hrsg.): The Politics of East-West-Trade, Boulder 1984, S. 199-297.
- MEIERS, Franz-Josef: Raketenschach: Von SALT II zu INF. Der innen- und außenpolitische Kontext der amerikanischen Rüstungskontrollpolitik 1977-1988, Chur 1991.
- MORGENTHAU, Hans J.: Politics among Nations, New York 1948.
- DERS.: Politics in the Twentieth Century, Chicago/London 1962.
- MOSELEIT, Klaus: Die „zweite“ Phase der Entspannungspolitik der SPD 1983-1989: Eine Analyse ihrer Entstehungsgeschichte, Entwicklung und der konzeptionellen Ansätze, Frankfurt a.M. 1991.
- MOWER Jr., A. Glenn: The Uncertain Crusade: Jimmy Carter and the Dilemmas of Human Rights Policy, Lanham usw. 1986.
- MÜLLER, Friedemann et. al.: Wirtschaftssanktionen im Ost-West-Verhältnis. Rahmenbedingungen und Modalitäten, Baden-Baden 1983.
- MÜLLER, Martin: Politik und Bürokratie: Die MBFR-Politik der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1967-1973, Baden-Baden 1988.
- MUTZ, Reinhard: Konventionelle Stabilität auf niedrigerem Kräfteniveau: Von MBFR zu KRK, in: JACOBSEN, H.-D./Heinrich MACHOWSKI/Dirk SAGER (Hrsg.): Perspektiven für Sicherheit und

- Zusammenarbeit in Europa (=Studien zur Geschichte und Politik der Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 268), Bonn 1988, S. 290-305.
- NATIONAL ACADEMY OF SCIENCE (Hrsg.): *Balancing the National Interest. U.S. National Security Export Controls and Global Economic Competition*, Washington, D.C. 1987.
- DIES. (Hrsg.): *Finding Common Ground: U.S. Export Controls in a Changed Global Environment*, Washington, D.C. 1991.
- NERLICH, Uwe: *Einige Aspekte der Außen- und Sicherheitspolitik der neuen Administration in Washington*, Ebenhausen 1981.
- NEWHOUSE, John: *Krieg und Frieden im Atomzeitalter. Von Los Alamos bis SALT*, München 1990.
- NÖTZOLD, Jürgen: *Westliche Technologieimporte in die UdSSR – Ein sicherheitspolitisches Risiko*, Ebenhausen 1983.
- DERS.: *Perspektiven der Technologischen Ost-West-Beziehungen*, Ebenhausen 1987.
- DERS.: *Stand und Perspektiven der Technologischen Beziehungen zwischen West und Ost*, Ebenhausen 1988.
- OBERDORFER, Don: *The Turn: How the Cold War Came to an End. The United States and the Soviet Union 1983-1990*, New York 1992.
- PARROT, Bruce (Hrsg.): *Trade, Technology and Soviet-American Relations*, Bloomington 1985.
- PERRY, Charles M./Robert L. PFALTZGRAFF, Jr. (Hrsg.): *Selling the Rope to Hang Capitalism?* Washington, D.C. usw. 1987.
- PETERS, Ingo (Hrsg.): *Entspannung durch Rüstungskontrollpolitik. Stand und Perspektiven für die 90er Jahre*, Berlin 1988.
- PETERS, Susanne: *The Germans and the INF Missiles. Getting Their Way in NATO's Strategy of Flexible Response*, Baden-Baden 1990.
- PFLÜGER, Friedbert: *Die Menschenrechtspolitik der USA. Amerikanische Außenpolitik zwischen Idealismus und Realismus 1972-1982 (=Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik 48)*, München/Wien 1983.
- PIPES, Richard: *Why the Soviet Union Thinks It Could Fight and Win a Nuclear War*, in: *Commentary*, Juli 1977, S. 21-34.
- POND, Elizabeth: *Beyond the Wall: Germany's Road to Unification*, Washington D.C. 1993.
- POTTHOFF, Heinrich: *Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990*, Berlin 1999.
- RODE, Reinhard: *Sanktion und Geschäft. Die Ostwirtschaftspolitik der USA unter Reagan*, Frankfurt a.M. 1986.
- DERS.: *Sicherheit versus Geschäft. Die Osthandelspolitik der USA von Nixon bis Carter*, Frankfurt a.M. 1986.
- ROOSA, Robert V./Michiya MATSUKAWA/Armin GUTOWSKI (Hrsg.): *East-West Trade at a Crossroad*, New York/London 1982.
- ROTH, Margit: *Westliches Konzessionsverhalten in der Ost-West-Auseinandersetzung. Berlin-Frage, Deutschland-Frage, Europäische Sicherheit*, Frankfurt a.M. 1993.
- RUDOLF, Peter: *Osthandel im Wandel. Die USA und die wirtschaftliche Entspannung mit der Sowjetunion*, Ebenhausen 1989.
- RUMMEL, Reinhardt: *Aufzeichnungen betr. Koordinierungsbedarf in der westlichen Ostpolitik*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1985.
- SCHISLER, Jakob: *Symbolische Sicherheitspolitik. Die Bedeutung der KSZE-Schlußakte für die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland*, München 1980.
- DERS.: *Zwischen Weltordnungspolitik und Antikommunismus: Menschenrechte*, in: CZEMPIEL, Ernst-Otto: *Amerikanische Außenpolitik im Wandel*, Stuttgart usw. 1982, S. 69-92.
- DERS.: *Menschenrechte*, in: *Länderbericht USA*, Bonn² 1992, Bd. 2, S. 76-79.
- SCHLOTTER, Peter: *Die KSZE im Ost-West-Konflikt: Wirkung einer internationalen Institution*, Frankfurt a.M. 1999.
- SCHMID, Carlo: *Erinnerungen*, Bern usw. 1979.
- SCHMIDT, Max: *Neue Wege zur Sicherheit in den internationalen Beziehungen*, in: JACOBSEN, H.-D. et. al. (Hrsg.): *Perspektiven für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (=Studien zur Geschichte und Politik der Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 268)*, Bonn 1988, S. 179-205.
- SCHMOECKEL, Reinhard//Bruno KAISER: *Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen*, Bonn 1991.
- SCHÖLLGEN, Gregor: *Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow 1941-1991*, München 1996.

- SCHRÖDER, Klaus: Aspekte Künftiger Finanzbeziehungen zwischen Ost und West, Ebenhausen 1981.
- DERS.: Die Ost-West-Finanzbeziehungen nach der Krise der Jahre 1981-1983, Ebenhausen 1985.
- SCHULZ, Eberhard: Handel zwischen Politik und Profit, in: JACOBSEN, H.-A. u.a. (Hrsg.): Bundesrepublik Deutschland – Volksrepublik Polen. Bilanz der Beziehungen, Probleme und Perspektiven ihrer Normalisierung, Frankfurt a. M./Warschau 1979.
- SCHWEIGLER, Gebhard: Von Kissinger zu Carter, München/Wien 1982.
- DERS.: Die Außenpolitik der USA, in: KAISER, Karl/Hans-Peter SCHWARZ (Hrsg.): Weltpolitik. Strukturen – Akteure – Perspektiven, Bonn 1987, S. 319-333.
- SENGHAAS, Dieter: Aufrüstung durch Rüstungskontrolle. Über den symbolischen Gebrauch von Politik, Stuttgart usw. 1972.
- SHULMAN, Marshall D. (Hrsg.): East-West Tensions in the Third World, New York/London 1986.
- SMITH, Gordon (Hrsg.): The Politics of East-West-Trade, Boulder 1984.
- SOBEL, Lester A. (Hrsg.): Kissinger & Détente, New York 1975.
- SPANIER, John: American Foreign Policy since World War II, New York¹⁰ 1985.
- STAACK, Michael: Entspannungskritik und rüstungskontrollpolitischer Entscheidungsprozeß in den USA, Baden-Baden 1989
- STAACK, Michael: Kurswechsel in Washington. Entspannungsgegner und Rüstungskontrolle unter der Präsidentschaft Ronald Reagans, Berlin 1987.
- DERS.: Menschenrechte und Sicherheit: produktives Spannungsverhältnis oder Sollbruchstelle für den Ost-West-Dialog?, Berlin 1989.
- STEINFELS, Peter: The Neoconservatives. The Men Who Are Changing America's Politics, New York 1979.
- STENT-YERGIN, Angela.: East-West-Technology Transfer: European Perspectives (=The Washington Papers 75), Beverly Hills/London 1980.
- DIES.: From Embargo to Ostpolitik. The Political Economy of West German-Soviet Relations 1955-1980, Cambridge usw. 1981.
- DIES.: Technology Transfer to the Soviet Union. A Challenge for the Cohesiveness of the Western Alliance (=Arbeitspapiere zur Internationalen Politik 24), Bonn 1983.
- DIES.: Wandel durch Handel. Die politisch-wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, Köln 1983.
- STERNHEIMER, Stephen: East-West Technology Transfer: Japan and the Communist Block (= The Washington Papers 76), Beverly Hills/London 1980.
- STEVENSON, R.W.: The Rise and Fall of Détente: Relaxations of Tension in U.S.-Soviet Relations 1953-84, Basingstoke 1985.
- STÜRMER, Michael: The Evolution of the Contemporary German Question, in: MORETON, Edwina (Hrsg.): Germany between East and West, Cambridge 1987, S. 21-23.
- SZABO, Stephen F.: The Diplomacy of German Unification, New York 1992.
- TALBOT, Strobe (Hrsg.): Chruschtschow erinnert sich, Hamburg 1971.
- DERS.: Endgame: The Inside Story of SALT II, New York 1979.
- DERS.: The Russians and Reagan, New York 1984.
- THIEL, Elke: Dollar-Dominanz, Lastenteilung und amerikanische Truppenpräsenz in Europa. Zur Frage kritischer Verknüpfungen währungs- und stationierungspolitischer Zielsetzungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen, Baden-Baden 1978.
- TIGGEMANN, Anselm: CDU/CSU und die Ost- und Deutschlandpolitik 1969-1972, Frankfurt 1998.
- TRAGER, James: The Great Grain Robbery, New York 1973.
- TREVERTON, Gregory F.: The „Dollar Drain“ and American Forces in Germany. Managing the Political Economics of Alliance, Athens, Ohio, 1978.
- TRUMAN, Harry S.: Years of Trial and Hope. Memoirs, Bd. 2, Garden City 1956.
- TUSCHHOFF, Christian: Einstellung und Entscheidung. Perzeptionen im sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß der Reagan-Administration 1981-1984, Baden-Baden 1990.
- VAN DER WEE, Herman: Der gebremste Wohlstand. Wiederaufbau, Wachstum, Strukturwandel 1945-1980 (=Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 6), München 1984.
- VOGELSANG, Sandy: American Dream, Global Nightmare: The Dilemma of U.S. Human Rights Policy, New York/London 1980.
- VOGTMEIER, Andreas: Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung, Bonn 1996.
- VON STADEN, Berndt: Die Zukunft des Ost-West-Konflikts, in: KAISER, Karl/Hans-Peter SCHWARZ (Hrsg.): Weltpolitik. Strukturen, Akteure, Perspektiven, Bonn 1987, S. 119-137.

- WASSMUND, Hans: Die Supermächte und die Weltpolitik. USA und UdSSR seit 1945, München 1989.
- WEIDENFELD, Werner/Karl-Rudolf KORTE (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999, Frankfurt a.M. 1999.
- WEIDENFELD, Werner: Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/1990 (= Geschichte der Deutschen Einheit, Bd. 4), Stuttgart 1998.
- WELFENS, Paul J.J. (Hrsg.): Economic Aspects of German Unification, Berlin usw.² 1996.
- WILKENS, Andreas: Der unstete Nachbar. Frankreich und die deutsche Ostpolitik, München/Wien 1990.
- WILLETT, Thomas D.: Floating Exchange Rates and International Monetary Reform, Washington, D.C. 1977.
- WOLFF VON AMERONGEN, Otto: Stabile Wirtschaft. Grundlagen außenpolitischer Gestaltungskraft, in: GENSCHER, Hans-Dietrich (Hrsg.): Nach vorn gedacht... Perspektiven deutscher Außenpolitik, Bonn 1987, S. 113-122.
- DERS.: Der Weg nach Osten. Vierzig Jahre Brückenbau für die deutsche Wirtschaft, München 1992.
- WOLLE, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Berlin 1990.
- WOODBY, Sylvia/Martha L. COTTAM: The Changing Agenda. World Politics Since 1945, Boulder/London 1988.
- WÖRMANN, Claudia: Der Osthandel der Bundesrepublik Deutschland. Politische Rahmenbedingungen und ökonomische Bedeutung, Frankfurt a.M./New York 1982.
- DIES.: Osthandel als Problem der Atlantischen Allianz. Erfahrungen aus dem Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR (= Arbeitspapiere zur Internationalen Politik 38), Bonn 1986.
- WOYKE, Wichard: Entspannungspolitik, in: DERS.: Handwörterbuch der Internationalen Politik, Opladen⁶ 1995., S. 71-82 (73).
- YERGIN, Daniel: Shattered Peace. The Origins of the Cold War and the National Security State, Boston 1978.
- ZELIKOW, Philip/Condoleezza RICE: Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft, Cambridge, Mass./London 1995.
- ZIMMER, Matthias: Nationales Interesse und Staatsräson. Zur Deutschlandpolitik der Regierung Kohl 1982-1989, Paderborn 1992.
- DERS.: Konzeptionelle Dilemmata und operative Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, in: SCHMIDT, Gustav (Hrsg.): Ost-West-Beziehungen, Konfrontation und Détente 1945-1989, Bd. 2, Bochum 1993, S. 410-432.

4. Artikel in Zeitschriften und Zeitungen

- ABSHIRE, David: SDI – Der Weg zu einer besseren Abschreckung, in: Amerika Dienst, 22. Mai 1985.
- ADOMEIT, Hannes: Sowjetisch-amerikanische Beziehungen unter Gorbatschow, in: APuZ B5/86, S. 16-37.
- BENDER, Peter: Der Goldene Angelhaken: Entspannungspolitik und Systemwandel, in: APuZ B14/94, S. 11-15.
- BERTRAM, Christoph: Aufgaben und Perspektiven der Sicherheitspolitik Westeuropas in den neunziger Jahren, in: APuZ B18/88, S. 3-11.
- BETHKENHAGEN, Jochen/Heinrich MACHOWSKI: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen: Weiterentwicklung oder Restriktion, in: APuZ B13/83, S. 42-54.
- BISCHOF, Günter: Der Marshall-Plan in Europa 1947-1952, in: APuZ B22-23/97, S. 3-16.
- BOYSEN, Sigurd: Konventionelle Rüstungskontrolle vom Atlantik bis zum Ural, in: APuZ B44/87, S. 19-27.
- BRZEZINSKI, Zbigniew: The Deceptive Structure of Peace, in: Foreign Policy, Frühjahr 1974, S. 51-62.
- CZEMPIEL, Ernst-Otto: Amerikanisch-sowjetische Beziehungen nach Reykjavik, in: APuZ B1-2/87, S. 3-15.
- CZEMPIEL, Ernst-Otto: Der Stand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, in: APuZ B5/86, S. 3-15.
- DERS.: Die Weltpolitik der Reagan-Administration, in: APuZ B44/88, S. 36-46.
- DEAN, Robert W.: Die aktuelle Rüstungskontrollpolitik der USA, in: APuZ B13/1983, S. 3-9.

- FIELDER, P.C.: The Pattern of Super-Power Crises, in: *International Relations*, 3 (1969), S. 498-510.
- GERSTER, Florian/Eva-Maria MASYK: Partnerschaft im Wandel. Die sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa, in: *APuZ* B45/89, S. 3-13.
- GÖRTEMAKER, Manfred: Auferstehung des Containment. Die Politik der USA gegenüber der Sowjetunion nach den Präsidentschaftswahlen 1980, in: *Osteuropa* (31) 1981, S. 445-457.
- HACKE, Christian: Die Außenpolitik der Regierung Reagan im Spannungsfeld von Kontinuität und Wandel, in: *APuZ* B13/82, S. 3-27.
- HACKER, Jens: Die Ostpolitik der konservativ-liberalen Bundesregierung seit dem Regierungsantritt 1982, in: *APuZ* B14/94, S. 16-26.
- JACOBSEN, Hanns-Dieter: Annäherung zwischen den USA und der DDR?, in: *DDR-Report* 18 (1985), S. 286-289.
- JOPP, Mathias et. al.: Zehn Jahre KSZE-Prozeß. Bilanz und Perspektiven gesamteuropäischer Zusammenarbeit in *APuZ* B37/85, S. 3-24.
- KENNAN, George F. (als "X"): The Sources of Soviet Conduct, in: *Foreign Affairs* 25 (1947), S. 566-582.
- KISSINGER, Henry: The „Reykjavik Revolution“: Putting Deterrence in Question, in: *Washington Post*, 18.11.1986.
- LAMERS, Karl: Konventionelle Abrüstung in Europa, in *APuZ* B18/88, S. 12-20.
- LEBAHN, Axel: Die „Jamal Erdgasleitung“ UdSSR – Westeuropa im Ost-Westpolitik, in: *Außenpolitik* 3/1983, S. 256-280.
- LAMBRECHT, Horst: Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen zum Ende der achtziger Jahre, in: *APuZ* B10/89, S. 11-21.
- LEWIS, Anthony: Reagan on War and Peace, *New York Times*, 20. Oktober 1980.
- LUCHTERHANDT, Otto: Die Menschenrechte in den Ost-West-Beziehungen und die Bürgerrechtsbewegungen in Osteuropa, in: *APuZ* B48/83, S. 11-22.
- NIXON, Richard M.: Asia after Viet Nam, in: *Foreign Affairs* 45 (1967), S. 111-125.
- RICHTER, Claus: Strategische Verteidigungsinitiative (SDI). Kriegsführung oder Kriegsverhinderung?, in: *APuZ* B14-15/85, S. 3-14.
- SCHLESINGER, Arthur M. Jr.: Origins of the Cold War, in: *Foreign Affairs* 46 (1967), S. 22-52.
- SCHWEIGLER, Gebhard: Europa, Amerika und die Entspannung, in: *APuZ* B28/82, S. 3-14.
- STENT, Angela: Studien im Atlantischen Bündnis über die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen: Eine kritische Bestandaufnahme, *Europa Archiv* 21 (1984), S. 652-664.
- VON PLATE, Bernard: Deutsch-deutsche Beziehungen und Ost-West-Konflikt, in: *APuZ* B15/84, S. 27-39.
- WEINBERGER, Caspar W.: U.S. Defense Strategy, in: *Foreign Affairs* 64 (1986), S. 675-697.
- WILES, Peter J.D.: On the Prevention of Technology Transfer, in: *East-West Technological Cooperation*, Brüssel 1976, S. 23-43.
- YERGIN, Daniel: Politics and Soviet-American Trade: The Three Questions, in: *Foreign Affairs* 55 (1977), S. 517-538.

VIII. Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angegebenen Ort
a.M.	am Main
ABM	Antiballistic Missiles
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
Bd.	Band
Bde.	Bände
bes.	Besonders
BIP	Bruttoinlandsprodukt
ca.	circa
CoCom	Coordinating Committee for East-West Trade
Comecon	Council for Mutual Economic Assistance
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
DDR	Deutsche Demokratische Republik
et. al.	et alii
etc.	et cetera
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
ff.	fortfolgende
Hrsg.	Herausgeber
INF	Intermediate Nuclear Forces
Jr.	Junior
km	Kilometer
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MAD	Mutual assured destruction
MBFR	Mutual Balanced Forces Reduction
N.Y.	New York
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NSC	National Security Council
NYT	New York Times
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
S.	Seite
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SDI	Strategic Defense Initiative
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
START	Strategic Arms Reduction Talks
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik Ebenhausen
u.a.	und andere
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	United States of America
usw.	und so weiter
Vgl.	Vergleiche
vs.	versus
z. B.	zum Beispiel